



Jahresbericht 2010/2011

B.A.D.S.
Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr

2010 2011



B.A.D.S.
Bund
gegen Alkohol und Drogen
im Straßenverkehr e.V.

Gemeinnützige Vereinigung

Bundesgeschäftsstelle

Arnold-Heise-Straße 26, 20249 Hamburg

Tel.: 0 40/44 07 16

Fax: 0 40/410 76 16

E-Mail: zentrale@bads.de

Internet: <http://www.bads.de>

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20, Kto.-Nr. 1267 43-202

Wir, der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e.V.,

- ▶ sind eine staatlich anerkannte und geförderte unabhängige gemeinnützige Vereinigung zur Bekämpfung des Alkohols und der Drogen im Straßenverkehr,
- ▶ klären alle Verkehrsteilnehmer über die Gefährlichkeit des Alkohols und der Drogen im Straßenverkehr auf,
 - ▶ durch Herstellung, Herausgabe und kostenlose Verteilung von Druckschriften und audiovisuellen Produkten,
 - ▶ durch Vortragsveranstaltungen vor Referendaren, Studenten, Jugendverbänden, bei der Bundeswehr, in Schulen, Fahrschulen, Betrieben, Krankenhäusern und auf Messen,
- ▶ fördern die Forschung auf diesem Gebiet
 - ▶ durch Herausgabe der wissenschaftlichen Zeitschrift BLUTALKOHOL,
 - ▶ durch wissenschaftliche Fachtagungen mit Juristen, Medizinern, Psychologen und Polizei,
 - ▶ durch Unterstützung von Forschungsvorhaben der Naturwissenschaften im Bereich Alkohol und Drogen im Straßenverkehr,
- ▶ arbeiten zusammen mit in- und ausländischen Organisationen und Institutionen.

Wir, der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e.V., fordern

- ▶ mehr Verkehrserziehung, insbesondere in Schulen und Betrieben. In der Ausbildung, Prüfung und Weiterbildung der Fahrschüler und der Fahrlehrer sind vertiefte Kenntnisse über den Einfluss des Alkohols und der Drogen auf die Fahrsicherheit zu vermitteln.
- ▶ ein absolutes Alkohol- und Drogenverbot am Steuer und einen einheitlichen europäischen Straftatbestand für Alkohol- und Drogenfahrten,
- ▶ eine verstärkte vorbeugende Verkehrsüberwachung, vornehmlich an Unfallschwerpunkten,
- ▶ eine verstärkte Berücksichtigung des Verkehrsrechts und der damit zusammenhängenden Probleme in der Hochschulausbildung und bei den Rechtsreferendaren,
- ▶ eine spürbare Erhöhung der Mittel der öffentlichen Hand und der Versicherungsgesellschaften zur intensiven Bekämpfung der Verkehrsunfälle.

Wir bitten Presse, Funk und Fernsehen, sich verstärkt der gesellschaftspolitischen Daueraufgabe zu widmen, dass die strikte Trennung von Alkohol-/Drogenkonsum und Fahren selbstverständlich wird.

Vorwort	3
Bundesvorstand	
50 Jahre Blutalkohol	4
Prof. Dr. Joachim Gerchow 90 Jahre alt	5
Dr. Horst Schneble – Das Promillegewissen der Nation	6
Pressemitteilungen des B.A.D.S.	7
Nachruf	10
Festakt zur Verleihung der Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold 2010	11
Laudatio	13
Festvortrag 2010	15
Jahresmitgliederversammlung 2010	24
Aus der Arbeit des Vorstandes	28
Förderung der Forschung	28
Verbände und Institutionen	29
Fachtagungen der Landesektionen	29
Aufklärung und Information im Überblick	31
Landesektionen	
Bayern-Nord	32
Bayern-Süd	32
Berlin-Brandenburg	33
Bremen	33
Hamburg	35
Mecklenburg-Vorpommern	35
Niedersachsen	36
Nordbaden	38
Nordhessen	39
Nordrhein-Westfalen	40
Rheinland-Pfalz	41
Saar	42
Sachsen	43
Sachsen-Anhalt	44
Schleswig-Holstein	44
Südbaden	46
Südhessen	47
Thüringen	47
Württemberg	48
Anschriften	51

Impressum

Herausgeber: B.A.D.S. – Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e.V.
Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Gerhardt, München
Text und Gestaltung: Thomas Wiese, Berlin
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Herstellung: Meta Druck, Berlin
Redaktionsschluss: 10.09.2011



Nach Mitteilung des statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden 2010 wie bereits in den vorangegangenen Jahren nochmals gesunken. Registriert wurden 288.297 Unfälle mit 308.550 Leichtverletzten, 62.620 Schwerverletzten und 3.648 Getöteten. Der konstante Rückgang der Verkehrsunfälle und Unfallopfer ist erfreulich, der Blutzoll für unsere Mobilität im Straßenverkehr ist aber immer noch sehr hoch. Dabei gehören Alkohol- und Drogenkonsum bei den Unfällen mit Getöteten mit mindestens 9,4 % und bei den Unfällen mit Schwerverletzten mit mindestens 8 % leider weiterhin zu den Hauptunfallursachen. Das statistische Bundesamt weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass in diesem Bereich von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist, der prozentuale Anteil der Alkohol- und Drogenopfer im Straßenverkehr daher noch höher liegt.

Alkohol und Drogen im Straßenverkehr sind wegen ihres hohen Anteils an den schweren Verkehrsunfällen nicht nur besonders gefährlich. Entscheidend ist vielmehr, dass es sich um stets vermeidbare Unfälle handelt. Der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (B.A.D.S.) hat deshalb in seiner Pressemitteilung vom 19.04.2011 seine langjährige Forderung nach einem absoluten Alkoholverbot im Straßenverkehr bekräftigt. „Wer fährt trinkt nicht, wer trinkt fährt nicht.“

Der B.A.D.S. klärt auch im 7. Jahrzehnt seiner Tätigkeit weiterhin in breitem Rahmen die Öffentlichkeit intensiv über Wirkung und Gefahren von Alkohol und Drogen auf die Fahrsicherheit auf. Mit der Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an den früheren Präsidenten und jetzigen Ehrenpräsidenten Dr. Erwin Grosse für seine über dreißig jährige ehrenamtliche Tätigkeit im B.A.D.S. fand unser Einsatz für die Verkehrssicherheit auch öffentliche Anerkennung.

Zu unseren satzungsgemäßen Aufgaben gehören die Aufklärung über die Gefahren des Alkohols und der Drogen im Straßenverkehr sowie die Förderung der Forschung auf diesem Gebiet. Zur Unterstützung beider Ziele wurde vor 50 Jahren vom B.A.D.S. auf Initiative des späteren Präsidenten Dr. Horst Schneble und Prof. Dr. Joachim Gerchow die Zeitschrift *Blutalkohol* gegründet (s. Vorwort zur Erstausgabe, S. 6). Sie gehört durch ihre Kombination von juristischen und naturwissenschaftlichen Beiträgen seit langen zu einer anerkannten und renommierten Fachzeitschrift auf diesem Gebiet. Der B.A.D.S. fungiert als Herausgeber der Zeitschrift, die jährlich sechs Mal erscheint. Die ersten Schriftleiter waren für den juristischen Bereich Dr. Horst Schneble, für den medizinischen Bereich Prof. Dr. Gerchow. 1991 übernahm Prof. Dr. Harald Bürck die juristische Schriftleitung, dem 2000 Prof. Dr. Uwe Scheffler folgte. Im naturwissenschaftlichen Bereich trat Prof. Dr. Klaus Püschel 2002 die Nachfolge von Prof. Dr. Joachim Gerchow an. Seit 1994 ist *Blutalkohol* auch Publikationsorgan der Deutschen Gesellschaft für Verkehrsmedizin. Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Würdigung der beiden Gründer unserer Zeitschrift.

Unsere ehrenamtliche Tätigkeit ist ohne finanzielle Unterstützung durch Geldbußen und Spenden nicht möglich. Wir bedanken uns bei allen, die uns bisher geholfen haben, und bitten auch für die Zukunft um Zuweisung von Geldbußen und Spenden. Wir betrachten dies als Anerkennung der von uns geleisteten Aufklärungsarbeit und als Zustimmung, auch künftig in diesem Sinne tätig zu sein.

Allen, die unsere Arbeit unterstützen, und allen Mitarbeitern und Referenten danke ich für ihre geleistete Tätigkeit und bitte um weiteren intensiven Einsatz in den nächsten Jahren.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Peter Gerhardt', written in a cursive style.

Dr. Peter Gerhardt
Präsident des B.A.D.S.

BLUTALKOHOL

WISSENSCHAFTLICHE ZEITSCHRIFT FÜR DIE MEDIZINISCHE UND JURISTISCHE PRAXIS

BAND 4

JAHRGANG 1961

HEFT 1

Das Wagnis

Als im Kreise interessierter Juristen und Polizeibeamten die Frage der Herausgabe einer allein dem Spezialgebiet des Blutalkohols gewidmeten Zeitschrift erörtert wurde, entrang sich einem Berliner Richter der Stoßseufzer, damit werde die Zahl der Zeitschriften, die ungelesen über seinen Aktenbock wanderten, nur noch um eine weitere vermehrt.

Wenn trotzdem das Wagnis unternommen wird, mit dieser Zeitschrift an die Öffentlichkeit zu treten, so soll damit der erwähnte Einwand nicht gering geachtet werden. Es ist nicht zu leugnen, daß es in der medizinischen und der juristischen Disziplin eine Fülle von Zeitschriften gibt, die einfach aus Zeitmangel nicht alle gelesen werden können. Bei der Abwägung des Für und Wider haben aber trotz allem die Gründe, die für die Ausführung des Vorhabens sprachen, den Ausschlag gegeben.

Die Blutalkoholforschung und die forensische Bedeutung ihrer Arbeitsergebnisse werden im bisherigen Fachschrifttum aus verständlichen Gründen nur am Rande behandelt, wobei im rechtswissenschaftlichen Sektor noch eine breite Streuung nach zivilrechtlichen, strafrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Problemen zu beobachten ist. Die gerichtsmedizinischen Zeitschriften sind überwiegend auf die Technik der Blutalkoholuntersuchungen eingestellt. Sie kommen dazu bedauerlich selten in die Hände der Richterschaft. Die verkehrsrechtlichen Zeitschriften behandeln Alkoholfragen nur nebenher, erfassen aber auch den Bezieherkreis, der hier angesprochen werden soll, nur zu einem geringen Teil.

Wenn man sich vor Augen hält, daß noch vor wenigen Jahren eine große Strafkammer einer Verwechslung von Resorption und Ausscheidung des Alkohols zum Opfer fallen konnte, dann mag es doch angezeigt sein, mit dieser Zeitschrift dazu beizutragen, daß die Schwierigkeiten der Blutalkoholbestimmung, die Fehlerquellen und ihre Bedeutung einem breiteren Kreis von Juristen verschiedener Gerichtszweige geläufig werden.

Zugleich soll Gelegenheit gegeben werden, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen zu veröffentlichen, die sich mit Fragen des Blutalkohols beschäftigen und — besonders für den Juristen überraschend — immer wieder noch neue Erkenntnisse bringen und damit neue Probleme aufwerfen.

Prof. Dr. med. Gerchow

Dr. jur. Schneble

Prof. Dr. Joachim Gerchow 90 Jahre



Zu Prof. Dr. med. Joachim Gerchow wurde schon (fast) alles gesagt – bei vielen festlichen und ehrenvollen Anlässen, zu runden Geburtstagen und in Laudationen. – Für seine zahlreichen Schüler, Weggefährten und Freunde ist sein 90. Geburtstag Veranlassung, ihm weiterhin alles Gute zu wünschen und zugleich eine Freude und Ehre, seine Person, seinen Lebensweg und seine Leistungen noch einmal kurz nachzuzeichnen.

Joachim Gerchow gehört zu den außergewöhnlichen und herausragenden Wegbereitern und Lichtgestalten im Grenzbereich von Medizin (somatische Rechtsmedizin, forensische Psychiatrie, Suchtforschung), Ethik und Recht. Er hat in Lehre, Wissenschaft und Praxis eine weit umfassende enzyklopädische Richtung vertreten und darin soziales Engagement und Resozialisierungsgedanken stets nachhaltig vertreten.

Er hat zahlreiche öffentliche Aufgaben wahrgenommen, Ämter bekleidet, Zeitschriften und Bücher herausgegeben, in Prozessen als Gutachter gedient und Gesetzesänderungen geprägt. Dies alles kann hier allenfalls ansatzweise wiederspiegelt werden.

Aus den verschiedenen vorangehenden Festschriften und Laudationen hier nur einige wenige Zitate:

- ein hoch gelehrter und hoch gebildeter Mann,
- ein präziser, überaus seriöser Wissenschaftler,
- ein Mann mit feinem Humor, empfindsam, aber nicht empfindlich, voller Verständnis für die Sorgen und Nöte anderer, vor allem der jüngeren, suchenden Kolleginnen und Kollegen,
- eine geradezu exemplarische Schaffenskraft und unbestrittene Sachkunde ...
- Herr Gerchow hatte als Rechtsmediziner beruflich in den Schattenseiten der Gesellschaft zu entscheiden und musste Distanz und Verantwortung für Einzelne in behutsamem Gleichgewicht halten. Vielleicht hat er sich deswegen immer wieder intensiv und bis heute mit dem Verhältnis von Ethik und Medizin beschäftigt.
- Bedachtsamkeit, Ruhe und Zurückhaltung paaren sich bei ihm mit ungebrochener Vitalität und erstaunlicher Schaffenskraft. Trotz eines hohen Maßes an Arbeitslast im Beruf und im Dienst für das Gemeinwohl findet er auch noch Zeit, in geselliger Runde im Kreis seiner Mitarbeiter, mit Kollegen oder mit Freunden.
- Seine umfassenden Kenntnisse, seine Kollegialität, seine Verträglichkeit, seine Konzilianz und seine partnerschaftliche Einstellung sind dankbar zu erwähnen.
- Joachim Gerchow hat der Frankfurter Rechtsmedizin in Fach, Feld und Öffentlichkeit internationales Ansehen verschafft.

Kurz gefasst einige Hinweise zu seinem Lebenslauf: Prof. Dr. med. Joachim Gerchow wurde am 26.06.1921 in Mirow/Mecklenburg geboren. Das Abitur hat er am Humanistischen Gymnasium in Neustrelitz am 01.03.1939 abgelegt. Direkt danach begannen für ihn ab dem 01.04.1939 Reichsarbeitsdienst, Kriegsdienst in Polen, Frankfurt, Russland, Norwegen und Deutschland. Zwischenzeitlich konnte er noch während des Krieges ein Medizinstudium in Rostock und Kiel durchführen. Er war kurz in englischer Kriegsgefangenschaft. Am 11. Dezember 1946 hat er in Kiel das Staatsexamen abgelegt. Promotion zum Dr. med. am 1. März 1948 in Kiel mit dem Thema: „Über die Schmerzempfindung bei Neugeborenen und ihre forensische Bedeutung“. Herr Gerchow trat in das Kieler Institut für Gerichtliche Medizin ein; hier war er Schüler von Wilhelm Hallermann. Habilitation für das Fach „Gerichtliche und soziale Medizin“ mit der Schrift „Die Bedeutung der reaktiven Abnormisierung für die Beurteilung von Kindesmörderinnen“; Venia legendi am 26. Oktober 1954. Gerchow war zunächst einmal wissenschaftliche Hilfskraft, dann ab 1951 voll bezahlter wissenschaftlicher Assistent und später Oberassistent. Zum 01.06.1962 ging er an das Institut für Gerichtliche und Soziale Medizin der Medizinischen Fakultät der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt. Hier erfolgte die Berufung zum ordentlichen Professor und Institutsdirektor am 18.10.1962. Das Institut wurde später aufgrund eines Beschlusses der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin in „Institut für Rechtsmedizin“ umbenannt. Gerchow blieb in Frankfurt, obwohl er 1969 noch einen Ruf auf den Lehrstuhl in Kiel hatte. Die Emeritierung erfolgte zum 30.09.1989. – Zu seinen Schülern und Weggefährten in Frankfurt gehörten viele bekannte Rechtsmediziner, die später auch eigene Lehrstühle erlangten und Gerchow in diversen Ämtern nachfolgten (z.B. auch als Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin oder Herausgeber der Fachzeitschrift dieser Gesellschaft); genannt seien Adebahr, Grüner, Reinhardt, Staak und Schewe.

Bundesvorstand

Aus der Sicht des B.A.D.S. und der Zeitschrift *Blutalkohol* sei bezüglich Gerchow folgendes hervorgehoben: Er hat die Zeitschrift *Blutalkohol* im Jahre 1961 ins Leben gerufen und sie dann als medizinischer Schriftleiter 40 Jahre lang entscheidend geprägt. Er selbst hatte dies einmal folgendermaßen kommentiert: „Kaum eine andere Zeitschrift kann für sich in Anspruch nehmen, im Zuständigkeitsbereich der Verkehrsdelikte, aber auch weiter darüber hinaus, in der Rechtsprechung, bei gesetzgeberischen Maßnahmen und in den einschlägigen juristischen Kommentaren so häufig zitiert zu werden, wie die Zeitschrift *Blutalkohol*.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Gerchow hat in dieser Zeit die Blutalkoholforschung entscheidend mitgeprägt: Als verkehrsmedizinisches, als kriminologisches und als forensisch-psychiatrisches Thema sowie bei der Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit und beim Alkoholismus. Seit den 70er Jahren wurden auch der Drogenkonsum sowie dessen negative Auswirkungen sein sozialmedizinisches und forensisch-psychiatrisches Arbeitsfeld. Die Sucht-Problematik und deren Auswirkungen auf die Situation Jugendlicher und Heranwachsender sind ihm ein persönliches ärztliches Anliegen. Gerchows wissenschaftliche Aktivitäten und Gutachten haben tief hineingewirkt in die höchst richterliche Rechtsprechung und in die Gesetzgebung.

Das Promillegewissen der Nation



Dr. Horst Schneble, der langjährige Präsident des B.A.D.S., hat diese Charakterisierung seiner Person Zeit seines Lebens als besonderen Ehrentitel verstanden. In seinem Buch „Ein Leben unter vier Systemen - Gedanken und Erinnerungen“ nimmt der 2009 Verstorbene diese „Auszeichnung“ einer Frankfurter Zeitung gerne entgegen, weil wie er befand, „mir der Feldzug gegen die Verkehrsunfallursache Alkohol am Steuer im Laufe meines Lebens wirklich eine Herzensangelegenheit geworden ist“.

Wer aus dem Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr würde dieser Selbsteinschätzung widersprechen wollen? Schließlich profitiert der B.A.D.S. noch heute von dem Ideenreichtum, der Durchsetzungsfähigkeit, überhaupt von der Gesamtpersönlichkeit seines ehemaligen Präsidenten, der diese Aufgabe von 1969 bis 1984 wahrgenommen hat.

Besonderen Stolz empfand Schneble über die von ihm und dem Kieler Rechtsmediziner Professor Joachim Gerchow entwickelte und seit 50 Jahren erscheinende Fachzeitschrift *Blutalkohol*. Vorläufer dieser von den Fachleuten weltweit geschätzten Publikation waren einzelne Schriften und Broschüren zu medizinischen und juristischen Aspekten der Alkoholproblematik, die der junge Richter Schneble in seiner Zeit im schleswig-holsteinischen Elmshorn mit verfasst und verurteilten Alkoholsündern ausgehändigt hat. Sie aber blieben meist ungenutzt liegen. Dies stachelte den Ehrgeiz Schnebles an, und so schlug er Ende 1960 dem Bundesbeirat des B.A.D.S. vor, die hierfür bereitgestellten Mittel einzusparen. Stattdessen sollten die ordentlichen Gerichte und die Staatsanwaltschaften, sowie die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit mit einer Zeitschrift beliefert werden. Diese sollte die jeweils aktuellsten Informationen über die neuesten medizinischen Forschungsergebnisse und den Stand der höchstrichterlichen Rechtsprechung allen zugänglich machen, die als Richter über die strafrechtlichen, zivilrechtlichen oder sozialrechtlichen Folgen von Alkohol im Straßenverkehr zu entscheiden hatten. So wurde gemeinsam mit Prof. Gerchow, der die medizinische Schriftleitung übernahm, *Blutalkohol* zu einer festen Institution, die in der Fachwelt nach wie vor größte Anerkennung erfährt. Welches Renommee der B.A.D.S. mit seiner Publikation einmal erlangen würde, überstieg damals die Vorstellungskraft der Entscheider, denn das „Ja“ zur Produktion wurde nur mit knapper Mehrheit erreicht. Heute ist *Blutalkohol* auch dank seiner jetzigen Schriftleitung ein international hoch anerkanntes Fachorgan, das Abonnenten in mehr als 30 Ländern der Welt gewonnen hat. Selbst in einer der populärsten Sendungen im deutschen Fernsehen, der Quizsendung „Wer wird Millionär“ zeigte sich der Moderator Günther Jauch mehr als überrascht, als er bei einem Aufenthalt an der Havard-Universität im amerikanischen Boston feststellte, dass *Blutalkohol* dort in der Bibliothek archiviert wird.

Viele andere Ideen von Horst Schneble sind in die Arbeit des B.A.D.S. eingeflossen und werden in dem Buch erläutert. Welchen Impulsen sein Engagement und seine Phantasie entsprungen sind, kann man nur erahnen. Sicherlich sind die vielfältigen Erlebnisse und Erfahrungen, die er in seinem mehr als neun Jahrzehnte währenden Leben in vier unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen sammeln konnte, mitentscheidend gewesen. 1908 in Erfurt geboren, besuchte er zunächst die Schule in Halle an der Saale und studierte anschließend Rechtswissenschaft. Von 1935 bis 1972 war er unter anderem als Richter an verschiedenen Gerichten tätig. Vor seiner Pensionierung bekleidete er das

Amt des Senatspräsidenten am Landessozialgericht in Schleswig. Seine Gesamtpersönlichkeit erschließt sich aus seiner eingangs zitierten Biografie, in der die letzten Jahre des Kaiserreiches ebenso lebendig werden wie die „so wenig geliebte Weimarer Republik“ und seine Konflikte mit dem nationalsozialistischen Unrechtsregime. Beeindruckend lesen sich dabei die beschriebenen Konflikte mit den Machthabern des Dritten Reiches und seine Kontakte zu zahlreichen Menschen des Widerstandes gegen Hitler. Seine Schilderungen über die Tätigkeit als Richter unter dem NS-System machen dem Leser durchaus glaubhaft, dass nicht „die ganze Justiz dem Terrorapparat willfährig zu Diensten war“.

Auch wenn sich zwangsläufig im Laufe der Jahrzehnte gesellschaftliche Wahrnehmungen und Bewertungen ändern, tun nachfolgende Generationen gut daran, den Rat engagierter Menschen aus früheren Zeiten anzuhören und ggf. in die eigenen Auffassungen einfließen zu lassen. Dies sollte auch weiterhin für die fundiert abgesicherten Erkenntnisse und Meinungen des langjährigen B.A.D.S.-Präsidenten gelten. Seine Grundüberzeugung, den Alkohol aus dem Straßenverkehr fernzuhalten, um Menschenleben zu schützen, ist unbestrittenes Leitmotiv für den B.A.D.S. auch heute.

Und so orientieren sich der B.A.D.S. und seine Mitglieder in ihrer Arbeit weiterhin an Dr. Horst Schneble und engagieren sich fortgesetzt in seinem Geiste als „Promillegewissen der Nation“.

Autor: Norbert Radzanowski

PRESSEMITTEILUNG VOM 09.12.2010 Forderung des B.A.D.S.

Promille-Grenze europäisch einheitlich regeln

München/Hamburg (nr). Der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (B.A.D.S.) fordert eine europäisch einheitliche Regelung der Promille-Grenze.

Sein Präsident Dr. Peter Gerhardt reagierte damit auf die Einlassung des niedersächsischen Justizministers Bernd Busemann, der sich für die Absenkung der Promille Grenze auf 0,3 ausgesprochen hatte. „Auch wir befürworten eine Senkung der zurzeit zulässigen Höchstgrenze. Nach gesicherten naturwissenschaftlichen Erkenntnissen wird die Fahr-sicherheit bereits ab diesem Wert und nicht erst ab 0,5 Promille beeinträchtigt. Eine jedoch nur auf Deutschland bezogene Regelung passt nicht mehr in die Zeit, die Verkehrsströme bewegen sich innerhalb der Europäischen Union grenzüberschreitend in immer größeren Dimensionen“, sagte der Präsident des B.A.D.S. Zur mehr Sicherheit auf den Straßen führe es nur, wenn nach Deutschland Einreisende auch in den umliegenden Ländern gleiche gesetzliche Regelungen vorfinden.

Der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr wurde 1950 gegründet. Nach der Satzung des gemeinnützigen Vereins gehören zu seinen Aufgaben unter anderem die Aufklärung über die Gefährlichkeit von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr und die Förderung der Forschung auf diesem Gebiet. Der Schwerpunkt seiner Erziehungs- und Aufklärungsarbeit wird von 19 Landesektionen getragen. Er finanziert seine Arbeit hauptsächlich aus den von Staatsanwaltschaften und Gerichten zufließenden Geldbußen, Spenden und aus Mitgliedsbeiträgen.

PRESSEMITTEILUNG VOM 18.01.2011

Wegfahrsperrern erhöhen die Verkehrssicherheit

Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr macht sich stark für Wegfahrsperrern nach Alkoholgenuss

Hamburg (nr). „Wegfahrsperrern minimieren die Gefahren durch Alkohol im Straßenverkehr“ – darauf hat heute der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (B.A.D.S.) hingewiesen. So wie der Verkehr durch die Absenkung der Promillegrenzen und die Einführung des Alkoholnachweises auch in der Atemluft sicherer geworden ist, so machen auch die sogenannten Wegfahrsperrern Sinn, sagte heute (18.01.2011) der Präsident des B.A.D.S., Dr. Peter Gerhardt.

Gerhardt verwies insbesondere auf Erfahrungen in den USA und in Schweden. „Dort registriert man seit der Einführung von Wegfahrsperrern eine niedrigere Rückfallquote von Alkoholsündern als in Deutschland. Es wird ein Atemalkohol-Messgerät mit dem Anlasserrelais des Fahrzeugs verbunden, das den Start des Motors erst freigibt, wenn der Fahrer eine Atemprobe abgegeben hat und der Atemalkoholgehalt unterhalb des eingestellten Grenzwertes liegt“, so der Präsident. Das Gerät sei gegen Manipulationen besonders gesichert und speichere alle Ereignisse wie Atemproben oder versuchte Manipulationen in einem Datenspeicher. Die Sperre erinnere den Fahrer permanent daran, sich verantwortungsbewusst zu verhalten, sagte Gerhardt weiter. „Auch wenn eine flächendeckende Einführung der Geräte nicht umsetzbar sei, so könnte doch im Rahmen der Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach Alkoholfahrten die Benutzung der Wegfahrsperrern zu einer deutlichen Reduzierung der Rückfallquote führen.“

Die Bedenken von Experten, dass die Sperre möglicher Weise dazu verführe, sich an die Promille-Grenze heranzutrinken, nehme seine Organisation durchaus ernst.

„Wir meinen jedoch, dass eine Null-Promille-Grenze diese Gefahr ausschließen kann“, sagte Dr. Gerhardt. Der B.A.D.S. halte die Zulassung von Wegfahrsperrern allerdings vordringlich im Rahmen einer einheitlichen EU-Regelung für sinnvoll.

Angesichts der immer bestehenden Möglichkeit, dass sich betroffene Autofahrer auch ans Steuer von fremden Fahrzeugen ohne Wegfahrsperrern setzen könnten, sei einheitliche Ahndung von Verstößen unabdingbar.

Insbesondere sei die Frage zu erörtern, wie bei Alkoholsündern die Arbeits- und Beschäftigungssituationen berücksichtigt werden könnten. In diesen seien Alkohol-Wegfahrsperrern kaum praktikabel, weil z.B. in einem Fuhrpark unterschiedliche Mitarbeiter flexibel auf unterschiedliche Fahrzeuge zurückgreifen müssten“, so der Präsident des Bundes gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr.

Der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr wurde 1950 gegründet. Nach der Satzung des gemeinnützigen Vereins gehören zu seinen Aufgaben unter anderem die Aufklärung über die Gefährlichkeit von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr und die Förderung der Forschung auf diesem Gebiet. Der Schwerpunkt seiner Erziehungs- und Aufklärungsarbeit wird von 19 Landesektionen getragen. Er finanziert seine Arbeit hauptsächlich aus den von Staatsanwaltschaften und Gerichten zufließenden Geldbußen, Spenden und aus Mitgliedsbeiträgen.

PRESSEMITTEILUNG VOM 08.03.2011 Verdienstkreuz für Dr. Erwin Grosse

Ehrung für langjährige ehrenamtliche Tätigkeit des B.A.D.S.-Präsidenten

Hamburg (nr). Der langjährige Präsident und jetzige Ehrenpräsident des Bundes gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (B.A.D.S.), Dr. Erwin Grosse, ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

Die von Bundespräsident Christian Wulff ausgesprochene Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste Dr. Grosses wurde jetzt in einer Feierstunde im Hamburger Rathaus durch den Senator der Behörde für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg, Heino Vahldieck, verliehen. Er hob insbesondere das über dreißigjährige ehrenamtliche Engagement Grosses hervor: „Für diese hervorragende Arbeit werden Sie und der B.A.D.S. von vielen Seiten als stets kompetenter Ansprechpartner geschätzt. So verwundert es auch nicht, dass der Bundesgesetzgeber Maßnahmen – auch auf Anregung des B.A.D.S. – wie zum Beispiel ein Alkoholverbot für Fahranfänger aufgegriffen und in die Praxis umgesetzt hat“, so Senator Vahldieck. Auch das im Jahr 2010 auf Hamburger Straßen fast zehn Prozent weniger Menschen verunglückt sind, würdigte der Senator als ein Verdienst umfangreicher Aufklärungsarbeit im Bereich der Verkehrssicherheit.

Dr. Erwin Grosse war in Hamburg bis zu seiner Pensionierung als Staatsanwalt tätig, die letzten 12 Jahre als Leiter der Staatsanwaltschaft. Dem Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr stand er von 1999 bis zum Jahresende 2008 als Präsident vor. Bereits von 1979 bis 1997 war er stellvertretender Vorsitzender der Landessektion Hamburg und von 1997 bis 1999 auch Vorsitzender dieser Institution. Als Präsident des Vereins war Dr. Grosse zugleich Mitglied im Vorstand der Deutschen Verkehrswacht und der Akademie für Verkehrssicherheit.

Der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr wurde 1950 gegründet. Nach der Satzung des gemeinnützigen Vereins gehören zu seinen Aufgaben unter anderem die Aufklärung über die Gefährlichkeit von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr und die Förderung der Forschung auf diesem Gebiet. Der Schwerpunkt seiner Erziehungs- und Aufklärungsarbeit wird von 19 Landessektionen getragen. Er finanziert seine Arbeit hauptsächlich aus den von Staatsanwaltschaften und Gerichten zufließenden Geldbußen, Spenden und aus Mitgliedsbeiträgen.



Dr. Grosse (Mitte), der Vorsitzende des B.A.D.S., Dr. Gerhardt (li), und Innensenator Heino Vahldieck

Bundsvorstand

PRESSEMITTEILUNG VOM 19.04.2011

Wer fährt trinkt nicht, wer trinkt fährt nicht

Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr für absolutes Alkoholverbot am Steuer

Hamburg/Bamberg (nr). Der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (B.A.D.S.) hat seine langjährige Forderung nach einem absoluten Alkoholverbot im Straßenverkehr bekräftigt.

Trotz jahrzehntelanger Aufklärung über die Gefahren von Alkohol im Straßenverkehr sei immer noch ein erschreckend hoher Anteil an durch alkoholisierte Kraftfahrer verursachten Verkehrsunfällen mit zum Teil schweren Folgen zu verzeichnen, sagte der Präsident des B.A.D.S., Dr. Peter Gerhardt, am Rande einer Tagung der Organisation am Wochenende im bayerischen Bamberg. „Auf Grund der positiven Erfahrungen mit dem seit Jahren bestehenden Alkoholverbot für Fahranfänger erscheint es uns im Interesse der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer nunmehr geboten, das Verbot zukünftig generell für alle Kraftfahrer vorzuschreiben“, so Gerhardt weiter.

Die derzeitige Rechtslage mit einem abgestuften Sanktionskatalog bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten ist für den einzelnen Bürger kaum noch verständlich. Zudem verleiten die bisherigen Gefahrgrenzwerte (0,3/0,5/1,1 Promille) allzu sehr dazu, sich an diese Grenzwerte heranzutrinken.

Das vom B.A.D.S. deshalb geforderte generelle Alkoholverbot am Steuer schränkt den Einzelnen nicht unzumutbar ein. „Es geht nicht darum, den Alkoholgenuss zu ächten, vielmehr ist die Forderung nach einem generellen Alkoholverbot am Steuer das notwendige und eindeutige Signal, dass Alkohol und Fahren nicht miteinander zu vereinbaren sind“, sagte der Präsident. Der B.A.D.S. verweist in diesem Zusammenhang auf die vor Jahren geführte Diskussion über die sanktionsbewehrte Regelung der Anschnallpflicht. Die auch damals als Eingriff in die freie Entfaltung der Persönlichkeit jedes Einzelnen scharf kritisierte Vorschrift ist inzwischen voll akzeptiert und hat zu einem deutlichen Rückgang von Toten und Verletzten im Straßenverkehr geführt.

Der Präsident des Bundes gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr verwies darauf, dass schon jetzt Umfragen zeigten, dass man sich in Deutschland mit deutlicher Mehrheit für ein generelles Verbot von Alkohol am Steuer ausgesprochen hat. Nachdem mildere Maßnahmen bislang nicht ausreichende Wirkung gezeigt hätten, sei nunmehr der Gesetzgeber gefordert.

Der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr wurde 1950 gegründet. Nach der Satzung des gemeinnützigen Vereins gehören zu seinen Aufgaben unter anderem die Aufklärung über die Gefährlichkeit von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr und die Förderung der Forschung auf diesem Gebiet. Der Schwerpunkt seiner Erziehungs- und Aufklärungsarbeit wird von 19 Landessektionen getragen. Er finanziert seine Arbeit hauptsächlich aus den von Staatsanwaltschaften und Gerichten zufließenden Geldbußen, Spenden und aus Mitgliedsbeiträgen.

Nachruf



Klaus Börkei†

Am 09.09.2011 ist Polizeidirektor a.D. Klaus Börkei in Schwelm im Alter von 70 Jahren gestorben. Für die Landessektion Nordrhein-Westfalen war er seit mehr als 20 Jahren als stellvertretender Vorsitzender tätig. Ihm war besonders daran gelegen, die Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechtsmedizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zu intensivieren. Mit Prof. Dr. Thomas Daldrup veranstaltete er zahlreiche wissenschaftliche Trinkversuche zur Sensibilisierung des juristischen Nachwuchses.

Wir verlieren mit Klaus Börkei einen engagierten Mitstreiter, der stets bescheiden, freundlich und hilfsbereit war und deswegen von allen geachtet wurde.

Klaus Börkei hat sich um den B.A.D.S. verdient gemacht. Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet und werden seine Arbeit und seinen besonderen Humor stets in guter Erinnerung behalten.

Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold 2010 für Herrn Landespolizeipräsident Bernd Merbitz



„Das Amt des Herrn Landespolizeipräsidenten Merbitz steht für die erfolgreiche Tätigkeit der Polizei in Sachsen im Bereich Alkohol und Drogen im Straßenverkehr. Es wird ihm deshalb 2010 die Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold, stellvertretend für die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei im Freistaat Sachsen, verliehen“, sagte der Präsident des Bundes gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, Dr. Peter Gerhardt, in seiner Laudatio im Festakt am 1. Oktober 2010 im Neuen Rathaus in Dresden.



„Alkohol im Straßenverkehr wird im Freistaat Sachsen seit den 1990er Jahren erfolgreich mit einem Konzept aus Aufklärung und starker Verkehrsüberwachung bekämpft“, begründete Gerhardt (rechts) die Entscheidung für die Auszeichnung. Er lobte darüber hinaus das Vorgehen der Polizei im Freistaat gegen Fahrten unter Drogeneinfluss und die Aufklärung junger Verkehrsteilnehmer.

So sei zum Beispiel vom B.A.D.S. und der Verkehrswacht unter Beteiligung der Polizei die Aktion „Junge Fahrer in Sachsen“ ins Leben gerufen worden.

„Der Mischung aus Aufklärung und verstärkter Überwachung ist es zu verdanken, dass die Zahl der Autounfälle in Sachsen zwischen 1995 und 2007 um 74,5 % gesunken ist“, so Dr. Gerhardt.

Alle neuen Bundesländer seien bei der Wiedervereinigung vor 20 Jahren im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit vor ein großes Problem gestellt worden. „Einerseits wuchs die Motorisierung stark an, andererseits bestand durch den Wegfall der früheren 0,0 Promillegrenze die große Gefahr, dass von den Verkehrsteilnehmern die Problematik des Alkohols im Straßenverkehr verkannt und verharmlost wurde. Erforderlich war ein Konzept aus Aufklärung und verstärkter Verkehrsüberwachung, so Gerhardt weiter. Wie die Zahlen zeigten, sei dies der Polizei in Sachsen sehr gut gelungen.

Bundesvorstand

Vor der feierlichen Übergabe der Medaille hielten folgende Gäste Grußworte:



Dr. Wilfried Bernhardt
Staatssekretär im Ministerium der Justiz im Freistaat Sachsen



Ulrich Hagenloch
Präsident des Oberlandesgerichts Dresden



Jörn Marx
Bürgermeister der Landeshauptstadt Dresden

Auch zukünftig wird die Bekämpfung von „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ im Freistaat Sachsen nach den Planungen eine Kernaufgabe der Polizei darstellen, um durch intensive und kontinuierliche Verkehrsüberwachungsmaßnahmen dieses Deliktfeld einzudämmen“, sagte der B.A.D.S.-Präsident.

Vor mehr als einhundert Ehrengästen aus Politik, Wissenschaft, Polizei, Justiz, Verwaltung und Verkehrsverbänden referierte auf dem Festakt anschließend Prof. Dr. Becker von der TU Dresden zum Thema „Verkehr und Ökologie“.



B.A.D.S.-Präsident Gerhardt dankte Prof. Becker für seine hervorragende Analyse des Zielkonflikts in einem so hochmotorisierten Land wie Deutschland.

Laudatio für Herrn Landespolizeipräsident Merbitz

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D. Dr. jur. Peter Gerhardt,
Präsident des B.A.D.S.

im Rahmen der Verleihung der Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold 2010 in Dresden

Sehr geehrter Herr Landespolizeipräsident,

der Vorstand des B.A.D.S. hat beschlossen, Sie heute stellvertretend für die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei in Sachsen mit der Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold auszuzeichnen.

Ich möchte aus diesem Anlass zunächst kurz Ihren Lebenslauf schildern. Sie wurden 1956 in Zumrode im Bezirk Leipzig geboren, sind verheiratet und haben drei Kinder. Nach dem Abitur traten Sie 1975 in den Polizeidienst ein. Von 1984 bis 1986 studierten Sie Staatswissenschaften. Anschließend leiteten Sie von 1986 bis 1991 die Mordkommission in Leipzig. Es folgte eine kurze Tätigkeit als Leiter des Dezernats Leben und Gesundheit bei der Bezirkspolizeibehörde in Leipzig. Vom 15.07.1991 bis 31.08.1998 waren Sie Leiter der Abteilung Staatsschutz beim Landeskriminalamt Sachsen, vom 01.09.1998 bis 31.12.2004 Leiter der Polizeidirektion Grimma, ab 01.01.2005 Leiter der Polizeidirektion Sachsen. Dort wurden Sie am 01.09.2005 zum Polizeipräsidenten ernannt. Seit dem 02.07.2007 sind Sie im Sächsischen Innenministerium beschäftigt und leiteten zunächst die Abt. 3 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Am 01.10.2007 wurden Sie Landespolizeipräsident in Sachsen. Mit diesem Amt sind Sie auch Repräsentant der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei in Sachsen.

Alle neuen Bundesländer wurden bei der Wiedervereinigung vor 20 Jahren im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit vor ein großes Problem gestellt: Einerseits wuchs die Motorisierung stark an, andererseits bestand durch den Wegfall der früheren 0,0 Promillegrenze die große Gefahr, dass von den Verkehrsteilnehmern die Problematik des Alkohols im Straßenverkehr verkannt und verharmlost wurde. Erforderlich war ein Konzept aus Aufklärung und verstärkter Verkehrsüberwachung. Wie die Zahlen zeigen, ist dies der Polizei in Sachsen sehr gut gelungen. Nach dem befürchteten Anstieg ist die Zahl der Alkoholunfälle in Sachsen von 8.577 im Jahre 1995 auf 2.184 im Jahre 2009, d.h. um 74,5%, gesunken. Die Zahl der Alkoholunfälle mit Verletzten ging dabei um 73,8%, der Unfälle mit Getöteten um 89,3% zurück.

Wie der B.A.D.S. bereits in seinen Leitsätzen für die Verkehrssicherheitsarbeit auf dem Gebiet Alkohol und Fahren herausgestellt hat, erfordert eine wirksame Bekämpfung der Trunkenheitsfahrten im Straßenverkehr neben der Aufklärung auch eine wirksame Verkehrsüberwachung durch die Polizei. Dem kam die Verkehrspolizei in Sachsen durch anlassbezogene Verkehrskontrollen neben der generellen Verkehrsüberwachung in großem Umfang nach. Sichtbar wird dies durch die aufgedeckten folgenlosen Trunkenheitsfahrten. 1995 erfolgten 7.777 Feststellungen, 1999 sogar ca. 18.000, 2009 wurden 9.042 Fälle registriert. Sie gliederten sich auf in 4.874 Straftaten nach § 316 StGB, d.h. folgenlose Trunkenheitsfahrten, 3.859 Ordnungswidrigkeiten nach § 24 a StVG, dem 0,5-Promillegesetz, und 309 Verstöße gegen § 24 c StVG, d.h. das absolute Alkoholverbot für Fahranfänger.

Seit Mitte der neunziger Jahre erfolgte nach entsprechenden Studien der Rechtsmedizin eine intensive Ausweitung der Tätigkeit der Verkehrspolizei auf dem Gebiet Drogen im Straßenverkehr. Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat bereits frühzeitig in den 90er Jahren Maßnahmen zur Bekämpfung von „Alkohol im Straßenverkehr“ angeordnet, deren Umsetzung sich in den folgenden Jahren positiv auf die Verkehrssicherheit im Freistaat Sachsen ausgewirkt hat. Sachsen führte dabei als eines der ersten Bundesländer das Früherkennungsprogramm für Drogenfahrten ein. Bei der entsprechenden Schulung der Beamten war auch der B.A.D.S. maßgebend beteiligt, unter anderem durch den derzeitigen Landesvorsitzenden Prof. Dr. Müller und seinen Vertreter Herrn Oberstaatsanwalt Gregor. Zur Erkennung drogenbeeinflusster Kraftfahrzeugführer wird seit dem Erlass des Staatsministeriums des Innern vom 17.03.1999 im Freistaat Sachsen das Drogenvortestgerät „Drugwipe“ angewendet. Mit dem Vortestgerät wird der Verdacht des Fahrens unter Drogeneinfluss erhärtet, wenn entsprechende Ausfallerscheinungen festgestellt und dokumentiert wurden.

Bundsvorstand

Ab dem Jahre 2000 erfolgte durch die Polizei eine statistische Erfassung der sog. folgenlosen Drogenfahrten. Durch die zunehmende Sensibilisierung der Polizeibeamten stieg die Zahl der Feststellungen von 624 im Jahr 2000 auf 2.745 im Jahre 2005. Seit dem Jahr 2006 ist die Zahl rückläufig und sank 2009 auf 1.443 Fälle. Entsprechend dem bundesweiten Trend stieg dagegen die Zahl der Verkehrsoffer von Drogenfahrten. Im Jahre 2009 waren in Sachsen insgesamt 84 drogenbedingte Verkehrsunfälle mit 2 Getöteten, 24 Schwerverletzten und 39 Leichtverletzten zu beklagen.

Auch die Aufklärungstätigkeit wurde von der Polizei in Sachsen intensiv betrieben. Seit Beginn der neunziger Jahre fand dabei eine enge Zusammenarbeit mit dem B.A.D.S. statt, begünstigt durch die Person des ersten Vorsitzenden unserer Landessektion Sachsen, des früheren Polizeidirektors Horst Zeidler aus Dresden. Er war in seiner aktiven Zeit bei der Verkehrspolizei in Sachsen tätig. So wird zum Beispiel vom B.A.D.S. und der Verkehrswacht unter Beteiligung der Polizei die Aktion „Junge Fahrer in Sachsen“ durchgeführt. Besonders hervorzuheben ist in diesem Rahmen auch der Einsatz unseres Fahrsimulators bei Aufklärungstätigkeiten der Polizei an Schulen. Der Fahrsimulator wird der Polizei vom B.A.D.S. seit 1991 kostenfrei zur Verfügung gestellt und von ihr in vielen Einsätzen intensiv genutzt.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Alkohol- und Drogenprävention ist die Förderung der Tätigkeit von Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit. Beispielhaft hierfür ist die Bewilligung von Fördermitteln für das Peerprojekt zur Pünktlichkeit im Straßenverkehr an Fahr- und Berufsschulen im Raum Dresden der Sächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren e. V. Im Rahmen des Projektes gehen Peers, d.h. Gleichaltrige, in Fahrschulen. Sie informieren die Fahrschüler/innen in zusätzlichen Unterrichtseinheiten über die Gefahren von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr und diskutieren zusammen über mögliche Folgen. In den so genannten PEER-Einheiten werden gemeinsam mit den Fahrschülern Strategien und Regeln entwickelt, wie alkohol- und drogenbedingte Rauschfahrten vermieden werden können.

Auch zukünftig wird die Bekämpfung von „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ im Freistaat Sachsen nach den Planungen eine Kernaufgabe der Polizei darstellen, um durch intensive und kontinuierliche Verkehrsüberwachungsmaßnahmen dieses Deliktfeld einzudämmen. Dies ergibt sich auch aus der bundesweiten Befassung mit dieser Problematik. So wurde im Rahmen der Arbeitstagung der bundesweiten Arbeitsgruppe Verkehrspolizeiliche Angelegenheiten am 16./17.06.2010 die Notwendigkeit zur Bekämpfung dieses Deliktfeldes verdeutlicht. Ganz klar wurde herausgearbeitet, dass in diesem Bereich der Verfolgungsdruck flächendeckend auszubauen und insgesamt zu erhöhen ist.

Herr Landespolizeipräsident Merbitz, Ihr Amt steht für die erfolgreiche Tätigkeit der Polizei in Sachsen im Bereich Alkohol und Drogen im Straßenverkehr. Wir verleihen Ihnen deshalb in diesem Jahr die Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold, stellvertretend für die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei im Freistaat Sachsen.



B.A.D.S.-Präsident Dr. Gerhardt (re.) übergibt Sachsens Polizeipräsidenten Merbitz die Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold

Verkehr oder Mobilität? Worum geht es in unserer Gesellschaft wirklich?

Prof. Dr.-Ing. Udo Becker
Technische Universität Dresden, Lehrstuhl für Verkehrsökologie

nach einem Vortrag, gehalten bei der Verleihung der Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold,
am 1.10.2010 in Dresden

1 Obwohl der Verkehr ständig wächst, wird er immer sicherer!

- „Verkehr ist eine Grundvoraussetzung für moderne Gesellschaften.“
- „Heutzutage müssen doch alle ständig mobil sein – und deshalb müssen wir uns auf noch mehr Verkehr vorbereiten!“
- „Mobilität ist zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum.“
- „Auch zukünftig werden die Verkehrsmengen weiter deutlich zunehmen.“
- „Auch im letzten Jahr hat die Verkehrssicherheit weiter zugenommen.“

Kennen Sie diese Sätze nicht alle? Eigentlich ahnen oder wissen wir das doch fast alle. In der modernen Welt gehören „Verkehrszunahmen“ einfach dazu: Alles wird moderner, schneller, weiter, globalisierter, und wer bei diesem Rennen nicht mitmacht, gerät ins Hintertreffen. Wer bei diesem Rennen nicht mitmacht, verliert Arbeitsplätze, reduziert das unbedingt und immer notwendige Wachstum, und überhaupt: der verstößt gegen grundsätzliche menschliche Bedürfnisse. Wozu das führen dürfte, wenn wir uns diesem Wachstumswettrennen¹ verweigern würden, „hat man ja an der DDR gesehen, die ihre Bürger eingesperrt hat“. Zu ständig steigender Mobilität, zu ständig steigenden Verkehrsmengen, ständig steigenden Mobilitätsansprüchen, ständig steigenden Entfernungen und ständig steigenden Fahrzeugzahlen gibt es also wohl keine Alternative. Und an den negativen Begleiterscheinungen (Abgase, Ressourcenverbrauch, Unfälle usw.) wird gearbeitet: Die (Maschinen-)Techniker werden schon Lösungen finden, damit das dann alles besser wird, irgendein technisches Konzept (erst kam der Magermotor, dann das Methanolfahrzeug, dann das Elektroauto zum ersten Mal, dann das Brennstoffzellenauto, dann das Biodieselauto, dazwischen das Erdgasauto, dann das Hybridauto und derzeit das Elektroauto zum zweiten Mal) wird die Probleme dann schon lösen. Der deutliche Rückgang der Getötetenzahlen im Straßenverkehr auf nun „nur noch 4.000 Personen jährlich“ zeigt doch, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und da es zu diesem Weg eben keine Alternative gibt, müssen wir ihn eben weiter gehen.

Oder?

Dieser Beitrag will darüber diskutieren, ob das richtig ist: Soll und muss der Verkehr immer weiter zunehmen? Ist „Verkehrszunahme“ ein erstrebenswertes Ziel für sich? Geht das überhaupt? Wird es auf technischem Wege überhaupt möglich sein, die Unfallzahlen und Umweltschäden der steigenden Verkehre zu reduzieren? Wird und soll das immer so weitergehen?

2 Verkehrszunahmen

Bezogen auf die Frage nach den immer steigenden Verkehrsmengen fällt die Antwort eindeutig aus, wenn man die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte als Datengrundlage heranzieht: Ja! Mit kleinen Eindellungen steigt die Anzahl der gefahrenen Personenkilometer immer weiter; in den vergangenen Jahrzehnten (und Jahrhunderten) nahmen die Fahrzeugbestände, die gefahrenen Kilometer, die Straßenlängen, die Flugzeugreisen und andere Kenngrößen des Verkehrs ziemlich kontinuierlich zu. Für die Bundesrepublik Deutschland zeigt Bild 1 die (offiziellen) Zahlen zur Verkehrsleistung seit 1950.

¹ Dazu wäre allein schon das Wort „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ einige Gedanken wert.

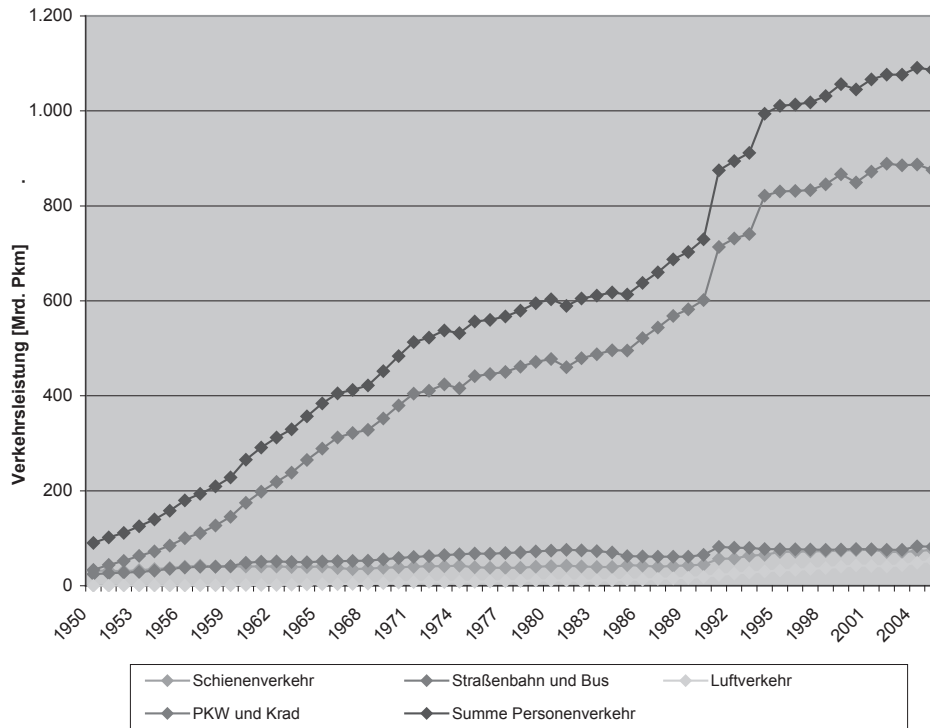


Bild 1: Verkehrsleistung im Personenverkehr, in Milliarden Personenkilometern [Pkm] pro Jahr, Quelle: Verkehr in Zahlen, diverse Jahrgänge, zuletzt [DIW 2009]

Insgesamt legen die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland heute insgesamt ungefähr 10-mal so viele Kilometer zurück wie noch vor zwei Generationen. Das war und ist natürlich erwünscht: Noch heute ist es eine Grundannahme der Bundesverkehrswegeplanung, dass der Verkehr auch zukünftig zunehmen muss (und dass man deshalb mit Milliardenaufwand Verkehrswege bauen muss, um dieses Wachstum überhaupt erst zu ermöglichen).

Allerdings bedeutet mehr Verkehr aber auch, dass ceteris paribus mehr Erdöl gekauft werden muss, dass mehr Klimagase emittiert werden, mehr Fläche beansprucht wird, mehr Stahl und Beton aufgewendet werden muss u. v. m. Letztlich verursacht dieses Wachstum steigende Kosten: Mehr Fahrzeuge müssen gekauft und betankt werden, mehr Straßen und Verkehrswege müssen gebaut und unterhalten werden, und auch die Kosten und Steuern für die Beseitigung der Umweltschäden (etwa Gesundheitskosten wegen den Abgasen, oder Kosten der Klimaveränderungen) nehmen zu. Die Frage ist, ob diese Zunahme aber überhaupt unseren Intentionen entspricht – und ob sie auch künftig beibehalten werden soll?

3 Was wollen wir eigentlich: Verkehr und Mobilität? Verkehr oder Mobilität?

Zunächst zur ersten Frage: Entspricht diese Verkehrszunahme überhaupt unseren Zielen und Intentionen? Ist mehr Verkehr gleichzusetzen mit mehr Wohlstand und mehr Freiheit und mehr Glück?

Generell ist natürlich festzuhalten, dass Verkehr, Mobilität, Ortsveränderungen und Bewegungen grundsätzliche und unverzichtbare Bestandteile menschlichen Lebens sind. Gesellschaften und Regierungen müssen dafür sorgen, dass es der Bevölkerung möglich ist, zur Arbeit zu kommen, einkaufen zu können, Freunde zu treffen, den Arzt und die Apotheke erreichen zu können usw. „Glück und Wohlstand“ sind sicher dann nicht mehr gewährleistet, wenn Menschen keine Nahrung mehr erhalten, keinen Arzt erreichen können, keine Freunde besuchen können, den Arbeitsplatz nicht mehr aufsuchen können o.ä. Also werden mit Steuermitteln Verkehrswege, Straßen, Schienenwege, Häfen und Flugplätze gebaut. Neben die erste Straße kommen eine zweite und eine dritte, dazu einige Schienenwege oder Flughäfen, noch zwei Autobahnringe, und dann sind alle Ortsveränderungsbedürfnisse der Gesellschaft abgedeckt?

Leider geht diese Erwartung nicht auf: denn Menschen reagieren auf immer mehr, bessere, billigere und attraktivere Verkehrsangebote: Weil immer attraktivere Verbindungen geschaffen werden und weil sie kostenlos genutzt werden können, fahren die Menschen auch darauf immer weiter und häufiger. Da derjenige, der fährt, offensichtlich Vorteile vor dem hat, der weniger fährt, müssen einfach alle weiter und öfter fahren. Was dazu führt, dass an einer bestimmten Stelle des Systems, am sogenannten Engpass, Stauungen auftreten. Der wird dann mit Steuermittel ausgebaut, und dann sind alle wieder zufrieden?

Leider geht auch diese zweite Erwartung nicht auf: Natürlich reduziert eine erweiterte Verbindung den Stau; nach Eröffnung der neuen Strecke fließt wieder alles. Verkehr wird also nochmals schneller, attraktiver, günstiger; und wiederum reagieren Menschen dynamisch darauf: Nun kann man noch leichter ins Grüne ziehen, ein Zentrallager einrichten (von wo aus LKW täglich in alle Richtungen fahren), eine zusätzliche Wochenendreise machen usw. Leider führen diese zusätzlichen, generierten bzw. induzierten Verkehre dazu, dass sich an irgendeiner anderen Stelle ein neuer Stau bildet: Und die Spirale kann sich eine Runde weiter drehen [Becker, Elsel 1999].

Was bleibt schließlich insgesamt unter dem Strich? Untersucht man das Verkehrsverhalten in verschiedenen Städten, Kulturen und Jahrhunderten, dann zeigt sich: Im Mittel legen die Menschen aller Zeiten und Länder etwa drei Wege täglich zurück. Dieser Wert ist überraschend stabil:

- Im Mittel sind Menschen immer und überall etwa eine Stunde (60–70 Minuten, je nach Abgrenzung) am Tag unterwegs. In dieser Stunde werden im Mittel etwa drei Wege (definiert als Strecke zwischen zwei Gebäudetüren) zurückgelegt: Obwohl dies sicher kein physikalisches Naturgesetz ist, wird dieser Sachverhalt als „Gesetz vom konstanten Reisezeitbudget“ bezeichnet [Becker, Rau 2004]: Drei Wege in einer Stunde, pro Person und Tag.

Sowohl die Anzahl der Wege als auch die dafür benötigten Reisezeiten sind also im statistischen Mittel fast überall gleich – egal, über wie viele Flughäfen und Autobahnen und Schienenwege ein Land verfügt. Ganz anders verhält es sich aber mit den insgesamt zurückgelegten Entfernungen für die Wege der Menschen: Je nach Verkehrssystem und Verkehrsinfrastrukturen können die drei Wege in der einen Stunde ganz unterschiedlich weit sein. Wenn alle in der Gesellschaft nur zu Fuß unterwegs wären, mag man in der Stunde vielleicht 5 Kilometer schaffen. Wer aber ein Privatflugzeug nutzt, kann in seiner Stunde schon 500 bis 800 Kilometer zurücklegen. Deshalb legen die Menschen dann, wenn es attraktive Verkehrswege gibt, größere Entfernungen für ihre drei Wege zurück (siehe Bild 1): Zwar haben wir ähnlich viele Bedürfnisse wie die Menschen der letzten oder vorletzten Generation, und wir machen fast genau so viele Wege wie damals, aber unsere Fahrten sind etwa zehnmal so weit wie früher. Wir wollen und müssen heute für alles viel weiter fahren!

Dynamisch führt diese Entwicklung zu neuen Raumstrukturen [SRU 2005]:

- Weil wir so weit fahren, *können* sich die Raumstrukturen ändern: Man wohnt im Grünen, kauft im Einkaufszentrum auf der grünen Wiese ein, macht mal schnell einen Kurztrip in die Alpen und fliegt in den Sommerferien „all-inclusive“ in die Dominikanische Republik.
- Weil sich aber die Raumstrukturen auf große Entfernungen und billigen Verkehr eingestellt haben, *müssen* wir auch für jedes Bedürfnis weite Entfernungen zurücklegen: Der Laden um die Ecke musste leider schließen, und das Einkaufszentrum liegt beim Autobahnkreuz. Also muss man fahren!

An dieser Stelle erscheint ein Moment der Besinnung angebracht zu sein. Dass das im Zeitalter des Klimawandels und höherer Energiepreise so nicht weitergehen kann, kann man ja auch erahnen. Darf ich konstatieren:

- Unsere Gesellschaft im allgemeinen und Verkehr im besonderen haben irgendwie die Orientierung verloren: Die Entwicklung der Vergangenheit war ja sehr erfolgreich, aber in der bisherigen Richtung geht es vermutlich nicht immer weiter. Irgendwie stecken wir in der Sackgasse.
- Was ist eigentlich das übergeordnete Ziel unserer ganzen Anstrengungen? Worin besteht eigentlich die primäre Aufgabe für das Verkehrssystem? Wofür geben wir eigentlich individuell und gesellschaftlich soviel Geld aus?

Weshalb bewegen wir uns, weshalb verlassen wir unsere Wohnungen? Weil es ein Bedürfnis gibt, das wir befriedigen wollen! Vor jeder Ortsveränderung steht immer ein individuelles Bedürfnis einer Person nach Teilhabe, Gütern oder Dienstleistungen. Ausgangspunkt aller Überlegungen sind somit menschliche Bedürfnisse (engl. „needs“), etwa

Bundesvorstand

nach Nahrung, Gesundheit, Kontakt, Arbeit usw. Jene Bedürfnisse, die sich in Wünschen oder Notwendigkeiten nach Ortsveränderungen niederschlagen, bezeichnen wir als *Mobilitätsbedürfnisse*, und nur diese stellen die Ursache von Ortsveränderungen dar. Bild 2 beschreibt die Situation zur Entstehung von „Mobilität“ und „Verkehr“ [Becker, Böhmer, Gerike 2008].

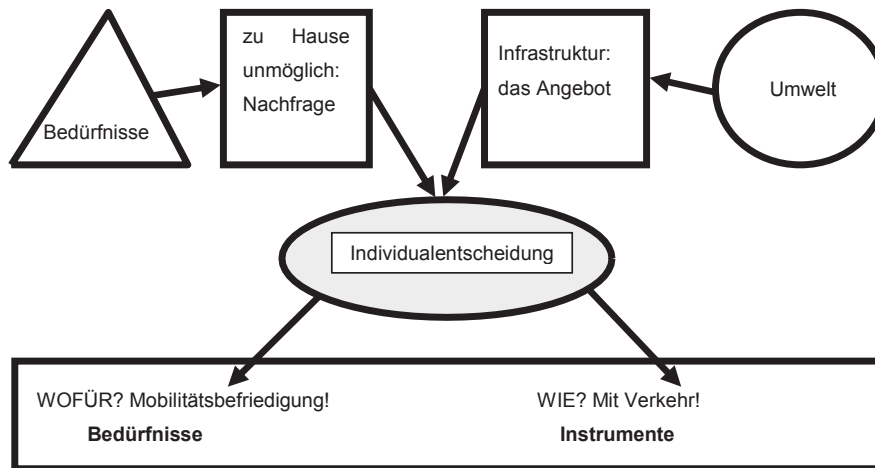


Bild 2: Grundstruktur zum Verständnis von „Mobilität“ und „Verkehr“

Am Ausgangspunkt stehen oben links in Bild 2 Personen (manchmal auch Familien, im Güterverkehr Unternehmen²) mit ihren Bedürfnissen. Für bestimmte Bedürfnisse muss man sich bewegen, und jetzt entsteht eine Nachfrage nach Bewegung. Die linke Seite von Bild 2 steht also für den Anlass, die Ursache, den Zweck.

Wie diese Nachfrage realisiert wird, hängt nun von unseren Verkehrssystemen und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen („Umwelt“, rechts oben) ab: Welche Fahrzeuge stehen zur Wahl, welche Fahrziele gibt es, welche Optionen sind realistisch? Jede Nachfrage braucht zu ihrer Umsetzung ein vorhandenes Angebot an Infrastrukturen und Diensten der realen Verkehrswelt, und jetzt kommen die Kraftstoffpreise und die vorhandenen Wegenetze ins Spiel. Die Entscheidung der Menschen, ob bzw. wohin wie gefahren wird, hängt vor allem auch vom Angebot an Straßen, Fahrzeugen, Kraftstoff usw. ab.

Und wieder beeinflussen sich beide Bereiche gegenseitig:

- Weil Menschen bestimmte Bedürfnisse haben, schaffen sich unsere Gesellschaften bestimmte Verkehrsstrukturen und Verhaltensweisen: Das Angebot folgt der Nachfrage.
- Umgekehrt prägen die Verkehrssysteme auch unser Verhalten: Wenn Verkehrspolitik und Verkehrsplanung die Welt so gestalten, dass überall bequeme und kostenlose Autobahnverbindungen nach überall angeboten werden, dann werden die Menschen diese auch nutzen: Die Nachfrage folgt dem Angebot.

Das individuelle Mobilitätsbedürfnis ist Ursache und Grund für Verkehr, aber ohne das Instrument Verkehr kann es keine Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen geben. Damit kann man definieren:

- *Mobilität bezeichnet alle Aspekte, die mit den Bedürfnissen der Bewegungen zusammenhängen, und steht damit für Bedürfnisse.*
- *Verkehr bezeichnet alle Aspekte, die die Umsetzung von Mobilität betreffen. Verkehr ist das Mittel zum Zweck, Verkehr steht für Instrumente.*

² Der Güterverkehr darf keinesfalls ausgeblendet werden, er weist sogar noch höhere Zuwachsraten als der Personenverkehr auf. Im folgenden wird er deshalb nicht extra mitgeführt, weil letztlich auch er dazu dient, menschliche Bedürfnisse abzudecken: Wer abends zuhause einen Film auf dem neuen LCD-Monitor betrachten möchte und dazu auch im Winter frisches Obst essen möchte, der hat auch mit diesen Bedürfnissen viel (Güter-)Verkehr ausgelöst, und sei es nur, weil die Bauteile und Chips für den neuen LCD-Monitor einige Male quer über alle Kontinente transportiert wurden. Güterverkehr deckt somit auch menschliche Bedürfnisse ab, im Allgemeinen aber indirekt.

In der Autowerbung, in den Zeitungen, an den Stammtischen und in der Bundesverkehrswegeplanung sind Mobilität und Verkehr damit synonym: Mobilität ist das selbe wie Verkehr, und so verstehen es auch die Menschen. Tatsächlich aber bezeichnen beide Begriffe Unterschiedliches [siehe etwa Becker, Böhmer, Gerike 2008]:

- Man kann „viel Mobilität mit wenig Verkehr“ ermöglichen. Dann werden viele Bedürfnisse mit wenig Geld, wenig Fahrzeugen, wenig Lärm, wenig Fläche und wenig Abgas abgedeckt. Dafür stünden dann etwa Nahversorgung, multifunktionale Räume, Fahrrad und Fußgängerverkehre, Mobilitätsmanagement, CarSharing, Bus und Bahn. Dann entsteht insgesamt weniger Verkehr (aber mehr Mobilität, zum Beispiel für Kinder, Ältere, Schwächere, Radfahrer, Fußgänger, Bus und Bahn).
- Man kann aber auch „wenig Mobilität mit viel Verkehr“ erzwingen. Dann ist für jedes einzelne Bedürfnis ein weiter Weg, mit einem eigenen Fahrzeug, mit vergleichsweise viel Energie, Fläche, Abgas und hohen Kosten notwendig. In einer dispersen, autoorientierten Stadt ist genau dies der Fall, denken Sie beispielsweise an Los Angeles oder andere Städte: Dort gibt es insgesamt mehr Verkehr (aber weniger Mobilität, z.B. für Autolose).

Der erste Ansatz ist natürlich sinnvoller: der erste Ansatz ist sozialer, denn er schließt weniger Bevölkerungsgruppen von Mobilität aus. Der erste Ansatz ist ökonomischer, denn das selbe Ziel wird mit viel weniger Geld, Aufwand, Kraftstoff, Unfällen und Kosten erreicht. Und der erste Ansatz ist ökologischer, denn für die selbe Mobilität braucht man weniger Abgase, Lärm, Treibhausgase und Abfälle. Das aber bedeutet, dass es unserer Gesellschaft *vor allem um die Gewährleistung von Mobilität gehen muss, das ist unser Oberziel. Für das Instrument „Verkehr“, das man zur Produktion von Mobilität einsetzen muss, hat zu gelten, dass dieser eingesetzte Verkehr möglichst klein sein muss.*

4 Verkehr wird immer sicherer!

Verkehr, wie wir ihn heute kennen, ist sehr komfortabel (zumindest für viele Einwohner in Industrieländern), aber seine Gesamtkosten sind beträchtlich:

- Fahrzeuge und Betriebsstoffe werden nicht billiger
- die Energieverbräuche und Energiepreise steigen
- die Flächeninanspruchnahme wächst und wächst
- die Abgas- und Lärmemissionen überschreiten die Grenzwerte,
- der Rohstoffverbrauch nimmt zu,
- die Klimaschädigungen steigen (weltweit ist der Transportsektor der Sektor mit den höchsten Zuwachs-(!)raten), siehe unten.

Zum Trost werden ja wenigstens die Unfallzahlen in Deutschland immer weniger: Verkehr wird immer sicherer, so steht es auch überall zu lesen.

Nun ist es völlig unbestritten und ein großer Erfolg, dass die Getötetenzahlen auf deutschen Straßen von Jahr zu Jahr gesunken sind; dies gilt es uneingeschränkt zu würdigen. Der Rückgang der Getötetenzahlen ist ein überzeugender Erfolg; früher starben jedes Jahr vier- bis fünfmal so viele Menschen allein im Straßenverkehr!

Wie sieht im Detail dazu die Datenbasis aus? Glücklicherweise verfügt Deutschland über eine verlässliche Datenbasis. Bild 3 zeigt die Entwicklung bei den Unfallzahlen, wobei es vor allem auf die blaue Linie (Unfälle mit Personenschäden) und die grüne Linie (Unfälle mit Sachschäden) ankommt. Die Gesamtzahl aller Unfälle (rote Linie) wird maßgeblich durch die Unfälle mit Sachschäden determiniert, dieser Linie kommt kaum eigene Aussagekraft zu.

Bundесvorstand

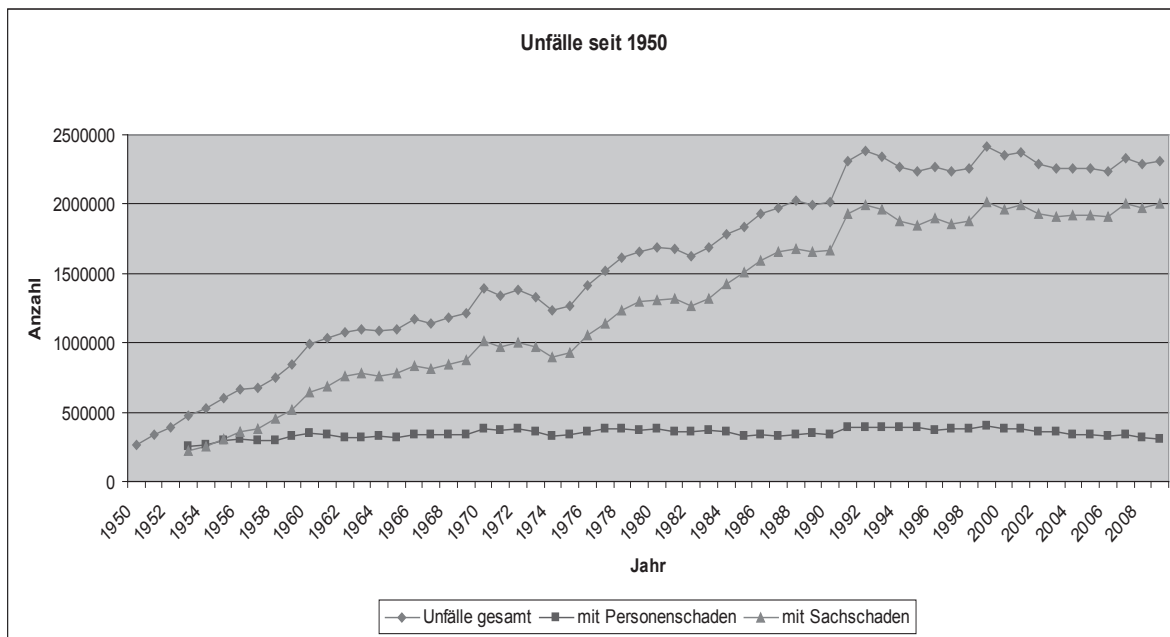


Bild 3: Entwicklung der Unfallzahlen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950, Quelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de (15.9.2010)

Was bedeutet das? Wenn man die statistische Chance für einen Einwohner Deutschlands, innerhalb eines Jahres in einen bestimmten Unfall verwickelt zu werden, als „Straßenverkehrsunfallrisiko“ bezeichnet, dann gilt:

- Das Risiko, in einen Unfall mit Personenschäden verwickelt zu werden, ist seit 1950 eigentlich immer annähernd konstant: Die Anzahl stieg etwas, fiel etwas, bewegt sich aber immer auf einem relativ konstanten Niveau. Bezogen auf das Risiko eines Personenschadens wurde Verkehr in Deutschland nicht unsicherer, aber eben auch nicht wirklich sicherer.
- Das Risiko, in einen Unfall mit Sachschäden verwickelt zu werden, ist seit 1950 eigentlich ständig gestiegen. Es gibt Abnahmen und Zunahmen, aber der generelle Trend ist klar: Bezogen auf Unfälle mit Sachschäden wird Verkehr eigentlich immer unsicherer.

Diese beiden Aussagen betreffen das Risiko eines Menschen, im statistischen Mittel innerhalb eines bestimmten Zeitraums von einem Unfall betroffen zu sein. In dieser Form sind die Aussagen selten von den zuständigen Gremien und Ministerien zu hören, im Gegenteil: Pressemitteilungen von Ministerien betonen in der Regel Jahr für Jahr, dass „die Unfallraten drastisch gesunken sind“.

Entscheidend an diesen Meldungen ist das kleine Wort „Unfallraten“, Unfallraten? Als Unfallraten werden die Quotienten aus den Unfallzahlen und den insgesamt zurückgelegten Kilometern bezeichnet, man zählt beispielsweise einfach die Unfälle, die nach einer Million gefahrener Kilometer aufgetreten sind. Da die gefahrenen Kilometer (siehe oben) aber sehr stark gestiegen sind, sind diese Unfallraten als Quotienten in der Tat deutlich gesunken. Leider geben „Unfallraten“ aber nur die statistische Chance an, innerhalb einer Fahrt von 1 km Länge (oder von 1 Million km Länge) in einen Unfall verwickelt zu werden. Wenn sich die Unfallraten halbieren, Sie selbst aber zehnmal soviel fahren, bleibt für Sie am Ende immer noch ein fünftmal so hohes Risiko wie zuvor übrig! Dass „Unfallraten“ sinken, ist für die absoluten Unfallzahlen ohne Bedeutung, wenn die Verkehrsleistungen überproportional anwachsen!

Zu konstatieren ist also, dass wir als Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten enorm viel Wissen, Technik, Ressourcen und Vorsorgesysteme in die Verbesserung der Unfallvorsorge und der Rettungssysteme gesteckt haben, und dass diese Maßnahmen erfolgreich waren. Und dennoch: Bei den Unfallzahlen ist es insgesamt nicht gelungen, Verkehr sicherer zu machen.

Wie sieht es nun bei den Verletzten- und Getötetenzenahlen aus? Bild 4 gibt wieder die Datengrundlage des Statistischen Bundesamtes wieder:

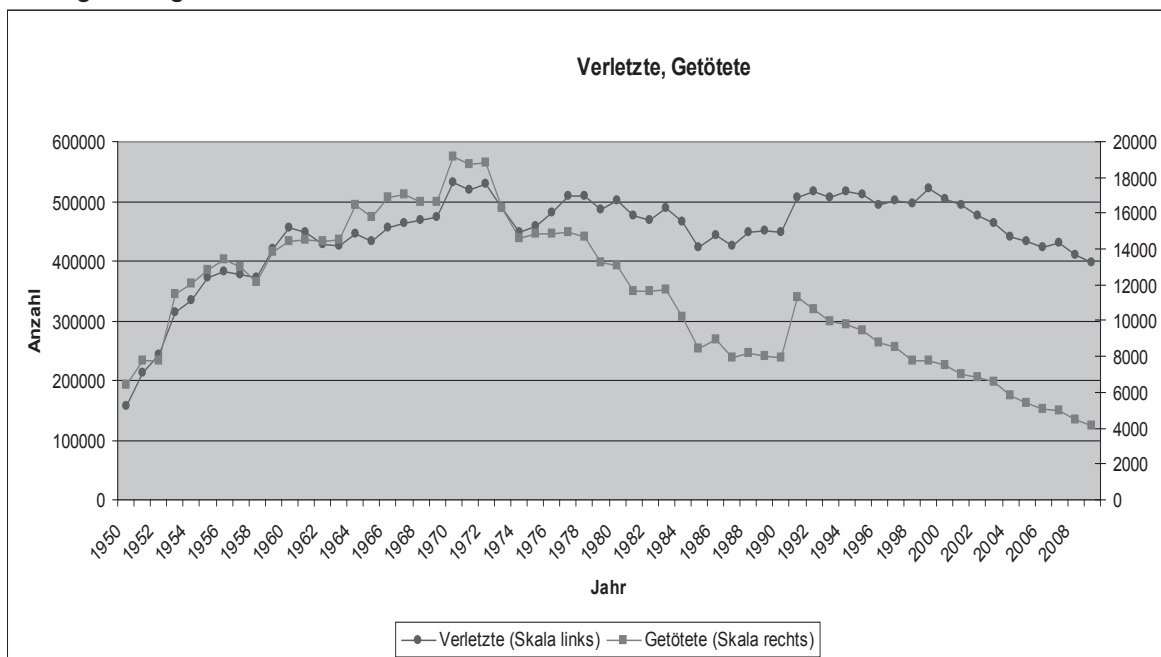


Bild 4: Entwicklung der Verletzten- und Getötetenzenahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Quelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de (15.09.2010)

Es zeigt sich:

- Das statistische Risiko, innerhalb eines bestimmten Zeitraums (etwa eines Jahres) im Straßenverkehr verletzt zu werden, ist von 1950 bis etwa 1980 angestiegen. Seit 1980 ist es relativ konstant, wobei seit etwa 2000 eine schwach sinkende Tendenz erkennbar ist.
- Das statistische Risiko, innerhalb eines bestimmten Zeitraums (etwa eines Jahres) im Straßenverkehr getötet zu werden, ist von 1950 bis 1970 stark angestiegen und von 1970 bis heute stark gesunken. Heute bewegen wir uns auf einem nie vorher erreichten, „hohen“ Sicherheitsniveau, bei dem aber immer noch täglich elf Menschen getötet werden.

Der letzte Befund ist sicherlich *die* Erfolgsgeschichte der Verkehrssicherheitsarbeit, und dieser Erfolg soll nicht in Frage gestellt werden. Zu diesem Rückgang der Getötetenzenahlen haben viele Faktoren beigetragen:

- Die Fahrzeuge wurden durch eine Vielzahl von Techniken, Konzepten, Motoren und Systemen sicherer.
- Die Fahrer wurden erfahrener und im Mittel auch deutlich älter, also durchschnittlich vorsichtiger (vor allem dann, wenn es viele Fahranfänger gibt, gibt es viele Unfälle).
- Die Einführung des Sicherheitsgurtes brachte entscheidende Verbesserungen.
- Verbesserte Rettungsdienste, Hubschrauber, Notärzte und vor allem auch die allgemeine Verbreitung von Handys erlauben eine schnellere und bessere Versorgung von Unfallopfern.
- In vielen ländlichen Bereichen sorgt die Abnahme der (jüngeren) Bevölkerung dafür, dass es schon grundsätzlich nicht mehr zu so vielen schweren Unfällen kommen kann.
- In vielen Städten sorgen die großen Verkehrsmengen schon dafür, dass die Geschwindigkeiten nicht zu hoch werden können, und langsame Verkehre sind sicherer.
- Bau und Ausbau eines hierarchischen gegliederten Straßennetzes sorgen ebenfalls dafür, dass die Verkehrsteilnehmer voneinander getrennt werden (werden alle Verkehrsteilnehmer streng voneinander getrennt, indem man jedem seine eigene Infrastruktur baut, dann kann es auch keine Unfälle zwischen zwei verschiedenen Gruppen mehr geben).

Zu konstatieren ist, dass viele Faktoren hier zusammenkommen: Ja, die Zahl der Getöteten sinkt. „Gelöst“ ist das Problem aber bei weitem nicht, vom Ziele einer „Vision Zero“, also dem Bestreben, möglichst keinen einzigen Getöteten mehr zu dulden, waren zumindest deutsche Gremien und Behörden bisher schwer zu überzeugen. Inzwischen ist auch zu beobachten, dass solche Unfälle, die früher vermutlich leider zu Todesfällen geführt hätten, zu schweren und schwersten Verletzungen führen, und die Zahl der verletzten Personen gibt keinesfalls Anlass dazu, das Problem als gelöst zu betrachten. Letztlich zeigt auch die Diskussion der Verkehrssicherheitsgrößen, dass eine weitere Verkehrszunahme mit der Erhöhung der absoluten Verkehrssicherheit schwer zu vereinbaren ist.

5 Was folgt aus diesen Diskussionen?

An dieser Stelle könnte man diesen Beitrag nahtlos mit einer Diskussion des Treibhauseffektes und der CO₂-Emissionen des Verkehrs fortsetzen [IPCC 2007]. Seit sich die Weltgemeinschaft in den Kyoto-Verhandlungen und danach auf Reduktionen der Treibhausgase verständigt hat, sind die verkehrlichen Emissionen weltweit gestiegen (!). Dies gilt natürlich vor allem für die Schwellen- und Entwicklungsländer, aber selbst in den Industrieländern steigen die Treibhausgasemissionen des Verkehrs, kein anderer Sektor der Volkswirtschaft erhöht seine Emissionen! Bezogen auf die Europäische Union (EU 27) betrug der Anstieg der verkehrlichen Treibhausgasemissionen im Zeitraum von 1990 bis 2008 (dem letzten UNFCCC-Berichtsjahr) 34% [T&E 2010]. Die Emissionen des internationalen Seeschiffverkehrs der EU 27 stiegen im selben Zeitraum um 56%, während die Luftverkehrsemissionen der EU 27, die wegen der erhöhten Klimawirksamkeit ein Mehrfaches der Treibhauswirkung entfalten, von 1990 bis 2008 um 110% anstiegen (!). Dass auch diese Entwicklungen nicht zukunftsfähig sind und nicht weitergeführt werden können, dürfte weitgehend unstrittig sein: Reduktionen der Emissionen sind geboten, und dazu muss auch eine Reduktion der Verkehrsleistungen beitragen. In [Becker, Gerike, Winter 2009] sind eine Vielzahl weiterer Aspekte zusammengetragen.

Insbesondere dann, wenn Verkehr vollkommen kohlenstofffrei gestaltet werden muss (etwa ab 2050 wäre dies notwendig, siehe etwa [Meinshausen 2009]), sind neben technischen Maßnahmen und Konzepten auch ganz andere Verkehrsverhaltensmuster geboten. Es bleibt festzuhalten:

Die Menschen in Deutschland sollen in Zukunft mindestens dieselbe Mobilität wie heute besitzen. Aber aus verschiedenen Gründen können sie für dieselbe Mobilität nicht mehr so weit fahren: Verkehr wird und muss sinken, es führt kein Weg daran vorbei.

Dazu müsste sich unsere Gesellschaft drastisch ändern: Derzeit sind alle Randbedingungen, Erwartungen, Finanzinstrumente und Wirtschaftsformen darauf ausgerichtet, immer mehr immer weiter fahren und transportieren zu müssen. Zwingend geboten ist aber der entgegengerichtete Weg: Weniger Verkehr! Wie in unserer „verkehrssüchtigen“ Gesellschaft ein solcher Umstieg geschaffen werden kann, ist völlig offen: Einige der derzeitigen Interessenvertreter werden natürlich auf dem „Weiter-so“ beharren, und Veränderungen von erlernten Verhaltensweisen müssen auch jedem einzelnen Wähler und Verkehrsteilnehmer plausibel gemacht werden. Allerdings: Wenn auch künftige Generationen unter den uns bekannten Klima- und Lebensbedingungen glücklich und bedürfnisgerecht leben wollen, dann wird und muss dieser Umstieg auf weniger Verkehr sehr rasch erfolgen.

Bezogen auf die Verkehrsplanung, auf die Verkehrspolitik, auf die Fahrzeughersteller, die Raumplaner und auch auf die Verkehrssicherheitsarbeit ergeben sich folgende Konsequenzen:

1. Die Reduktion der Unfallzahlen, des Energieverbrauchs, der Emissionen, des Lärms und aller anderen Aufwandsgrößen von Verkehr ist dringender geboten als je zuvor.
2. Diese Reduktionen sind aber *nicht* als übergeordnetes politisches Ziel zu formulieren, sondern das übergeordnete Ziel unseres Handelns besteht darin, Mobilität zu ermöglichen.
3. Diese Mobilität ist heute und zukünftig zu ermöglichen: Um sie zukünftig überhaupt noch ermöglichen zu können, müssen heute die eingesetzten Aufwände für Verkehr deutlich sinken.
4. Dazu gibt es keine Alternative, als Verkehr (bezogen auf den Kilometer) deutlich teurer zu machen: Verkehr muss endlich alle Kosten, die er verursacht (Unfälle, Lärm, Gesundheitskosten, Klimakosten usw.) selbst tragen.
5. Dann aber setzen dynamische Reaktionen der Menschen und Firmen ein, die umweltbelastende Verkehre ersetzen oder verkürzen: Neue Fahrzeugmodelle, andere Raumstrukturen, Innovationen und neue Angebote, ein an-

deres Verkehrsverhalten, mehr Busse und Bahnen, vor allem aber mehr Fahrrad- und Fußgängerverkehr werden dafür sorgen, dass wir trotz steigender Kosten für Verkehr je Kilometer am Ende des Monats Geld gespart haben:

- Weil Verkehr spezifisch teuer ist, werden die Gesamtausgaben für Verkehr insgesamt sinken können.

6. Dieser Umstieg ist für alle vorteilhaft:

- Zum einen würde die Umwelt geschont, es wäre leiser, sauberer, gesünder, und die Schadenskosten wären kleiner,
- zum zweiten wäre dies volkswirtschaftlich produktiv, denn dann hat man Ressourcen für andere Zwecke frei; Schadensvermeidung ist volkswirtschaftlich immer klüger als Schadensreparatur,
- und zum dritten hätte dies große soziale Vorteile: Mobilität und Teilhabe würden für große Teile der Bevölkerung leichter und besser, die Anpassungen könnten sanfter und integrativer verlaufen, und sie wären günstiger zu haben.

Man darf dabei eben nur nicht statisch diskutieren, sondern muss die dynamischen Nutzerreaktionen, die Anpassungsreaktionen, die Raumnutzungsänderungen und die Lohnnebenkostensenkungen mit einbeziehen.

Nur dann bleiben auch künftige Generationen mobil.

6 Quellen und weiterführende Literatur

[Becker, Böhmer, Gerike 2008]: Becker, U.; Böhmer, J.; Gerike, R. u. a.: How to Define and Measure Access and Need Satisfaction in Transport – Papers from the ESF-Exploratory Workshop, Dresden 2008; DIVU – Heft 7/2008, ISBN 978-3-9807994-2-3

[Becker Elsel 1999]: Becker, U., Elsel, E.: Mobilität. In: Breuel, B. (Hrsg.): Agenda 21, Vision Nachhaltige Entwicklung, S. 200-208, Campus 1999, ISBN 3-503-05925-3

[Becker, Gerike, Winter 2009]: Becker, U.; Gerike, R.; Winter, M.; u. a.: Grundwissen Verkehrsökologie, DIVU – Heft 8/2009, ISBN 978-3-9807994-3-0

[Becker, Rau 2004]: Becker, U.; Rau, A.: Neue Ziele für Verkehrsplanungen. In: Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung, 2004, Kapitel 3.2.10.3, Konzepte einer nachhaltigen Verkehrsplanung; ISBN 3-87907-400-3

[DIW 2009]: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW (Bearb.), BMVBS (Hrsg.): Verkehr in Zahlen, div. Jahrgänge, zuletzt 2009/2010, ISBN 978-3-87154-407-1

[IPCC 2007]: IPCC 4th Assessment Report: Climate Change 2007, im Internet unter www.ipcc.ch (12.1.2011)

[Meinshausen 2009]: Meinshausen, Malte; et al.: Greenhouse-gas emission targets for limiting global warming to 2°C, in: nature, vol. 458, 30. April 2009, doi:10.1038/nature0917

[SRU 2005]: Sachverständigenrat für Umweltfragen: Umwelt und Straßenverkehr: Hohe Mobilität – Umweltverträglicher Verkehr (SRU Sondergutachten), Berlin 2005, ISBN 3-8329-1447-1

[T&E 2010]: Transport and Environment: CO₂ emissions from transport in the EU 27, an analysis of 2008 data submitted to UNFCCC, November 2010, siehe www.transportenvironment.org

Jahresmitgliederversammlung 2010



Auf der Mitgliederversammlung 2010 am 2. Oktober im Hotel Maritim in Dresden gedachte das Auditorium zunächst der im vergangenen Jahr Verstorbenen Hermann Bangert, Regina Franz und Christine Knieriemen. Der Präsident des B.A.D.S., Dr. Gerhardt, würdigte insbesondere die großen Verdienste des langjährigen Vorsitzenden der Landesektion Nordhessen, Hermann Bangert, der fast acht Jahre die Landesektion Nordhessen geführt hatte, vorher Vertreter des früheren Landesvorsitzenden Krug und seit vielen Jahren Mitarbeiter der Landesektion war. Nordhessen gehört zu den aktivsten Landesektionen mit entsprechendem großen Arbeitseinsatz. Zuletzt hat Hermann Bangert noch die sehr gelungene Mitgliederversammlung 2008 in Fulda ausgerichtet, an die wir uns alle gerne erinnern. Für seine großen Verdienste wurde er auf der von Nordhessen ausgerichteten Mitgliederversammlung 2008 in Fulda mit der Senator-Lothar-Danner-Nadel in Silber ausgezeichnet, die er in bewegenden Worten seiner Frau widmete. Mit Frau Regina Franz und Frau Christine Knieriemen haben wir zwei Ehefrauen von sehr verdienstvollen Mitarbeitern des B.A.D.S. verloren, die immer das große Engagement ihrer Männer mitgetragen haben. In das Gedenken eingeschlossen wurde auch der am 17. September 2010 nach jahrzehntelanger schwerer Krankheit verstorbene frühere Vizepräsident des BGH Dr. Hanskarl Salger. Wie Dr. Gerhardt ausführte, unterstützte er durch seinen Einsatz für die Senkung des Grenzwertes der absoluten Fahrtauglichkeit auf 1,1 Promille und seine vielen hervorragenden Vorträge auf Richterveranstaltungen stets in weit über das übliche Maß hinausgehender Weise die Ziele des B.A.D.S. und wurde deshalb 1991 mit der Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold ausgezeichnet.

In seinem Rechenschaftsbericht wies Gerhardt zunächst auf das Symposium am 06.04.2010 auf der Automobilmesse in Leipzig zum Thema „Vorsatz und Fahrlässigkeit bei Trunkenheitsfahrten“ hin. Es fand dank sehr guter Referenten ein hervorragendes Echo. Rundfunk und Presse berichteten positiv über die gelungene Veranstaltung und die Zahl der Teilnehmer übertraf alle Erwartungen. Auch der erstmals erfolgte Einsatz des Fahrsimulators unmittelbar auf der Automobilmesse neben dem Fahrsimulator auf der Parallelveranstaltung bei der Bundeswehr war ein voller Erfolg. Gerhardt bedankte sich in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich bei den Landesektionen Nordhessen, Württemberg und Nord- und Südbayern, die Gerät und Moderatoren dafür abstellten. Der B.A.D.S. wird diese für seine Vereinsziele wichtigen Öffentlichkeitsveranstaltungen auch in Zukunft fortsetzen.

Die Aufklärungsarbeit in den einzelnen Landesektionen war im Berichtsjahr wieder sehr gut. Einsamer Spitzenreiter bei Vorträgen, Referendarveranstaltungen und Richtertagungen war mit ca. 700 Veranstaltungen erneut Niedersachsen. Herr Endler und Herr Schmidt-Riediger gilt auch dieses Jahr hierfür ein ausdrücklicher Dank. Einige Landesektionen haben ihre Aktivitäten erheblich ausgeweitet, zum Beispiel Württemberg mit über 250 Vorträgen und 26 Referendarveranstaltungen. Die meisten Fahrsimulatoreinsätze wiesen Bayern, Berlin, Nordhessen, Rheinland-Pfalz und Württemberg auf. Bremen hat die Bundesbeiratssitzung im Dezember dazu genutzt, um über einen im Hotel aufgestellten Fahrsimulator die Presse und damit auch die Öffentlichkeit über unsere Aufklärungstätigkeit zu informieren, was hervorragend gelungen ist.

Der Präsident ging sodann auf das 60-jährige Bestehen des B.A.D.S. und damit auf 60 Jahre erfolgreiche Verkehrssicherheitsarbeit ein. Dokumentiert wurde das Jubiläum durch einen umfangreichen Jahresbericht, in dem neben einem Abriss über die in den letzten 60 Jahren geleistete Tätigkeit und das Leipziger Symposium eine Dokumentation 60 Jahre B.A.D.S. im Plakat seinen Niederschlag gefunden hat. Frau Wiese gebührt hierfür Dank für die geleistete umfangreiche Arbeit, ebenso Herrn Radzanowski für die Unterstützung zur Erstellung des Jahresberichtes. Der Jah-

resbericht wird an alle Verkehrsrichter und Verkehrsstaatsanwälte von der jeweiligen Landesektion übersandt, um über die Aktivitäten des B.A.D.S. zu informieren.

Zuletzt ging Gerhardt auf die im Rahmen von Verkehrskontrollen bei Verdacht einer Trunkenheitsfahrt anzuordnenden Blutentnahmen und die Problematik des Richtervorbehalts nach § 81 a StPO ein. Aufgrund Beanstandungen durch das Bundesverfassungsgerichts konnte die jahrzehntelange und dem Gesetzeswortlaut entsprechende Praxis, dass der kontrollierende Polizeibeamte vor Ort die Blutentnahme anordnen kann, weil durch zeitliche Verzögerungen mit Einschaltung eines Richters der Untersuchungserfolg durch den zwischenzeitlichen Alkoholabbau im Blut gefährdet wird, nicht mehr fortgeführt werden. Dies hat in vielen Bundesländern erkennbar zu einem Rückgang der durchgeführten Blutentnahmen geführt. Der Rückgang beruht nicht darauf, dass weniger Kraftfahrer wegen Alkohol- oder Drogenkonsum auffällig wurden, sondern allein auf dem zeitlichen Mehraufwand für die Polizei, wenn z.B. vor allem nachts mühsam versucht werden muss, zunächst einen Richter oder Staatsanwalt zu erreichen, um über die Notwendigkeit einer Blutentnahme eines auffälligen Kraftfahrers zu berichten. Aus rechtsstaatlichen Gründen ist die Beteiligung des Richters überflüssig, vom Verfassungsgericht wurde sie aber verlangt, weil nach seiner Auffassung das Gesetz entsprechend ausgestaltet ist. Das BVerfG ging dabei aber nicht auf die dadurch entstehende Gefährdung des Untersuchungserfolges durch den zwischenzeitlich erfolgten Abbau des Alkohols im Blut ein. Der B.A.D.S. hat deshalb bereits in einer Presseerklärung gefordert, den Richtervorbehalt bei Blutentnahmen anlässlich von Verkehrskontrollen im Straßenverkehr entfallen zu lassen, um durch Kontrollen die notwendige Verkehrssicherheit für die Allgemeinheit weiterhin zu gewährleisten. Die Innenministerkonferenz hat sich erfreulicher Weise der Problematik angenommen und einen entsprechenden Gesetzesentwurf im Bundestag eingebracht, über den aber noch nicht entschieden wurde.

Zuletzt dankte der Präsident allen Mitgliedern für die geleistete Tätigkeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr.

Der Bericht des Schatzmeisters gab umfassend Auskunft über die Einnahmen und Ausgaben 2009. Nach den Angaben von Wolfgang Vath, der die Zahlen im Einzelnen erläuterte, seien die Bußgeldeinnahmen erfreulicher Weise nur leicht zurückgegangen. Vath dankte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und ihre Arbeit.

In dem von Gerhard Knieriemen verlesenen Tätigkeitsbericht der Revisoren wurde erneut darauf hingewiesen, dass sich die Prüfung am Schreibtisch durch die höhere Prüfungsqualität bewährt hat. Die von ihm beantragte Entlastung des Vorstandes wurde einstimmig erteilt.

Bei den Wahlen erfolgte einstimmig eine Wiederwahl des zweiten Vorsitzenden Prof. Dr. Dr. Reinhard Urban und des Schatzmeisters Wolfgang Vath.

Als Revisoren wurden Günter Gryzinski, Gerhard Knieriemen, Peter Scheuer, Franz Walther und Horst Weidmann bei eigener Enthaltung einstimmig gewählt.

Der Schatzmeister Wolfgang Vath dankte Herrn Hansjörg Heiser, der nicht mehr zur Wiederwahl angetreten war, für seine jahrzehntelange gute Prüfertätigkeit.

Aufgrund von Anregungen des Finanzamtes zur Gemeinnützigkeit wurde sodann über eine in einigen Punkten redaktionell geänderte Neufassung der Satzung abgestimmt. Die Neufassung wurde einstimmig angenommen.

Traditionsgemäß nahm anschließend der Vize-Präsident, Professor Dr. Dr. Reinhard Urban, die Ehrungen verdienter Mitglieder vor.

Bundesvorstand

Mit der Senator-Lothar-Danner-Nadel in Bronze wurden ausgezeichnet:



Jürgen Hoppe (Niedersachsen)



Karin Neumann und Udo Neumann
(Mecklenburg-Vorpommern)



Norbert Radzanowski (Pressesprecher)



Prof. Dr. Klaus Müller (Klaus-Joachim Gregor
nahm die Auszeichnung stellv. in Empfang; Sachsen)

Die Senator-Lothar-Danner-Nadel in Silber wurde überreicht an:



Dr. Wolfgang Franz (Sachsen-Anhalt)



Ute Vennemann und Günter Vennemann (Bayern-Nord)



Günther Schwarz (Saarland)



Thomas Schröder (Thüringen)

Auf Antrag des Präsidenten wurde im Anschluss der Amtsgerichtsdirektor a.D. Klaus Kruse, der Ende des Jahres 2010 aus Altersgründen als Landesvorsitzender der Landessektion Nordrhein-Westfalen zurücktritt, wegen seiner großen Verdienste für den Verein zum Ehrenmitglied ernannt.



Kruse hatte jahrzehntelang die Landessektion zunächst als zweiter und dann erster Vorsitzender geleitet, ebenso den Bundesbeirat. Er war lange Jahre zweiter Vorsitzender des B.A.D.S. und hat den B.A.D.S. im Verkehrssicherheitsrat vertreten. Für sein großes Engagement wurde er vom B.A.D.S. mit der Senator-Lothar-Danner-Nadel in Bronze, in Silber und 2007 in Gold ausgezeichnet.

Zum Abschluss der Mitgliederversammlung dankte Dr. Gerhardt der Landessektion Sachsen für die gelungene Ausrichtung der Mitgliederversammlung und des Festaktes 2010 in Dresden. Durch die kurzfristige Verlegung wegen der Hochwasserschäden in Görlitz erforderte die Organisation der Mitgliederversammlung dieses Jahr einen besonders hohen Einsatz.

Mit dem Preisträger der Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold, Landespolizeipräsident Merbitz, stellvertretend für die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei im Freistaat Sachsen, und dem Festredner Prof. Dr. Becker erreichte die Veranstaltung eine große Resonanz.

Bundesvorstand

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der nach den Wahlen bei der Mitgliederversammlung unverändert gebliebene Vorstand hat im Berichtszeitraum vier Sitzungen abgehalten. Themen waren u.a.

- Vorbereitung der Mitgliederversammlung und des Festaktes in Darmstadt
- Pressekonferenz auf der Mitgliederversammlung
- Vorbereitung eines Symposium auf der AMI 2012 in Leipzig zum Thema 0,0 Promille
- Unterstützung des vom Bundesrat eingebrachten Gesetzesvorschlags zur Änderung des § 81 a StPO
- Presseerklärungen, u.a. zum Richtervorbehalt nach § 81 a StPO, zu 0,0 Promille, zu einheitlichen europäischen Promillegrenzen und zu Interlock
- Ehrung unseres Ehrenpräsidenten Dr. Erwin Grosse für seine Tätigkeit beim B.A.D.S. durch Verleihung des Bundesverdienstkreuzes
- Erstellung eines neuen Flyers zum Thema „Alkohol im Straßenverkehr“
- Völlige Überarbeitung unseres Internetportals durch eine Internetkommission
- Vorbereitung eines Wettbewerbes zur Erstellung neuer Plakate
- Senkung der Herstellungskosten unserer Zeitschrift *Blutalkohol*; Neugestaltung der Verträge mit der Druckerei Dräger + Wullenwever; Erweiterung des Inhalts um verkehrspsychologische Beiträge
- Intensivierung der Unterstützung der Aktion BOB
- Teilung der zu großen Landesektion Nordrhein-Westfalen
- Förderung konkret eingereichter Forschungsprojekte der Wissenschaft
- Reisekosten
- Einsatz des Fahrsimulators auf der Automobilmesse in Frankfurt
- Themen des Jahresberichts anlässlich des 50-jährigen Bestehens unserer Zeitschrift *Blutalkohol*
- Erstellung des jährlichen Haushaltes
- Bericht von der jährlichen Revisorenbesprechung
- Besprechung der Ergebnisse der letzten Steuerprüfung
- Vorführung eines Interlockgerätes durch die Fa. Dräger
- Kauf eines neuen Fahrsimulators durch die Landesektion Saar
- Ernennung neuer Landesvorsitzender und Vertreter

Die Gemeinnützigkeitsbescheinigung wurde vom Finanzamt erneut erteilt. Das Bußgeldaufkommen war 2010 leicht gesunken, ist regional aber weiterhin mit großen Schwankungen verbunden. Durch Senkung der Herstellungskosten unserer Zeitschrift *Blutalkohol* kommt künftig der Haushalt der Zentrale mit weniger Mitteln aus. Die einzelnen Landesektionen sind dadurch weiterhin in der Lage, ihre umfangreichen Aufklärungstätigkeiten vor Ort fortzusetzen. Nähere Einzelheiten hierzu ergeben sich aus den Berichten der Landesektionen im Anschluss.

Förderung der Forschung

Der B.A.D.S. hat auch in den Jahren 2010/2011 im Rahmen seiner Möglichkeiten Forschungsvorhaben gefördert, die sich mit den Auswirkungen von Alkohol und Drogen auf die Verkehrssicherheit befassen.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Forschungsprojekte und Fachtagungen:

- „Legal Highs in Deutschland – Erhalt von Rauschmitteln im Internet?“ (Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Bonn, Prof. Dr. F. Mußhoff)
- Satellitensymposium der Gesellschaft für toxikologische und forensische Chemie (GTFCh) in Mosbach vom 13.–16.04.2011 (Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Weinmann, Institut für Rechtsmedizin in Bern)
- Trinkversuch zur Ermittlung der zur Bildung von Phosphatidylethanol (PTth) erforderlichen Ethanol Dosen (Prof. Dr. Stefan Pollak, Institut für Rechtsmedizin der Universität Freiburg)
- Trinkversuch zur Ermittlung der Widmarkfaktoren im höheren Alter (Prof. Dr. Stefan Pollack, Institut für Rechtsmedizin der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)

- 8th International Symposium Advances in Legal Medicine combined with the 90th Annual Conference of Society of Legal Medicine vom 26.09.–01.10.2011 in Frankfurt/Main (Präsident: Prof. Dr. med. Hansjürgen Bratzke)
- 7. Gemeinsames Symposium der Deutschen Gesellschaft für Verkehrspsychologie und der Deutschen Gesellschaft für Verkehrsmedizin vom 09.–10.09.2011 in Potsdam (Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Schubert und Prof. Dr. med. Volker Dittmann)

Wie in den Vorjahren konnten nicht alle an den B.A.D.S. gerichteten Förderanträge positiv beschieden werden. Einige entsprachen nicht den satzungsgemäßen Zielen des B.A.D.S., andere überstiegen dessen finanzielle Möglichkeiten.

Verbände und Institutionen

Zu den Organisationen, mit denen der B.A.D.S. zusammenarbeitet, gehören:

Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)

Die Zusammenarbeit mit dem DVR wurde ausgeweitet. Ab 01.01.2011 vertritt Dr. Wolfgang Franz den B.A.D.S. im Vorstand des DVR. Außerdem ist der B.A.D.S. durch den RiBGH a.D. Kurt Rüdiger Maatz im Rechts- und Verkehrsausschuss sowie Prof. Dr. Daldrup im Ausschuss Rechtsmedizin vertreten.

Deutsche Verkehrswacht

Eine intensive Zusammenarbeit findet mit der Bundesverkehrswacht statt, dessen Beirat der Präsident Dr. Peter Gerhardt angehört. Außerdem kooperieren die einzelnen Landessektionen mit den örtlichen und überörtlichen Verkehrswachten in den Ländern und Landkreisen.

Deutscher Verkehrsgerichtstag –

Deutsche Akademie für Verkehrswissenschaft e. V.

Auch hier bestehen Jahrzehnte lange enge Kontakte und eine sehr gute Zusammenarbeit. Der zweite Vorsitzende des B.A.D.S., Prof. Dr. Dr. Reinhard Urban, ist Mitglied des erweiterten Vorstandes.

DEKRA AG

Auch hier besteht eine sehr gute Zusammenarbeit. DEKRA-Mitglieder zeigen reges Interesse an der Arbeit der Landessektionen in den neuen Bundesländern. Insbesondere bei Fortbildungsveranstaltungen bringen die DEKRA-Sachverständigen ihr Wissen ein und berichten über neue Erkenntnisse der Unfallforschung.

Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST)

Von dieser Einrichtung werden die Experten des B.A.D.S. hinzugezogen, wenn es um die Alkohol- und Drogenthematik im Straßenverkehr geht. Auf Veranstaltungen des B.A.D.S. wirken häufig Vertreter der Bundesanstalt für Straßenwesen als Vortragsredner mit.

Der Präsident ist als Vertreter des Bereichs Verkehrsaufklärung Mitglied des bei der BAST angesiedelten Preisgerichts zur Vergabe des Verkehrsgerichtspreises des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Polizei

Hier besteht eine enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Zahlreiche Veranstaltungen werden gemeinsam mit der Polizei durchgeführt. Dies schließt gleichermaßen personelle wie technische Unterstützung ein.

Int. Vereinigung der Eisenbahner für Nüchternheit (IVEN)

Bei den Veranstaltungen dieser Organisation wird den Mitgliedern des B.A.D.S. Gelegenheit gegeben, über die Ziele und die Arbeit des Bundes zu sprechen.

Institute für Rechtsmedizin an den Universitäten und Medizinischen Akademien

Traditionell besteht zu den rechtsmedizinischen Instituten eine sehr enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir bedanken uns für die umfangreiche Unterstützung zur Erreichung unserer satzungsgemäßen Ziele. Über unseren zweiten Vorsitzenden, Prof. Dr. Dr. Reinhard Urban, haben wir mit der Rechtsmedizin auch eine enge personelle Verzahnung.

Bundeswehr

Seit Jahrzehnten besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, deren Verkehrssicherheitsarbeit personell und durch Überlassung der unterschiedlichsten Aufklärungsmaterialien unterstützt wird.

Fachtagungen der Landessektionen

Die Landessektionen des B.A.D.S. führten zahlreiche Fachtagungen für Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamte zu den Gefahren von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr durch, u.a.:

07.10.2010	Erlangen
21.10.2010	Karlsruhe
28.10.2010	Passau
02.11.2010	Celle
15.–17.11.2010	Bad Münster
16.11.2010	Frankfurt
18.11.2010	Verden
25.11.2010	München

Bundесvorstand

06.12.2010	Hannover
06.–07.12.2010	Bad Boll
16.12.2010	Sonthofen
20.01.2011	Hannover
18.02.2011	Kirkel
15.03.2011	Sr. Ingbert
17.03.2011	Augsburg
22.03.2011	Schwetzingen
04.05.2011	Kaiserslautern
11.05.2011	Koblenz
19.05.2011	Magdeburg
20.05.2011	Halle
24.05.2011	Lüneburg
25.05.2011	Kirchlinteln
25.05.2011	Verden
26.–27.05.2011	Beuggen

Themen der Fortbildungsveranstaltungen

- Verkehrsunfallrekonstruktion unter biomechanischem Aspekt
- Neues in der Rechtsmedizin
- Bemerkbarkeit von Kleinkollisionen und praktische Versuche
- Unfallrekonstruktionen bei Mehrfachkollisionen auf der Autobahn und bei Nachtunfällen
- Glaubhaftigkeitsbegutachtung bei Persönlichkeitsstörungen und Geständniswiderruf
- Die Entwicklung der Grenzwerte im Straßenverkehr
- Aktuelle Entscheidungen des BGH zum Straf- und Strafverfahrensrecht
- § 81a StPO ... und kein Ende
- § 81a StPO aus Sicht der Polizei
- § 81a StPO aus Sicht der StA
- § 81a StPO – der Richtervorbehalt in Rechtsprechung und Gesetzgebung
- Neuere Erkenntnisse aus der Rechtsmedizin zu nicht-letalen Waffen, Alkoholmarkern und Unfällen durch Einschlafen am Steuer
- Wahrheitsfindung bei Zeugenausagen – Taktik und Technik bei Zeugenvernehmungen
- Die elektronische Fußfessel in der Praxis – ein Erfahrungsbericht
- Jugendliche und Mobilität
- Wie ticken Jugendliche. Sinus-Milieu-Studie 2010
- Strafvollzug mit jungen Menschen
- 49. Verkehrsgerichtstag – eine Nachbetrachtung zum Arbeitskreis I: Drogendelikte im Verkehr
- Drogen im Überblick
- Neues vom Drogenmarkt
- Drogenkonsum und Mobilität
- „Drogenpolitik“ im Betrieb
- „Safer use“ – Wunsch oder Realität?
- Am Ende wieder „Drogenerkennung“ oder „Drogenerkennung am Ende“?
- Die Maastricht-Studien – Erkenntnisse über Dynamik und Kinetik von Cannabinoiden
- Drogen am Steuer in der Schweiz – verkehrspolizeiliche Aspekte
- Cannabis – Pharmakodynamik, Pharmakokinetik, Analytik und aktuelle Fragen der Begutachtung
- Cannabis-beeinflusste Kraftfahrer im Saarland in den Jahren 1999/2000 und 2009/2010 – ein 10-Jahres-Vergleich
- Anforderungen an den Nachweis der drogenbedingten Fahruntüchtigkeit i.S.d. § 316 StGB
- Verwaltungsrechtliche Folgen bei Drogenfahrten
- Vorstellung der Präventionskampagne SAARBOB
- Fortbildungsangebote des LPH zur Drogenerkennung
- Alkohol- und drogenassoziierte Krankheiten und ihre Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit
- Alkohol- und Drogenkonsum bei Fahranfängern
- Vorsatz-Fahrlässigkeit; Bedeutung der Blutprobe für den Tatnachweis bei Alkohol- und Drogenfahrten; Richtervorbehalt (§ 81a StPO)
- Wirkung und Gefahren von Alkohol- und Drogenkonsum
- Alkohol und Drogen im Straßenverkehr – Probleme der Hauptverhandlung
- Nachweis von Alkohol- und Drogenwirkungen
- Trunkenheits- und Drogenfahrten aus verkehrsrechtlicher Sicht
- Alkohol- und Drogendelikte im Straßenverkehr – Relevanz und Merkmale einer professionellen Präventionsarbeit
- Riskanter Konsum bei Jugendlichen
- Alkohol und Pubertät
- Trunkenheitsfahrten aus medizinischer Sicht
- Trunkenheitsfahrten: Vorsatz – Fahrlässigkeit – Richtervorbehalt
- Rechtliche und rechtsmedizinische Aspekte der Trunkenheitsfahrt
- Neurobiologische Korrelate des chronischen Drogenkonsums: Therapeutische Veränderungsmöglichkeiten
- Drogenfahrten im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht – Vorsatz, Grenzwerte, Nachweis mit und ohne Blutproben, Richtervorbehalt
- Neue Erkenntnisse beim kontrollierten Cannabiskonsum

Referenten der Fortbildungsveranstaltungen

Für die Fachtagungen konnten u.a. folgende Referenten gewonnen werden:

- Jeanette Beastoch, Regierungsrätin, stellv. Leiterin der JVA Heimsheim
- Prof. Dr. Peter Betz, Leiter des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Erlangen-Nürnberg
- PolDir. Franz-Josef Brandt, Polizeipräsident Westpfalz

- Prof. Dr. Bratzke, Leiter der Rechtsmedizin Frankfurt/Main
- Klaus Brauch-Dylla, JVA Adelsheim
- Dipl.-Psych. Dr. Paul Brieler, Institut für Schulungsmaßnahmen, Hamburg
- Dipl.-Soz.-Arb. Alexander Bücheli, Stv. Betriebsleiter Jugendberatung, Streetwork, Zürich
- Dipl.-Ing. Bernhard Buhrmann, Kfz-Sachverständiger
- RiBGH Jürgen Cierniak, Karlsruhe
- Prof. Dr. Alfred Du Chesne, Oberarzt am Institut für Rechtsmedizin der Universität Münster i.R.
- GenStA Dr. jur. Manfred Endler
- Dr. Andreas Ewald, Institut für Rechtsmedizin der Universität des Saarlandes
- Dipl.-Psych. Dr. Wolfgang Franz, Vorsitzender der Landessektion Sachsen-Anhalt des B.A.D.S.
- Prof. Adolf Gallwitz, Hochschule für Polizei BW, Villingen-Schwenningen
- RA Justizrat Hans-Jürgen Gebhardt, Homburg
- Prof. Dr. Mathias Graw, Vorstand des Instituts für Rechtsmedizin der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Prof. Dr. med. Hans-Thomas Haffner, Institut für Rechtsmedizin der Universität Heidelberg
- Dr. Wolfram Hell, Institut für Rechtsmedizin der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Dr. Thomas Kaufmann, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Rechtsmedizin
- Katrin Kerner, Doktorandin am Institut für Rechtsmedizin der Universität des Saarlandes
- Prof. Dr. med. Michael Klintschar, MH Hannover
- Prof. Dr. Thomas Krämer, Leiter forensische Pharmakologie und Toxikologie, Institut für Rechtsmedizin, Universität Zürich
- Prof. Hans-Jürgen Kunert, Klinik am Waldsee, Rieden
- Dr. Sebastian Kunz, Institut für Rechtsmedizin der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Dr. phys. Ulrich Löhle, Unfallsachverständiger, Referent bei der Deutschen Richterakademie Trier, Wustrau
- Wilhelm Loick, Human Resources Prozesse, Evonik Steag GmbH
- RiBGH a.D. Kurt Rüdiger Maatz, Karlsruhe
- Dipl.-Verwaltungswirt Hans-Jürgen Maurer, Landesinstitut für Präventives Handeln, St. Ingbert
- Dipl.-Verwaltungswirt Josef Merten, Landesinstitut für Präventives Handeln, St. Ingbert
- Dr. Malte Mienert, Institut für Gesundheitsförderung und Pädagogische Psychologie
- Prof. Dr. Manfred R. Möller, Toxikologe, akad. Direktor i.R., Universitätsklinikum des Saarlandes
- Prof. Dr. Frank Musshoff, Universität Bonn, Institut für Rechtsmedizin
- RiAG Dominik Ohlmann, OLG Saarbrücken
- Prof. Dr. Randolph Penning, Institut für Rechtsmedizin der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Dr. Oliver Peschel, Institut für Rechtsmedizin der Ludwig-Maximilians-Universität München
- RiBGH Wolfgang Pfister, Karlsruhe
- VorsRiLG Dr. Stephan Popp, Nürnberg/Fürth
- RiAG Christian Roch, Kempten
- Prof. Dr. Peter Schmidt, Leiter des Instituts für Rechtsmedizin der Universität des Saarlandes
- KHK a.D. Hans-Michael Schmidt-Riediger, Geschäftsführer der Landessektion Niedersachsen des B.A.D.S.
- Dr. Georg Schmitt, Institut für Rechtsmedizin der Universität Heidelberg
- Univ.-Prof. Dr. Heinz Schöch, Ludwig-Maximilians-Universität München
- Dr. Dipl.-Ing. Günter Schroeder, MH Hannover
- StA Dr. Kurt Sippel, Marburg
- Prof. Dr. Gisela Skopp, Institut für Rechtsmedizin der Universität Heidelberg
- Prof. Dr. Max Steller, Dipl.-Psych., Fachpsychologe für Rechtspsychologie, BDP/DGPs, Professor für forensische Psychologie a.D. am Institut für forensische Psychiatrie der Charité – Universitätsmedizin Berlin
- Peter Martin Thomas, Consultancy Partner des Sinus-Instituts
- PD Dr. Stefan Tönnies, Leiter Forensische Toxikologie, Institut für Rechtsmedizin, Frankfurt/Main
- RiOLG Detlef Tournier, Vorsitzender der Landessektion Bayern-Süd des B.A.D.S.
- Prof. Dr. Hans Dieter Tröger, MH Hannover
- Univ.-Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. Reinhard Urban, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Leiter des Instituts für Rechtsmedizin
- PolDir Frank von der Au, Südhessen
- RiLG Bernd Weidig, LG Saarbrücken
- RiOLG Axel Wendler, Universität Tübingen
- Ministerialrat Andreas Wimmer, Bayer. Staatsministerium der Justiz
- Prof. Jörg Wolstein, Universität Bamberg
- Major Ueli Zoelly, lic. Iur., RA, Kantonspolizei Zürich

Aufklärung und Information im Überblick

- Vorträge an (Fach-/Berufs-)Schulen	1.965
- Anzahl der Zuhörer	58.400
- Vorträge bei Bundeswehr/Polizei	181
- Anzahl der Zuhörer	8.600
- Referendarfortbildungen	247
- Anzahl der Teilnehmer	5.300
- Einsätze des Fahrsimulators	680
- Testfahrten	über 23.500
- Verteilung von Broschüren	weit über 120.000 Ex.

Landessektionen

Bayern-Nord

Wie in den vergangenen Jahren hat die Landesektion wieder eine Vielzahl an Veranstaltungen durchgeführt.

Insgesamt 216 Referendare/innen der Referendararbeitsgemeinschaften der Landgerichte in den OLG-Bezirken Bamberg und Nürnberg nahmen an elf Fachtagungen zum Thema „Alkohol, Drogen und Verkehrssicherheit“ – unter Beteiligung der Institute für Rechtsmedizin in Erlangen und Würzburg – teil.

Den Teilnehmern/innen wurden ein rechtsmedizinischer sowie ein juristischer Vortrag zum Thema „Alkohol im Straßenverkehr“ geboten, anschließend folgte ein wissenschaftlicher Trinkversuch mit Alkoholmessgerät und Blutentnahme durch Mediziner.

Im Institut für Rechtsmedizin der Universität Erlangen-Nürnberg hielt die Landesektion eine Informationsveranstaltung für den Bezirksverband des Bayerischen Richtervereins in Ansbach ab. Ebenfalls in der Rechtsmedizin Erlangen fand eine weitere Veranstaltung mit dem Erlanger Anwaltsverein sowie mit Richtern und Staatsanwälten des Amtsgerichts Erlangen statt. Bei letzterer Veranstaltung kam auch der Fahrsimulator zum Einsatz. Der geschätzte Moderator, Herr Bürger, ließ die Teilnehmer „fahren“. An den Testveranstaltungen beteiligten sich jeweils 30 Personen.

Der Fahrsimulator kam im Berichtsjahr außerdem an Berufsschulen, in Großbetrieben, bei einem Verkehrssicherheitstag in Haßfurt etc. zum Einsatz.

Im Rahmen der seit über zwei Jahrzehnten laufenden Verkehrssicherheitsaktion Ostbayern an den weiterführenden Schulen im Regierungsbezirk Oberpfalz hielten die bewährten Referenten aus Justiz und Polizei ihre Fachvorträge.

Die Landesektion hat die Aktion **BOBBayern** finanziell unterstützt. Die Aktion wurde im Juni 2010 im mittelfränkischen Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen eingeführt. Zwischenzeitlich haben sich in Nordbayern die Landkreise Bad Kissingen und Roth der Kampagne ebenfalls angeschlossen.

Vom 15.–17.04.2011 fand die Bundesbeiratssitzung des B.A.D.S. im Hotel Residenzschloss in Bamberg statt.

Bayern-Süd

Die Aufklärung über die Gefahren von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr war auch im Berichtszeitraum Juli

2010 bis Juni 2011 die unverändert wichtige Aufgabe der Landesektion.

Bei einer Veranstaltung mit Staatsanwälten und Richtern am Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit in München referierte Prof. Penning vom Institut für Rechtsmedizin der Universität München im Juli 2010 zum Thema „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr – Probleme der Hauptverhandlung“.

Am 28.10.2010 wurde für Richter und Staatsanwälte des LG-Bezirks Passau und am 17.03.2011 für Richter und Staatsanwälte des LG-Bezirks Augsburg jeweils eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „§ 81a StPO – der Richtervorbehalt in Rechtsprechung und Gesetzgebung“ mit einem hervorragenden Referat durch Herrn Ministerialrat Andreas Wimmer vom Bayer. Staatsministerium der Justiz durchgeführt. Der Besuch der Veranstaltungen und die Resonanz bei den Teilnehmern waren sehr groß.

Bei der alljährlichen Veranstaltung für Richter und Staatsanwälte im November in München referierten Dr. Sebastian Kunz, Prof. Dr. Mathias Graw und Dr. Wolfram Hell zu den Themen „Neuere Erkenntnisse aus der Rechtsmedizin zu nicht-letalen Waffen, Alkoholmarkern und Unfälle durch Einschlafen am Steuer“. Es schloss sich eine angeregte Diskussion an.

Weitere Veranstaltungen fanden im Bereich der Rechtspflegerausbildung an der Justizschule Starnberg sowie im Rahmen der Fortbildung des Amtsgerichts Sonthofen statt.

Die Landesektion veranstaltete auch 2010/2011 wieder bei allen Referendararbeitsgemeinschaften des OLG-Bezirks jeweils eine ganztägige Ausbildung zum Thema „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“. An diesen Veranstaltungen nahmen etwa 470 Referendare teil.



Die Landesektion zu Gast in der staatl. Berufsschule in Wasersburg

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit waren Vorträge bei Schulen, Berufsschulen und der Bundeswehr. Bei 110 Vorträgen ließen sich etwa 9.500 Teilnehmer über die Gefahren von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr aufklären.

Der immer häufiger angeforderte Fahrsimulator war wieder mit den bewährten Moderatoren Bürger und Kreissl das ganze Jahr im Einsatz.

Bei 32 Einsätzen im Bereich von Aktionstagen, Verkehrssicherheitsaktionen und Firmenveranstaltungen zur Verkehrssicherheit waren die Moderatoren 40 Tage im Einsatz. Bei ca. 10.000 Besuchern der Veranstaltungen fuhr über 900 Personen mit dem Fahrsimulator. Über alle Veranstaltungen wurde in der örtlichen Presse berichtet.

Die Landesektion unterstützte im August 2010 den ADAC und den Fernsehsender „münchen.tv“ bei der Durchführung einer Abendveranstaltung zum Thema „Fahrsicherheit und Alkohol im Straßenverkehr“. Hierbei stand der Fahrsimulator mit seinem Moderator Manfred Bürger im Mittelpunkt der Sendung und der Moderator bewährte sich in hervorragender Weise als Fachmann für alle Fragen des Chefredakteurs von Hoven zum Thema „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“. Die Sendung wurde am 01.09.2010 im Abendprogramm ausgestrahlt. Die Landesektion ist Manfred Bürger dankbar für die exzellente Vertretung des B.A.D.S. in der Öffentlichkeit.

Der Fahrsimulator und die begleitende Moderation von Herrn Bürger bei der Frühjahrstagung der Süddeutschen Rechtsmediziner in München stießen bei den Teilnehmern auf reges Interesse. Ihre gebührende Beachtung fanden der Fahrsimulator und die Erläuterungen von Manfred Bürger in einem ganzseitigen Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 23.05.2011 zur Aktionswoche „Weniger ist besser“.

Zum Schluss noch eine höchst erfreuliche Ergänzung: Der ehemalige langjährige Geschäftsführer der Landesektion Johann Zinner hat für seine verdienstvolle Arbeit im B.A.D.S. durch den Bundespräsidenten Christian Wulff die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen bekommen. Die feierliche Übergabe der Auszeichnung durch den Landrat des Landkreises Fürstentum Bruck wird am 14.09.2011 stattfinden. „Wir gratulieren dem Jubilar und wünschen ihm alles Gute!“

Berlin-Brandenburg

Die Landesektion hat wiederum mehrere Fortbildungsveranstaltungen für Richter, Staatsanwälte, Amtsanwälte,

Polizeibeamte und vor allem Referendare durchgeführt. Dabei gilt ein besonderer Dank dem inzwischen in den Ruhestand verabschiedeten Leiter des Instituts für Rechtsmedizin in Potsdam und Frankfurt/Oder, Prof. Dr. Wolfgang Mattig. Wir hoffen auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit seinem Nachfolger Dr. med. Semmler.

In Berlin und Brandenburg hat sich die Landesektion an zahlreichen Verkehrssicherheitsveranstaltungen insbesondere für junge Fahrerinnen und Fahrer beteiligt, wobei der Fahrsimulator immer ein besonderer Anziehungspunkt war.

Auch die Verkehrserziehungsarbeit der Jugendrichter in der Jugendstrafanstalt ist fortgesetzt und dankbar angenommen worden.

Die Öffentlichkeits- und Pressearbeit konnte erfolgreich fortgeführt werden. Der Landesvorsitzende hatte Gelegenheit, in Fernsehinterviews auf die Gefahren von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr hinzuweisen. Er hat den B.A.D.S. in den Verkehrsforen der Länder Berlin und Brandenburg vertreten. Mit den jeweiligen Verkehrswachtern ist es zu einer guten Zusammenarbeit gekommen.

Einen Schwerpunkt der Landesektion bildet nach wie vor das gute Zusammenwirken mit der Polizei auf allen Ebenen der Verkehrssicherheitsarbeit. Wie schon seit Jahren sind Richter an der Fortbildung der Polizei beteiligt. Die Landesektion hatte bei vielen Veranstaltungen der Polizei Gelegenheit, mit Infoständen und Informationsmaterial für ihre Anliegen zu werben.

Bremen

Die Landesektion führte auch im vergangenen Geschäftsjahr wieder eine Vielzahl an Veranstaltungen durch.

Die Rechtsreferendare des OLG-Bezirks Bremen absolvierten einen wissenschaftlichen Trinkversuch mit Begleitung des Fahrsimulators im neuen Bremischen Justizentrum. Ein rechtsmedizinischer sowie ein juristischer Vortrag zum Thema „Alkohol im Straßenverkehr“ rundeten den Abend ab. Die Veranstaltung erfreute sich dabei so regen Interesses, dass die Teilnehmer per Losentscheid vorab ausgewählt werden mussten. Die Ausbildungsleiter der Referendare werteten die Veranstaltung als großen Erfolg.

Einen Schwerpunkt der Aufklärungsarbeit bildete auch in diesem Jahr wieder der Unterricht in den Schulen. Zum Thema „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ hielten die fünf Referenten der Landesektion in Fahrschulen, Berufsschulen und Betrieben im Berichtsjahr insgesamt

Landessektionen



Der Geschäftsführer Volker Scharff begleitet eine Referendarin auf ihrer Fahrt mit dem Fahr Simulator

118 Vorträge. Dadurch konnten insgesamt sogar 2.204 – im Vorjahr waren es 969 – junge Erwachsene, ganz überwiegend im Alter von 18 bis 25 Jahren, mit der Botschaft des B.A.D.S. erreicht werden. Das bedeutet eine Steigerung von mehr als 100 % im Vergleich zum Vorjahr. Den unermüdlichen Referenten sei an dieser Stelle ausdrücklich und herzlich gedankt.

Darüber hinaus führte die Landessektion drei Verkehrsunterrichte mit abschließender Prüfung als Maßnahme des Jugendgerichts gemäß § 10 JGG durch und wirkte an fünf verkehrspädagogischen Trainingskursen der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V. mit, bei denen insgesamt 27 Teilnehmer erreicht wurden.

Am 25.09.2010 war die Landessektion am Tag der offenen Tür der bremischen Justiz in zentraler Funktion präsent. Die Veranstaltung zog tausende Gäste an. Der Ansturm des Publikums war überwältigend. Die Landessektion konnte sich inmitten einer Vielzahl von Angeboten in einem zentralen Saal des Justizzentrums präsentieren. Hunderte Interessierte – unter ihnen zahlreiche Präsidenten und Repräsentanten der bremischen Politik – konnten sich u.a. während einer „Probefahrt“ mit dem Fahr Simulator über die Aufklärungsarbeit des B.A.D.S. informieren. Filmvorführungen, Fragebögen zu Verkehrszeichen und Verkehrsregeln sowie umfangreiches Informationsmaterial rundeten das Angebot ab. Während der gesamten sechsständigen Veranstaltung war der Saal stets vollständig gefüllt.

Der Fahr Simulator der Landessektion wurde für Veranstaltungen – auch außerhalb Bremens – erneut stark nachgefragt. An 20 Aktionstagen zum Thema „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ wurde der Fahr Simulator in Zu-

sammenarbeit mit Verkehrssicherheitsberatern der Polizei Bremen und der Polizei Niedersachsen an Gymnasien und Berufsschulen eingesetzt.

Besonders zu erwähnen sind dabei folgende Veranstaltungen, an denen die Landessektion mitgewirkt hat:

02.–03.09.2010	Gesundheitstage der Firma „Kali und Salz AG“ in Bad Salzdetfurt
09.–11.11.2010	Gesundheitstage im Fachgymnasium Syke
03.02.2011	Aktionstag „Fit für Schule und Beruf“ in Oldenburg
12.–13.05.2011	„Verkehrstage“ in der BBS Cadenberge
18.05.2011	„Jugendgesundheitstage“ in Celle
29.05.2011	Gewerbeschau in Hambühren

Bei diesen in guter Kooperation mit der Landessektion Niedersachsen durchgeführten Veranstaltungen benutzten 723 Personen den Fahr Simulator. Ca. 750 Personen besuchten den Info-Stand.

Ein besonderes Highlight war wieder die Teilnahme am „Wochenende an der Jade“ vom 02.–04.07.2010 in Wilhelmshaven. Die Landessektion nahm auf Wunsch der Landessektion Niedersachsen daran teil. Diese in ganz Nordwestdeutschland bekannte Veranstaltung bescherte dem Info-Stand ca. 1.100 Besucher und dem Fahr Simulator einen regen Zulauf. Vor dem Fahr Simulator bildeten sich zeitweise lange Schlangen. Aber nicht nur dem Fahr Simulator galt das Interesse von 246 „Fahrern“, sondern ebenso dem Informationsmaterial, dabei insbesondere dem Fragebogen mit den Themenbereichen Verkehrszeichen, Vorfahrt und Alkohol und Drogen.

Schließlich wurde auch die Banner-Aktion „Sei cool – fahr nüchtern“ auf den Autobahnen A 1 und A 27 sowie an einem Autobahnzubringer in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn sowie der Polizei im Berichtsjahr fortgesetzt. An dieser Stelle muss die seit Jahren bewährte gute Zusammenarbeit mit der Polizei auf den unterschiedlichen Ebenen der Verkehrssicherheitsarbeit betont werden.

Die Landessektion hat mit ihren Aktionen im Interesse der Verkehrssicherheit ein erfolgreiches Jahr hinter sich. Besonders erfreulich ist der Umstand, dass die Zahl der Adressaten im Vergleich zum Vorjahr abermals erheblich gesteigert werden konnte. Die kleinste Landessektion des B.A.D.S. konnte im Berichtsjahr deutlich über 2.000 Menschen im Rahmen der Vortragsveranstaltungen erreichen. Für diesen hohen Einsatz und die Motivation sowie die Qualität der Arbeit im Dienste der Verkehrssicherheit sei allen Mitarbeitern und Helfern der Landessektion an dieser Stelle herzlich gedankt.



Richter am Landgericht Björn-Oliver Kemper

Besonders erfreulich für die Landessektion ist es, mit dem Richter am Landgericht Björn-Oliver Kemper einen besonders engagierten jungen Kollegen gewinnen zu können, der als weiterer Vertreter des Vorsitzenden insbesondere zu den jungen Staatsanwälten und Richtern – es sind im Bereich der Strafjustiz zeitweilig 30 % Assessoren eingesetzt – Kontakt hält und sich für die Ziele des B.A.D.S. einsetzen wird.

Hamburg

Anlässlich der Ausbildung von Ratsanwärtern der Polizei des Nordverbundes – Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen – wurde während eines Vortrages über Alkohol und Drogen im Straßenverkehr von den Teilnehmern Alkohol getrunken, um anschließend mit BA-Werten von 0,5 bis 0,8 Promille auf einem abgesteckten Parcours ihre „Fahrkünste“ auf schneegeglatter Fahrbahn vorzuführen. Natürlich war das einerseits ein Gaudi – besonders Spaß hatten die weiblichen Teilnehmer – andererseits war dies eine eindrucksvolle Demonstration und Selbsterfahrung bzgl. der mangelnden Fähigkeit, bei dieser Alkoholbeeinflussung und den witterungsbedingten Gegebenheiten einen PKW zu lenken. Die Veranstaltung wird in diesem Jahr und in den Folgejahren erneut von der Landessektion begleitet werden.

Im Berichtszeitraum wurden abermals sechs Vorträge für Polizeibeamte im Rahmen eines Lehrgangs zum Thema „Drogenerkennung im Straßenverkehr“ gehalten.

Trinktests mit vorangehender Fortbildung über die Alkohol- und Drogenwirkung und über deren Stoffwechsel, die Möglichkeiten des Nachweises, Rückrechnungsprobleme, die Aussagekraft von Begleitstoffanalysen sowie Atemalkoholmessergebnisse für Richter, Staatsanwälte, Rechtsreferendare und Justizangestellte wurden wieder alle zwei Monate durchgeführt.

Des Weiteren wurden die Schulungsmaßnahmen für erstmals auffällig gewordene junge Kraftfahrer fortgesetzt.

Die Praktikanten des Instituts für Rechtsmedizin erhielten Informationsmaterial, wurden mit der Arbeit des B.A.D.S. vertraut gemacht, dies vor Ort, bei der Polizei und den Hamburger Gerichten, und im Rahmen eines Vortrages in die forensische Alkohologie und Drogenkunde eingeführt.

Eine zehnte Klasse des Gymnasium Eppendorf wünschte eine Fortbildung zum Thema „Drogen im Straßenverkehr“, wobei überraschend (?) war, dass sie erstaunlich gute Vorkenntnisse über die Wirkung der verschiedenen Drogen, deren Erkennung und Gefahren mitbrachten.

Bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen, so z.B. der Konsummesse „Du und Deine Welt“, kommt der Fahrsimulator regelmäßig zum Einsatz, wobei die Informationsmaterialien des B.A.D.S. beste Verbreitung finden.

Im kommenden Jahr wird das Institut für Rechtsmedizin zusammen mit der Landessektion den Jahreskongress der Verkehrsmediziner und der Verkehrspsychologen ausrichten.

Mecklenburg-Vorpommern

Die Landessektion hat auch im Jahr 2010/11 in bescheidenem Umfang Aktivitäten zur Aufklärung und Fortbildung über die Gefahren des Alkohol- und Drogenkonsums im Straßenverkehr entwickelt und sich an der vom B.A.D.S. gestützten Forschung materiell beteiligt.

Das Konsumverhalten gegenüber Alkohol ist in Deutschland gemäß Angaben der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen rückläufig. Unter den Ländern Europas hat Deutschland immer noch eine vordere Position bei tödlichen Verkehrsunfällen. Nach Untersuchungen der BAST zeigen die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden und die Zahl der Getöteten und Verletzten insgesamt einen regressiven Verlauf (bei steigendem Bestand an Kraftfahrzeugen!); das Verhältnis der tödlich verunfallten Personen bis zum Alter von 24 Jahren zu der Gruppe ab 25 Jahre beträgt etwa 1:3, was an sich den Ansatzpunkt für Aufklärungsveranstaltungen aufzeigt. Ein entsprechendes Angebot an den Fahrlehrerverband blieb ohne Antwort. Aktuelle Zahlen über Verkehrsunfalltote im Jahre 2010 waren in den Rechtsmedizinischen Instituten des Landes nicht erhältlich. Nach Publikationen des Statistischen Bundesamtes erreichten im Jahr 2009 die tödlichen Verkehrsunfälle den niedrigsten Stand, der „Anteil der Alkoholunfälle mit Personenschäden an allen Unfällen mit Personenschäden“ liegt mit 8,7% in Mecklenburg-Vorpom-

Landessektionen

mern am höchsten; bei den „Getöteten je 1.000 Unfälle mit Personenschäden“ ist die Unfallschwere in Mecklenburg-Vorpommern (gleichauf mit Bayern) am höchsten. Weitere epidemiologische Daten zum Unfallgeschehen (Wochentage, Tageszeit, Altersgruppen) liefern an sich gute Zugangsmöglichkeiten für Aufklärungsarbeit des B.A.D.S. auch in Mecklenburg-Vorpommern, setzen aber dafür eine Vielzahl von Kräften voraus, die derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Die tiefen- und massenwirksame Arbeit des B.A.D.S. hat in Mecklenburg-Vorpommern immer noch nicht jenen Stand erreicht, den man erwartet und den man sich wünschte. Man fühlt sich an das Bismarck zugeschriebene Zitat über die Verzögerung von Abläufen in Pommern erinnert. Unmittelbar vor der Jahreshauptversammlung in Dresden wurde ein wissenschaftlicher Trinkversuch für Mitarbeiter der Justiz der Region Rostock im Institut für Rechtsmedizin durchgeführt. Ein lebhafter Vortrag von Herrn Dr. Rummel, 1. Oberarzt des Institutes, stimmte auf den Versuch ein und war eine gute Grundlage für eine lebhafte Diskussion, die sich auch einstellte. Es war (zu) viel logistischer Aufwand notwendig, um die Voraussetzungen für die Veranstaltung überhaupt zu schaffen, wobei hier auch die Unterstützung des Präsidenten des B.A.D.S., Dr. Gerhard, des Amtsgerichtsdirektors Rostock, Herrn Häfner, und des Rostocker Institutsdirektors, Prof. Dr. Büttner, und seiner Mitarbeiter mit Dank erwähnt werden. Die allgemeine Beobachtung, dass nach einer positiven Aktion die Arbeit des B.A.D.S. auch eine materielle Unterstützung von außen erfährt, hat sich hier jedoch nicht bestätigt. Auch ist das Interesse an diesen Veranstaltungen keineswegs gewachsen. Eine Anfrage beim Landgericht Stralsund hatte nur ein entmutigend geringes Echo, so dass Aufwand und Nutzen für einen wissenschaftlichen Trinkversuch nicht mehr in einem vertretbaren Verhältnis stehen. Anders ist es bei einem kleinen Kreis interessierter Naturwissenschaftler am Hochschulort Greifswald, der bei zwei Treffen Fragen von Alkohol- und Drogenwirkung sowie der Alkoholrückrechnung erörtert hat. Ein Rundschreiben an alle Organe der Rechtspflege mit dem Angebot weiterer Veranstaltungen zur Aufklärung über Fragen von Alkohol- und Drogenwirkung bzw. der Versand von Informations- und Werbematerial blieben vollkommen ohne Echo.

Die Zahl der Mitglieder des B.A.D.S. in Mecklenburg-Vorpommern ist weiterhin übersichtlich klein. Trotzdem hat die Arbeit der Landessektion Anerkennung gefunden, indem Herr und Frau Neumann, die ihre Funktionen in der Geschäftsführung getauscht haben, für ihre ehrenamtliche Arbeit mit der Senator-Lothar-Danner-Nadel ausgezeichnet worden sind. Leider ist es weiterhin nicht gelungen, einen Vertreter der Justiz für die Leitung der Landessektion zu gewinnen. An der Zentrale und dem

Präsidenten des B.A.D.S. hat es nicht gelegen. Sie haben sich anhaltend bemüht, eine Verstärkung für die Führung der Landessektion zu interessieren. Dafür wurde ein Redner, ein Rechtsanwalt, gewonnen, der künftig in der Jugendaufklärung tätig werden soll.

Wir hoffen weiterhin, dass sich parallel zu allen Bemühungen eine Persönlichkeit aus der Justiz bereit erklärt, sich in der Führung der Landessektion zu beteiligen. Die Gespräche hierzu dauern an.

Alkohol ist die bevorzugte Droge des Nordens (geblieben), wird aber seit Generationen „im Norden“ nicht unbedingt als Droge wahrgenommen.

Niedersachsen

Auch im vergangenen Jahr war Schwerpunkt der Tätigkeit der Landessektion die Aufklärungs- und Informationsarbeit über die Gefahren von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr. Die Referentinnen und Referenten der Landessektion – Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Polizeibeamte – haben, verteilt über das ganze Bundesland, mehr als 590 Vorträge vor fast 18.000 Teilnehmern gehalten, die mit größtem Interesse den Ausführungen folgten. Diese Informations- und Aufklärungsveranstaltungen finden vorwiegend in Allgemein- und Berufsbildenden Schulen, aber auch bei der Bundeswehr, der Bundes- und Landespolizei und bei Verbänden sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen statt.

Wissenschaftliche Selbsterfahrungsveranstaltungen (SEV) erfreuen sich auch in Niedersachsen besonderer Beliebtheit. Bei diesen können die Teilnehmer die Folgen eines kontrollierten Alkoholgenusses und die konkrete alkoholische Beeinflussung mit Atemalkoholmessgeräten und Blutentnahmen durch Rechtsmediziner selbst erleben. An 45 SEV nahmen ca. 900 Personen teil. Teilnehmer waren insbesondere Referendare der Justiz, aber auch Lehrer, Beamte und Angestellte aus den Landkreisen, Städten und Gemeinden und auch andere Personengruppen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit war wie in den Vorjahren die Fortbildung in der Justiz. So hat die Landessektion in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Richterbund am 18.11.2010 im Landgericht in Verden und am 24.05.2011 im Landgericht Lüneburg wissenschaftliche Tagungen durchgeführt. Richter am Bundesgerichtshof Wolfgang Pfister referierte mit großem Erfolg über „Neuere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zum Strafrecht und zum Strafprozessrecht“. Auf großes Interesse stieß auch der Vortrag von Dipl.-Ing. Dr. Günter Schroeder vom Institut für Rechtsmedizin der Medizini-



Geschäftsführer H.-Michael Schmidt-Riediger (li.) und der 1. Vorsitzende Dr. Manfred Endler während einer Schulung für Referenten in Verden

schen Hochschule Hannover zum Thema „Verkehrsunfallrekonstruktion unter biomechanischem Aspekt“. Die Veranstaltungen klangen mit einem Selbsterfahrungstest aus. In Verden nahmen 95 Richter, Staats- und Amtsanwälte, Polizei- und Kriminalbeamte teil. Dies ist die höchste Anzahl von Besuchern aller bisherigen Veranstaltungen in der Justiz! In Lüneburg zeigten 60 Teilnehmer Interesse an der Veranstaltung. Ein weiteres Treffen dieser Art fand am 02.11.2010 im neu gestalteten Plenarsaal des Celler Oberlandesgerichts statt. Hier referierten Richter am Bundesgerichtshof a.D. Rüdiger Maatz über „Trunkenheitsfahrten: Vorsatz – Fahrlässigkeit – Richtervorbehalt“ und der neue Leiter der Rechtsmedizin, Prof. Dr. med. Michael Klintschar (Med. Hochschule Hannover), über „Neues in der Rechtsmedizin“ vor 50 Richtern, Staats- und Amtsanwälten sowie Polizeibeamten. Ähnliche Veranstaltungen fanden am 25.05.2011 in Kirchlinteln bei Verden mit 25 Teilnehmern vom Richterbund Verden, am 20.01.2011 in der Staatsanwaltschaft Hannover (40 Proberichter) und am 30.05.2011 im Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Hannover vor 30 Studenten statt, auf denen Sachverständiger für Kriminaltechnik H.-Michael Schmidt-Riediger und Generalstaatsanwalt a.D. Dr. Manfred Endler über Alkohol und Drogen im Straßenverkehr referierten.

Am 06.12.2010 haben auf Einladung des Niedersächsischen Justizministers Bernhard Busemann vor der Nds. Landespressekonferenz und in Anwesenheit leitender Beamter des Ministeriums Dr. Manfred Endler, H.-Michael Schmidt-Riediger und Prof. Dr. Hans-Dieter Tröger über die Wirkung von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr informiert und einen Selbsterfahrungstest durchgeführt. Dies führte zu zahlreichen Berichten in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Am 05.01.2011 hat der Norddeutsche Rundfunk – Radio Niedersachsen – erneut mit der Landessektion eine ganztägige Beratungs- und Telefonaktion zum Thema „Ohne Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ durchgeführt. Neben Interviews und Pressegesprächen zum Thema erfolgten etwa 150 Anrufe aus dem Publikum, die Anfragen zu Alkohol und Drogen betrafen und beantwortet wurden. Gesprächs- und Anrufpartner waren u.a. Dr. Manfred Endler, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Gerd Weinreich (Oldenburg), H.-Michael Schmidt-Riediger und Erster Polizeihauptkommissar Jürgen Kanngießner von der Autobahnpolizei Hildesheim. In einer Referententagung am 18./19.02.2011 in Verden wurden 30 Teilnehmer über neuere Entwicklungen zu Alkohol und Drogen im Straßenverkehr informiert.

Unterstützt hat die Landessektion ein wichtiges Projekt des Gymnasiums in Brake: 22 Schüler der 11. Klasse erstellten ein Objekt, das symbolisch ein gewaltfreies Miteinander der Menschen darstellt. An der Vorstellung des Entwurfs am 12.01.2011 nahmen neben dem Nds. Innenminister Uwe Schönemann auch die Vorstandsmitglieder der Landessektion, Dr. Manfred Endler, Gerd Weinreich und H.-Michael Schmidt-Riediger, teil.

Auch im vergangenen Jahr hat sich die Landessektion aufklärend an verschiedenen Ereignissen im Land beteiligt, so unter anderem mit einem Fahrsimulator (aus Bremen) und Informationsmaterial vom 01.–04.07.2010 bei der Marine am Wochenende an der Jade in Wilhelmshaven, vom 09.–11.11.2010 anlässlich der Gesundheits-, Umwelt- und Sicherheitstage in der BBS Syke, am 03.02.2011 anlässlich des Projekttag „Fit für Schule, Beruf und Freizeit“ in der BBS Haarentor in Oldenburg, am 18.05.2011 anlässlich des Jugendgesundheitstages in Celle, ferner in Cadenberge, Nienhagen, Cuxhaven, Aurich und Göttingen. An der Aktionswoche Alkohol der Leibniz-Universität Hannover am 25.05.2011 hat sich die Landessektion mit Informationsmaterial beteiligt.

„Im vergangenen Jahr konnten wir unsere erfolgreiche Aufklärungs- und Informationsarbeit fortsetzen. Dafür gilt allen, die uns mit Rat und Tat geholfen haben, unser herzlichster Dank!“, so der Vorsitzende Generalstaatsanwalt a.D. Dr. Manfred Endler, sein Stellvertreter, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Gerd Weinreich, und der Geschäftsführer, Sachverständiger für Kriminaltechnik H.-Michael Schmidt-Riediger. „Wir bitten Sie: helfen Sie uns, damit wir auch künftig unsere wichtige Arbeit fortsetzen können!“

Landessektionen

Nordbaden

Zu den zentralen Aufgaben der Landessektion hat erneut die verstärkte Fortsetzung der Aufklärungs- und Fortbildungsarbeit gehört, die in engem Zusammenwirken insbesondere mit Behörden der Justiz und der Polizei stattfinden konnte. Außerdem wurde ein neuer, mit modernster Technik ausgestatteter Fahrsimulator angeschafft, der das seit 1996 bei einer Vielzahl von Veranstaltungen mit großem Erfolg eingesetzte, inzwischen jedoch nicht mehr zeitgemäße Gerät ersetzt.

Ein Schwerpunkt der Aufklärungstätigkeit bildete wiederum die Lehr- und Vortragstätigkeit in Schulen und Betrieben zum Thema Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, die im Bereich der Landessektion mit tatkräftiger Unterstützung der Verkehrserziehungsdienste der Polizei durchgeführt wurde.

Besonders erwähnenswert ist die Teilnahme an der Woche der Justiz am Landgericht Karlsruhe. Hierbei fand u.a. eine gestellte Hauptverhandlung wegen fahrlässiger Tötung und Straßenverkehrsgefährdung unter Alkoholeinfluss statt. Die Öffentlichkeit war durch ca. 120 Gymnasiasten repräsentiert. In der Sitzungspause und am Ende der Verhandlung stand zur Beantwortung vieler Fragen der Vorsitzende, Richter am BGH a.D. Kurt Rüdiger Maatz, zur Verfügung. Außerdem war der eingesetzte Fahrsimulator, der von PHK Willi Stier vom Verkehrserziehungsdienst des Polizeipräsidiums Mannheim hervorragend präsentiert wurde, sowohl von Schülern als auch Lehrern stark frequentiert. Die sich dabei ergebenden Gespräche und Diskussionen wurden vom Polizeibeamten, vom Vorsitzenden und vom Geschäftsführer kompetent genutzt, um die Gefahren von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr zu verdeutlichen.

Bei einer ähnlichen Veranstaltung am Landgericht Heidelberg war die Landessektion mit einem Info-Stand und dem



PHK Willi Stier vom Verkehrserziehungsdienst des Polizeipräsidiums Mannheim im Einsatz bei der Woche der Justiz am Landgericht Karlsruhe

Fahrsimulator vor Ort. Vorsitzender Maatz, Ehrenvorsitzender Preisendanz und Geschäftsführer Munk standen für Gespräche zur Verfügung, wobei die Landessektion tatkräftige Unterstützung durch den Verkehrserziehungsdienst der Polizeidirektion Heidelberg erfuhr. Die Veranstaltung stieß auf eine erfreulich starke Resonanz und wurde von mehreren tausend Interessenten besucht. Obwohl sehr viele Institutionen vertreten waren, erwies sich der Fahrsimulator einmal mehr als der „große Renner“. Er war nahezu durchgehend umlagert und wurde von ca. 120 Personen zur Selbsterfahrung genutzt.

Am 21.10.2010 fand im Landgericht Karlsruhe eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Rechtliche und rechtsmedizinische Aspekte der Trunkenheitsfahrt“ statt. 20 Richter, Staats- und Anwälte verfolgten die interessanten Referate von Herrn Prof. Dr. med. Haffner und dem Vorsitzenden der Landessektion, Herrn Maatz, an die sich eine rege Diskussion anschloss.

Eine weitere Fortbildungsveranstaltung fand beim Amtsgericht Schwetzingen am 22.03.2011 zum Thema „Wirkung und Gefahren von Alkohol- und Drogenkonsum“ vor 30 Richtern, Staats- und Anwälten sowie Schöffen und weiteren Justizbediensteten statt. Die Referenten, Frau Prof. Dr. Skopp und Herr Dr. Schmitt vom Institut für Rechts- und Verkehrsmedizin der Universität Heidelberg, sowie PHK Stier vom Polizeipräsidium Mannheim verstanden es in vortrefflicher Weise, den Teilnehmern die Alkohol- und Drogenproblematik zu vermitteln. Auch der anschließende wissenschaftlich begleitete Trinktest und der Einsatz des neuen Fahrsimulators stießen auf große Akzeptanz. Besonders erfreute die Anwesenheit der neuen Leiterin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin der Universität Heidelberg, Frau Prof. Dr. Yen, was die Landessektion als klares und erfreuliches Zeichen für die



Richter am BGH a.D. Kurt Rüdiger Maatz (re) und PHK Willi Stier bei der Woche der Justiz am Landgericht Karlsruhe



Der Vorsitzende der Landessection, Richter am BGH a.D. Kurt Rüdiger Maatz (re), als Referent bei einer Fortbildungsveranstaltung

Fortsetzung der bisherigen guten Zusammenarbeit zwischen dem Institut und dem B.A.D.S. unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Mattern verstehen darf.

Ferner wurden gemeinsam mit dem Heidelberger Institut für Rechts- und Verkehrsmedizin und der Bezirksgruppe Heidelberg des Vereins für Richter und Staatsanwälte Fortbildungsveranstaltungen mit Referendaren durchgeführt. Hierbei referierte der Vorsitzende zu dem stets aktuellen Thema „Alkoholfahrt – Vorsatz und Fahrlässigkeit“ sowie dem neuerdings umstrittenen Thema „Richtervorbehalt bei der Blutentnahme“.

Darüber hinaus wurden, wie schon bisher, zahlreiche Veranstaltungen der Polizei mit Info-Material und Streuartikeln sowie dem Fahrsimulator unterstützt. In diesem Zusammenhang besonders zu erwähnen sind z.B. die Verkehrssicherheitswoche im Enzkreis mit dem Thema „Sicher im Sattel – Junge Fahrer“ sowie die Fortbildung der Verkehrsbeauftragten der allgemeinbildenden Gymnasien und Berufsschulen im Bereich des Regierungspräsidiums Karlsruhe. Wie schon in den Vorjahren war der B.A.D.S. auch auf dem Mannheimer Maimarkt mit Info-Material und Streuartikeln vertreten. Man kann davon ausgehen, dass der Info-Stand des Polizeipräsidiums Mannheim wieder von ca. 40.000 Interessenten besucht worden ist.

Nicht unerwähnt bleiben soll schließlich der für Ende Juli vorgesehene „Schnuppertag“ auf dem Gelände des Fahrsicherheitszentrums im Motodrom Hockenheim, zu dem bis zu 60 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 12 und 13 des Hebel-Gymnasiums Schwetzingen erwartet werden. In Zusammenarbeit mit dem Verkehrserziehungsdienst der Polizeidirektion Heidelberg wird dabei erneut der Fahrsimulator zum Einsatz kommen und Info-Material verteilt.

Abschließend bleibt ein Dank an alle, die sich in Zusammenarbeit mit dem B.A.D.S. für mehr Verkehrssicherheit eingesetzt haben.

Nordhessen

Die Präventionstätigkeit der Landessection wird maßgeblich durch die jährlichen Dateien sowie numerischen Angaben in den relevanten Statistiken bestimmt. Wie mit diesen Zahlen und den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen satzungsgemäß und auch organisatorisch umzugehen ist, wird in der Landessection seit vielen Jahren in zwei Arbeitssitzungen mit sämtlichen Referenten, Moderatoren und Beratern zielorientiert besprochen und festgelegt.

Anlässlich der Tagung am 05.04.2011 in Alsfeld konnte mit großer Freude der Ehrenvorsitzende, Ehrenmitglied und Gründer der Landessection Hessen (die am 18.03.1953 in Fulda ihre Arbeit aufnahm), PolDir. i.R. Gerd Rupperti begrüßt werden. Trotz seines Alters (Herr Rupperti befindet sich im 97. Lebensjahr) nahm er sehr rüstig und gewohnt lebendig an der Besprechung teil. Alle Vertreter der Landessection wünschen ihm weitere gesunde Lebensjahre!

Schwerpunkt auch der diesjährigen Aktivitäten war die Aufklärung junger Kraftfahrer und Kraftfahrerinnen. So konnten mit 136 Vorträgen in Gymnasien, Berufsschulen, bei der Bundeswehr und Polizei, in Vereinen, Unternehmen und Fahrschulen insgesamt 4.073 Personen angesprochen und erreicht werden.

Der Fahrsimulator wurde an 31 Tagen eingesetzt; der Moderator Erich Fleischmann schulte in Einzelbetreuung über 350 Interessierte, wobei deren Fahrversuche von über 1.500 Zuschauern an Bildschirmen verfolgt wurden.



Der Ehrenvorsitzende PolDir i.R. Gerd Rupperti (li) im Kreis der Referenten

Landessektionen

Die Einsatzorte waren nach Absprache u.a. auch in den Landessektionen Südhessen, Thüringen und Niedersachsen. Eine erfolgreiche Auftaktveranstaltung mit BOB e.V. im Saarland förderte die Entscheidung dieser Landessektion, aufgrund der Nachfrage einen eigenen Fahrsimulator anzuschaffen, der von Nordhessen mit EUR 4.000 finanziell unterstützt wurde.

Im Rahmen der guten und kollegialen Zusammenarbeit mit den Gerichten, den Staatsanwaltschaften sowie dem Hessischen Justizministerium wurden bei 29 Selbsterfahrungstests in Fulda, Limburg, Kassel und Gießen 388 Referendare über die gefährliche Wirkung von Alkohol im Straßenverkehr aufgeklärt. Dabei wurden diese Veranstaltungen teilweise wissenschaftlich vom Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Gießen und Marburg begleitet. Zu diesem Institut sowie zu dessen Vorgängern bestehen seit Jahren enge wissenschaftliche und freundschaftliche Beziehungen. So konnte der frühere Leiter, Prof. (em.) Dr. habil. Harald Schütz, als Referent gewonnen werden, der im gegenständlichen Zeitraum vor der Landesärztekammer, der Polizei und anderen interdisziplinären Fachveranstaltungen u.a. über „Moderne Drogen“ und „KO-Mittel (GHB)“ referierte. Dieser Einsatz war auch Anlass, das rechtsmedizinische Institut bei der Durchführung von Kongressen und Fachtagungen finanziell zu unterstützen, zumal sich damit auch die Gelegenheit ergab, die Tätigkeit des B.A.D.S. vorzustellen.



Mitarbeiteraufklärung und -schulung gemeinsam durch den B.A.D.S., BOB e.V. und Verkehrswacht in der EON-Zentrale Kassel

Die Präventionsaktion „BOB – nüchtern ist cool“ mit Schwerpunkten im Bereich der Polizeipräsidien Mittel- und Nordhessen wurden sowohl finanziell als auch durch den Einsatz des Fahrsimulators und großzügiger Verteilung von Aufklärungsmaterial gefördert. Diese Kampagnen zeitigen bei den jungen Fahrern und Fahrerinnen Erfolg, zumal immer mehr Gastronomiebetriebe (auch Brauereien!) an der Aktion teilnehmen und denjenigen, welche sich als Fahrer mit dem auffälligen gelben Schlüsselanhänger ausweisen, in der Regel alkoholfreie Getränke kostenlos ausschenken.

Die Möglichkeit, diese relevanten Risikogruppen über Schulen, insbesondere Gymnasien und Berufsschulen, sowie über die Ausbildungseinheiten der Bundeswehr anzusprechen, wie es in den zurückliegenden Jahren möglich war, ist aktuell durch die hessische Schulentwicklung sehr erschwert worden und wird bei Soldaten aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht entfallen. Um diese Gruppen aktuell und in der Zukunft weiterhin gezielt fokussieren zu können, wurden und werden vermehrt in Ausbildungszentren größerer Unternehmen und Firmen Referenten, jeweils in Absprache mit den Personalabteilungen, eingesetzt. Beispielhaft sei hier eine mehrtägige Veranstaltung (gemeinsam mit BOB e.V. und der Verkehrswacht) in mehreren Zentren eines der großen europäischen Stromkonzerne angeführt, bei der unter Einsatz des Fahrsimulators mehrere hundert Mitarbeiter und zufällig anwesende Besucher erreicht und aufgeklärt werden konnten.

In diesem Zusammenhang sei auf die jahrelange enge Zusammenarbeit mit der Volkswagen AG (Baunatal) hingewiesen, die auch im Berichtszeitraum einen mehrtägigen Moderatoreneinsatz ermöglichte.

Eine weitere länger nutzbare öffentlich wirksame Aktion gelang mit der Anbringung eines PVC-Banners an einer neu errichteten Motor-Cross-Rennstrecke; dieses Werbe- und Aufklärungsmittel kann zusätzlich von einer nahen stark frequentierten Bundesstraße genehmigungsfrei eingesehen werden. Dem Motorsportclub wurde mit einer finanziellen Unterstützung gedankt.

Nordrhein-Westfalen

Auch im vergangenen Berichtsraum war Schwerpunkt der Aufklärungsarbeit die Aus- und Fortbildung junger Richter/innen, Staats- und Amtsanwälte/innen sowie Rechtsreferendare/innen aus allen Oberlandesgerichtsbezirken, jeweils in Zusammenarbeit mit der zuständigen Justizverwaltung und den Instituten für Rechtsmedizin der Universitäten Bonn, Düsseldorf, Köln, Münster und Essen. In diversen Instituten für Rechtsmedizin fanden zu diesem

Zwecke erneut zahlreiche Trinkversuche und Vortragsveranstaltungen zum Thema „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ statt.

An den Suchtpräventionswochen der Gemeinde Schöppingen, dem Sitz der Landesektion, beteiligte sich diese mit Vorträgen und anschließenden Diskussionsrunden. Während dieser Veranstaltungsreihe kamen die neuen Medien zum Einsatz.

Auf diversen Veranstaltungen im Ruhrgebiet wurde unter bewährter Leitung des Moderators Friedrichs der Fahrsimulator der Landesektion Schleswig Holstein eingesetzt, um angehende Fahrschüler mit dem Problem „Alkohol im Straßenverkehr“ zu konfrontieren.

Im November 2010 fand schließlich unter Beteiligung zahlreicher Richter/innen, Staats- und Anwälte/innen ein Symposium im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Münster statt. Es referierten Prof. Dr. Alfred Du Chesne, Oberarzt am Institut für Rechtsmedizin der Universität Münster i.R., zum Thema „Vorsatz oder Fahrlässigkeit bei Trunkenheitsfahrten aus rechtsmedizinischer Sicht“ und Richter am BGH a.D. Kurt Rüdiger Maatz zum Thema „Trunkenheitsfahrten: Vorsatz/Fahrlässigkeit sowie Richtervorbehalt“.

Rheinland-Pfalz

Die Unterstützung und Umsetzung der Verkehrssicherheitskampagne „BOB – nüchtern ist cool“ war im Bereich der Präventionsarbeit der Aktionsschwerpunkt der Landesektion im vergangenen Jahr. Zielgruppe der mit langfristiger Zielsetzung angelegten Verkehrssicherheitsbotschaft ist die Gruppe der Jungen Fahrerinnen und Jungen Fahrer. Mit BOB wird neben dem verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol im Straßenverkehr auch



Aufkleber BOB-Lokal für teilnehmende Gastronomiebetriebe



Das Erkennungszeichen des BOB – der Schlüsselanhänger

die freiwillige Übernahme von Verantwortung für andere in den Fokus gestellt. Der BOB ist nicht nur bereit, keinen Alkohol zu trinken, sondern er ist auch bereit, seine Freunde und Bekannten sicher nach Hause zu fahren. Die an der Verkehrssicherheitskampagne teilnehmenden Gastronomen honorieren diese Bereitschaft mit der kostenlosen Abgabe alkoholfreier Getränke an die BOBs.

Das ursprünglich in Belgien entwickelte BOB-Konzept wurde schon im Bereich der Landesektionen Nordhessen und Saar erfolgreich umgesetzt. In Rheinland-Pfalz konnte die Verkehrssicherheitskampagne gemeinsam mit den örtlichen Polizeipräsidenten und Kommunen zeitlich in den Regionen Trier und Kaiserslautern realisiert werden. Eine sukzessive landesweite Umsetzung ist seitens der Landesektion beabsichtigt und wird entsprechend gefördert.

Neben der finanziellen Unterstützung bei der Beschaffung von spezifischen Informationsmedien setzt die Landesektion auch interessierte junge Menschen als „BOB-Botschafter“ ein, die die Kampagne in Fahrschulen, Schulen, Sportvereinen oder Großveranstaltungen vorstellen.

Ein wesentlicher Baustein für die weitere Verbreitung der „BOB-Botschaft“ wird ein bundesweiter Erfahrungsaustausch der „BOB-Kampagnen“ im November 2011 in Saarbrücken sein. Die von der Landesektion Saar initiierte und durchgeführte Veranstaltung wird auch von der Landesektion Rheinland-Pfalz finanziell mitgetragen.

Im Rahmen der klassischen Aufklärungsarbeit haben die Referenten der Landesektion auch im vergangenen Jahr in zahlreichen Vorträgen und Präventionsveranstaltungen an Berufsschulen, Gymnasien und Hochschulen über die besonderen Gefahren des Fahrens unter Alkohol- und/

Landessektionen

oder Drogeneinwirkung informiert. Dabei kamen insbesondere die Medien und Informationsmaterialien des B.A.D.S. zum Einsatz.

Auch im vergangenen Jahr konnten in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Justiz mehrere Fachtagungen für Richter, Staatsanwälte und Amtsanwälte ausgerichtet werden. Neben den eintägigen Veranstaltungen in Kaiserslautern und Koblenz fand insbesondere die mit namhaften Referenten besetzte Mehrtagesveranstaltung in Bad Münster am Stein-Ebernburg großen Zuspruch.

Großen Anklang fanden auch die unter fachlicher Leitung eines Referenten des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Mainz durchgeführten Vortragsveranstaltungen mit integrierten wissenschaftlichen Trinkversuchen für die Referendararbeitsgemeinschaften der Landgerichte. An 21 Veranstaltungen im Berichtszeitraum nahmen mehr als 330 Personen teil.

Die Landesektion hat im vergangenen Jahr einen neuen Verkehrssimulator beschafft, der im Zuge einer Veranstaltung in Lahnstein am 19.09.2010 durch den Vorsitzenden der Landesektion, Herr Univ.-Prof. Reinhard Urban, als Dauerleihgabe an die Landespolizei übergeben wurde. Der damalige Staatssekretär und heutige Staatsminister des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz, fand dabei anerkennende Worte für das Engagement des B.A.D.S. auf dem Gebiet der Verkehrssicherheitsarbeit.

Saar

Die Landesektion intensivierte im Berichtszeitraum die im Vorjahr begonnene enge Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH) im Projekt SAARBOB auf Grund der positiven Zwischenbilanz nochmals. Aus Mittelhessen vorliegende Erkenntnisse zur positiven Wirkung der dortigen BOB-Aktion auf die Verursacherquote alkoholbedingter Verkehrsunfälle zeigen, dass wir mit BOB auf dem richtigen Präventionsweg sind. Gestützt wird dies noch durch die Ergebnisse der Evaluation des LPH-Projektes „Implementierung von BOB in saarländischen Fahrschulen“. Hier konnte durch die Einbindung der BOB-Botschaft in den Fahrschulunterricht eine signifikante Steigerung des Interesses und der Akzeptanz von Fahrschülern am Thema „Alkohol am Steuer“ nachgewiesen werden. Die Fahrlehrer wurden beim LPH durch ein speziell auf ihre Bedürfnisse und die Aktion BOB zugeschnittenes Seminar auf dieses Projekt vorbereitet.

Die Landesektion konnte sich im Januar 2011 den lang gehegten Wunsch nach einem eigenen Fahrsimulator er-



Auf einen Blick – der Fahrsimulator mit Transportanhänger

füllen. Diese Investition war wegen der großen Nachfrage regionaler BOB-Initiativen zum Fahrsimulator und dem damit verbundenen hohen logistischen Aufwand für die Zu- und Rückführung benachbarter Fahrsimulatoren notwendig geworden. Bereits zehn Einsätze seit Beginn der Einsatzbereitschaft im März 2011 und bisher weitere 15 geplante Einsätze im 2. Halbjahr 2011 belegen die Notwendigkeit der Anschaffung. Die Landesektion bedankt sich an dieser Stelle beim Präsidenten und dem Schatzmeister des B.A.D.S. für ihre Fürsprache und Unterstützung. Der Dank gilt auch den Landesektionen, die die Anschaffung des Fahrsimulators durch ihre uneigennütigen und solidarischen Finanzierungsbeiträge erst ermöglicht haben.

Nach einer längeren zeitlichen Abstinenz konnte mit Unterstützung des Justizministeriums, des Instituts für Rechtsmedizin der Universität des Saarlandes und des LPH am 18.02.2011 wieder eine Fachtagung für Richter/



Rollende Werbung für die Aktion SAARBOB



Bernd Weidig beim 6. Expertentreffen Drogenerkennung

innen, Staatsanwälte/innen und Rechtsanwälte/innen ausgerichtet werden. Wie groß das Interesse war, zeigte sich schon an dem Teilnehmerkreis von 35 Personen. Diese Tagung wird gemäß einer Absprache mit dem Staatssekretär im saarländischen Justizministerium zukünftig wieder regelmäßig stattfinden. Dabei sollen im jährlichen Wechsel halbtägige Fachtagungen ohne Begleitprogramm und zweitägige Fachtagungen mit Teilnahme an einem wissenschaftlichen Selbsterfahrungsversuch und Übernachtungsmöglichkeit angeboten werden.

Das 6. Europäische Expertentreffen zur Drogenerkennung am 15.03.2011 stand unter dem Motto „Prävention durch Intervention“. Die Landessektion war wie bereits bei allen vorherigen Expertentreffen Mitveranstalter dieses weiterhin einmaligen interdisziplinären Symposiums für Drogenexperten aus unterschiedlichen Fachrichtungen. Zu den thematischen Schwerpunkten Cannabiskonsum, „Neue Drogen“, Drogenerkennung in der Schweiz und Drogenprävention im Betrieb konnten erstklassige Experten angeboten werden. In seinem mit Esprit vorgetragenen Schlussreferat bilanzierte der „Exil-Schweizer“ Prof. Dr. Thomas Krämer eindrucksvoll die bisherigen Erfolge in der Drogenerkennung – wies aber gleichzeitig auf die noch bevorstehenden Herausforderungen hin.

156 Vorträge wurden von den Referenten der Landessektion überwiegend in Fahrschulen, Schulen, Vereinen und in Jugendarrestanstalten gehalten. Hierzu sind noch 14 Einsätze von Angehörigen der BOB-Peer-Gruppe zu addieren. Damit konnte die Landessektion das schon stolze Ergebnis von 2009/2010 nochmals um mehr als 20 Prozent übertreffen. Bei Berücksichtigung der weiterhin nicht befriedigenden Einnahmesituation würde eine weitere Steigerung dieses Engagements allerdings die finanziellen Möglichkeiten der Landessektion übersteigen. Es bleibt daher zu hoffen, dass die im Bereich der Landessektion eingeleiteten Optimierungen mittelfristig auch

die notwendige Aufmerksamkeit, Anerkennung und Unterstützung im Bereich der saarländischen Justiz finden.

Die Landessektion hat sich auch im Berichtszeitraum in Person ihres Geschäftsführers aktiv an der Fortentwicklung von IT-Projekten des B.A.D.S. beteiligt. Die Arbeit umfasste Optimierungen am Buchungs- und Bußenverwaltungsprogramm CuBu sowie die Mitarbeit in der Internet-AG.

Sachsen

Die Situation der Landessektion kann trotz aller Bemühungen nicht befriedigen. Die durchweg mit Wohlwollen aufgenommenen Besuche, Gespräche und Veranstaltungen für die Rechtspflege haben nur recht begrenzt konkrete Ergebnisse hinsichtlich gemeinsamer Initiativen, Bußgeldzuweisungen oder der Bereitschaft zur Mitarbeit bewirkt. Das Ausscheiden von Frau Graefe als Geschäftsführerin für Veranstaltungen konnte nur nach mehreren Fehlschlägen ausgeglichen werden mit der Übernahme dieses Sektors durch Herrn Samuel, der gleichzeitig für die Verkehrswacht Dresden arbeitet.

Die der Landessektion übertragene Vorbereitung der Jahresmitgliederversammlung 2010 des Bundes geriet nach weitgehender Vorbereitung für die Stadt Görlitz unter mehrere Schwierigkeiten: Hochwasser vereitelte das Stattfinden in Görlitz, und wegen der plötzlichen Erkrankung des Vorsitzenden mussten die beiden Stellvertreter, Werner Helfen und Klaus-Joachim Gregor, mit der Geschäftsführerin Frau Czarnikow die Organisation auf Dresden umpolen. Mit der sehr dankenswerten effektiven Unterstützung durch den Präsidenten des B.A.D.S., Dr. Gerhardt, und die Mitarbeiterinnen der Hauptgeschäftsstelle, Frau Kleinichen und Frau Eggert, gelang das jedoch.

Mit dem in Dresden mit der Lothar-Danner-Medaille in Gold ausgezeichneten Landespolizeipräsidenten Bernd Merbitz konnte inzwischen auf der Basis der bereits bisher guten Zusammenarbeit mit der Polizei Sachsen eine künftig engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität vereinbart werden, die neben den Alkoholdelikten steigende Bedeutung auch mit ihrer Verkehrsgefährdungsrelevanz erfährt. Leipzig ist nach Erkenntnissen der Polizei inzwischen zu einem Brennpunkt des Drogenmissbrauchs, des Drogenhandels und der spontanen sowie organisierten Beschaffungskriminalität geworden, wozu nach Darstellung des Polizeipräsidenten auch die den Drogenkonsum begünstigende „Sucht-Betreuungsstrategie“ der Stadtbehörden beiträgt.

Bewährt hat sich die Veränderung der Registrierung des Fahrsimulators, der nun wieder wie früher dem B.A.D.S.

Landessektionen

zugeordnet ist und – bei Aufrechterhaltung der Stationierung beim Polizeipräsidium Leipzig – auch von den zivilen Fahrern der Landessektion gefahren werden kann. Die zahlreichen Einsätze hat das sehr erleichtert. Durchgeführt wurden mehrere Selbsterfahrungs-Trinktests mit dem Fahrsimulator in Leipzig und Dresden, weitere Termine wurden vorvereinbart. Der Simulator wurde außerdem bei einer Reihe von Veranstaltungen mit Fahrlehrern, Aktionstagen für Junge Fahrer, bei Feuerwehren und für andere Teilnehmerkreise sowie beim 12. und 13. Sächsischen Verkehrssicherheitstag an der Rennstrecke Sachsenring Hohenstein-Ernstthal eingesetzt.

Die Mitarbeit im Lenkungsausschuss Verkehrssicherheit beim Wirtschaftsministerium des Freistaates Sachsen wurde aufrechterhalten. 2011 sollen die Bemühungen fortgesetzt werden, in den übrigen Landgerichtsbezirken außer Dresden und Leipzig Veranstaltungen für Richter und Staatsanwälte durchzuführen.

Sachsen-Anhalt

Die Aktivitäten der Landessektion waren davon geprägt, langjährig Bewährtes fortzusetzen, neue Erkenntnisse zu vermitteln und neue Ansprechpartner zu gewinnen. Schwerpunkte der Informationsvermittlung waren Vortragsangebote an Sekundar-, Berufs- und Hochschulen und an Gymnasien. Die Vertiefung des in den Vorträgen Gebotenen fand in den abschließenden Gesprächsrunden ein starkes Echo. Themenkreise zum Alkohol- und Drogenkonsum wurden aus rechtlicher, psychologischer, wirtschaftlicher, sozialer, gesundheitlicher und wissenschaftlicher Sicht angesprochen. Dabei kamen sowohl die Video- und DVD-Publikationen des B.A.D.S. als auch die gedruckten Broschüren und Flyer zum Einsatz.

Die Fort- und Weiterbildung für Rechtsreferendare, Juristen, Polizeibeamte, Lehrer wurde kontinuierlich fortgesetzt. Vorträge an der Landespolizeischule Aschersleben werden als ein Ausbildungshöhepunkt auch weiterhin gestaltet.

Wie bereits 2009 wirkte der Vorsitzende der Landessektion, Herr Dr. Franz, bei der „Schutzengelaktion“ unter der Schirmherrschaft des Technischen Polizeiamtes des Landes Sachsen-Anhalt mit.

Das „Peerprojekt“ der Hochschule Magdeburg-Stendal, Institut Mistel, konnte auch 2010 personell und finanziell unterstützt werden. Moderatoren tragen als Multiplikatoren bei, dass bei Fahranfängern und jungen Verkehrsteilnehmern die Probleme und Gefahren im Umgang mit Alkohol und Drogen deutlich werden.

Auch 2010 wurde gemeinsam mit der Drogenberatungsstelle (D.R.O.B.S.) Magdeburg die Beratungsreihe für Jugendliche zu Fragen des Alkohol- und Drogenkonsums durchgeführt und mit einem Zeichenwettbewerb gekoppelt. Das Ergebnis war ein weiterer Jahreskalender zur kostenfreien Weitergabe.

Für die Fort- und Weiterbildung von Richtern und Staatsanwälten konnten mit dem RiBGH a.D. Rüdiger Maatz und Prof. Frank Musshoff zwei Referenten gewonnen werden, die langfristig erworbene Kenntnisse zum speziellen Recht (Maatz) und zur Nachweisproblematik bei Alkohol und Drogen und deren juristischer Würdigung (Prof. Musshoff) anschaulich vermitteln konnten. Auch die Einbeziehung offener Lösungsansätze in Zusammenhang mit § 81 (Richtervorbehalt) trug zu regen Diskussionen bei. Für 2012 ist die Fortsetzung gewünscht worden.

Die Zusammenarbeit mit anderen Partnern in Sachsen-Anhalt, aber auch länderübergreifend, konnte vertieft werden. So gab es Schulungen und Vorträge im Rahmen der Hochschulausbildung und in medizinischen Einrichtungen insbesondere zur Suchtproblematik.

Dr. Franz wird zudem als Mitglied im Vorstand des Deutschen Verkehrssicherheitsbeirates die Interessen des B.A.D.S. weitertragen.

Schleswig-Holstein

Die Arbeit der Landessektion war auch im Berichtszeitraum 2010/2011 durch die enge Zusammenarbeit mit den Partnern des B.A.D.S., wie der Landes- und Bundespolizei und der Rechtsmedizin Kiel, geprägt.

So beteiligte sich die Landessektion am 06.01.2011 am sog. Drogenerkennungsseminar der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung Schleswig-Holstein in deren Außenstelle in Kiebitzhörn. An dieser Veranstaltung nahmen besonders auf die Drogenerkennung geschulte Polizisten der Landespolizei teil. Als Referent trat u.a. der niederländische Drogenexperte und Vorsitzende des DRUID-Projektes der Europäischen Union, Cor Kuijten, auf, der über dieses Projekt und die Drogenerkennung in den Niederlanden berichtete. Thorsten Burkhardt von der Polizei des Landes Baden-Württemberg berichtete von seinen Erfahrungen mit sog. Standardisierten Fahrtüchtigkeitstests in den Vereinigten Staaten. Der B.A.D.S. organisierte einen wissenschaftlich begleiteten Trinkversuch, bei dem auch der sog. Torkelbogen zur Dokumentation der Ausfallerscheinungen zum Einsatz kam.

Die Landessektion unterstützte auch in diesem Jahr die Bundespolizei bei deren Seminar über die Wirkungen von



Moderator Rainer Röper bei der Weser-Ems-Ausstellung in Aurich

Alkohol im Straßenverkehr für die Teilnehmer des Ratsanwärterlehrgangs am 14.07.2011 in Lübeck. Bei dieser Veranstaltung kam es wie in jedem Jahr zu regen und interessanten Diskussionen mit Vertretern der Bundespolizei und der Rechtsmedizin, bei dem auch die neuesten Atemtestgeräte getestet werden konnten. Die Landesektion demonstrierte Beispiele ihrer praktischen Aufklärungsarbeit unter Nutzung des Fahrsimulators und Verwendung der Broschüren des B.A.D.S.

Anfang 2011 konnte die Landesektion dank vermittelter Unterstützung des Vorsitzenden der Landesektion Sachsen-Anhalt, Dr. Franz, die Zusammenarbeit mit dem ADAC Schleswig-Holstein wieder aufnehmen. Der Landessektionsvorsitzende Dr. Reichelt präsentierte am 05.03.2011 die Arbeit der Landesektion auf dem Treffen der Verkehrsreferenten des ADAC-Regionalclubs Schleswig-Holstein in Neumünster. Hieraus resultierte der gemeinsam veranstaltete Alkoholfahrversuch „Fahren und nicht trinken / Trinken und nicht fahren“ auf dem ADAC-Übungsgelände in Boksee am 19.05.2011, an dem zwei Schüler im Alter von 17 bzw. 18 Jahren mitwirkten. Beide Teilnehmer konsumierten unter Aufsicht eine berechnete Alkoholmenge und absolvierten eine Hindernisstrecke (u.a. Ausweichen, Abfangen eines schleudernden Fahrzeuges, Kurvenfahrt, Fahrt mit Breitenbegrenzung) im nüchternen und alkoholisierten Zustand. Die Probanden zeigten sich bei diesem Versuch ausgesprochen beeindruckt von den Ausfallerscheinungen. Aus Sicht der Landesektion war dies eine sehr gelungene Veranstaltung.

Auch im Jahr 2010/2011 veranstaltete die Landesektion die beliebten wissenschaftlich begleiteten Trinkversuche für die Referendare des Landes bei den Staatsanwaltschaften Flensburg, Kiel und Lübeck. Im Herbst 2011 soll ein solcher Trinkversuch für die jüngeren Richter und

Staats- bzw. Amtsanwälte in Flensburg folgen. Die Gespräche hierzu laufen bereits. Auch für die Staatsanwaltschaft Lübeck gibt es entsprechende Überlegungen. Ziel dieser Veranstaltungen, bei denen auch ein rechtsmedizinisches Referat zu Aufnahme, Abbau und Nachweis von Alkohol gehalten wird, ist es, die Teilnehmer für die Aussagekraft der Promillewerte und die damit einhergehenden Ausfallerscheinungen für die tägliche Praxis zu sensibilisieren und mit den von der Polizei eingesetzten Nachweisgeräten bekannt zu machen. Hierzu absolvieren die Probanden Testfahrten im sektionseigenen Fahrsimulator sowie Linienverfolgungs- und Reaktionstests, die anschließend ausgewertet und besprochen werden. Beamte der Landespolizei führen die Entnahme von Atemproben mittels Alcotest Handgeräten und Evidential durch. Die Rechtsmedizin Kiel unterstützt diese Veranstaltungen teilweise durch die Entnahme und Auswertung von Blutproben.

Die Landesektion hat sich im Berichtszeitraum ferner mit ihren Referenten an zahlreichen Workshops und Verkehrssicherheitsveranstaltungen von Schulen und beruflichen Schulen des Landes beteiligt, zum Teil unterstützt durch die Moderatoren am Fahrsimulator. Um diese Aufklärungsarbeit zu intensivieren, hat sich die Landesektion verstärkt mit Informationsmaterialien über den B.A.D.S. an diejenigen Schulen gewandt, an denen sie bislang nicht aktiv gewesen ist. Erste positive Rückmeldungen liegen bereits vor. Erfreulicherweise haben sich zudem mehrere jüngere Referenten bereit erklärt, die Landesektion bei der Ausweitung dieser Vortragstätigkeit zu unterstützen.

Die Landesektion war zudem mit dem Fahrsimulator und den Moderatoren Herbert Friedrichs und Rainer Röper bei zahlreichen Institutionen vertreten, so u.a.

13.10.2010 bei der SPD Seniorenveranstaltung Meldorf



Aufklärungsarbeit der Landesektion an Schulen

Landessektionen



Der Fahrsimulator mit den Stellwänden der Landessektion im Einsatz bei der Schaeffler-Gruppe

- 08.–12.11.2010 bei der Siemens AG in Mühlheim und Duisburg
- 19.11.2010 beim Lions Club Kiel
- 26.–28.01.2011 beim Verkehrsgerichtstag in Goslar
- 04.02.2011 bei der Veranstaltung Droge 70 in Eckernförde
- 10.02.2011 bei der Polizei Cuxhaven
- 06.04.2011 am Gymnasium Kiel
- 11.–12.04.2011 an der Waldorfschule Kiel
- 04.05.2011 am Thor-Heyerdahl-Gymnasium Kiel
- 14.–15.05.2011 Verkehrswacht Bad Segeberg
- 27.05.–04.06.11 bei der Weser-Ems-Ausstellung in Aurich
- 19.06.2011 beim Kreisjugendring Dithmarschen in Marne
- 25.06.2011 beim Autohaus Oldenburg
- 29.06.–05.07.11 bei der Firma Schaeffler in Wuppertal
- 14.07.2011 bei der Bundespolizei Lübeck

Geplant sind zudem im August eine Veranstaltung mit dem Fahrsimulator bei der Polizei Cuxhaven und beim Fahrlehrerverband des Kreises Lauenburg sowie im September bei der Bundeswehr in Aurich und bei JiMs Bar des Jugendzentrums St. Peter-Ording.

Südbaden

Im aktuellen Berichtszeitraum wurde die Aufklärungs- und Informationsarbeit der Landessektion über die Gefahren von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr weiter fortgesetzt und intensiviert.

Erneut wurden Mahnschriften und Informationsmaterial in großem Umfang versandt. Insbesondere die Abteilungen der Verkehrspolizei bei den Polizeidirektionen im Zuständigkeitsbereich der Landessektion zeigten daran großes

Interesse. Sie wurden umfangreich mit Informationsmaterial und Streuartikeln des B.A.D.S. versorgt.

Die Kreisverkehrswachten Freiburg-Müllheim e.V. und Lörrach e.V. wurden ebenfalls mit Werbematerial und Broschüren versorgt. Die Kreisverkehrswacht Freiburg-Müllheim e.V. hatte B.A.D.S.-Material an ihren Infoständen, insbesondere bei der Baden-Messe in Freiburg, ausgelegt. Sämtliche Mitglieder der beiden Kreisverkehrswachten erhielten in einem Rundschreiben zudem das Faltblatt „Alkohol-Test“.

Die Polizeidirektion Waldshut-Tiengen forderte im Rahmen der Verkehrsprävention für die sog. „Winteraktion“ Infomaterial und Streuartikel für 800 Schüler an. Bei dieser Aktion wurden seit November 2010 sämtliche weiterführenden Schulen im gesamten Landkreis Waldshut-Tiengen besucht, um präventiv zum Thema Alkohol und Drogen im Straßenverkehr tätig zu werden. Beim „Tag der Hilfsorganisationen“ in Neuenburg am 17.04.2011 wurde solcherart auch das Polizeirevier Müllheim unterstützt.

Interessante Vorträge mit Einsatz des Fahrsimulators fanden z.B. beim Gesundheitstag des Regierungspräsidiums Freiburg am 23.09.2010, bei der Woche der Justiz in Lörrach im Juli 2010, bei der Info-Veranstaltung des Polizeireviers Titisee-Neustadt anlässlich des Stadtfestes am 11.09.2010 sowie beim Gesundheitstag des Gymnasiums Überlingen am 20.05.2011 statt. Der Fahrsimulator war im Dauereinsatz und stets umringt von interessierten Zuschauern.

Zur Preisverleihung anlässlich der Motorradsicherheitstages der Verkehrspolizei Offenburg am 16.07.2010 und am 08.05.2011 wurde von der Landessektion je ein Motorradschutzhelm beigesteuert.

Die Unterrichtung der Rechtsreferendare bei den Justizbehörden in Freiburg, Konstanz, Waldshut-Tiengen und Offenburg war erneut einer der Schwerpunkte in der Tätigkeit der Landessektion.

Auch die Informationsveranstaltungen für Rechtsstudenten in Freiburg und Offenburg fanden wieder in regelmäßigen Abständen statt. Interessante Vorträge der Referenten aus der Justiz, der Rechtsmedizin und der Polizei sowie der gleichzeitige Einsatz von Messgeräten machten diese „Trinkversuche“ zu einem lehrreichen und deshalb gerne besuchten Ereignis.

Wie auch schon im letzten Berichtszeitraum hat die Landessektion diverse Sportvereine und kulturelle Organisationen mit verschiedenen Inseraten oder mit Bandenwerbung unterstützt. Durch diese Maßnahmen wurde vor allem die Zielgruppe der jungen Erwachsenen erreicht.



Teilnehmer der 16. Fachtagung für Richter, Staatsanwälte und Amtsanwälte auf Schloss Beuggen

Die Gemeinde Bad Bellingen wurde für das in den Schulferien stattfindende Kinderferienprogramm mit kleinen Sachspenden versorgt.

Vom 26.05. bis 27.05.2011 richtete die Landesektion die 16. Fachtagung für Richter, Staatsanwälte und Amtsanwälte auf Schloss Beuggen in Rheinfelden/Beuggen aus. Die alle zwei Jahre stattfindende Fachtagung war für die Landesektion erneut ein Highlight im Berichtszeitraum. Durch interessante Vorträge von hoch qualifizierten Referenten konnten die Teilnehmer aus den Bereichen Justiz, Rechtsmedizin und Polizei erneut begeistert werden.

Die vielfältigen Vortragsthemen, wie z.B. „Drogenfahrten im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht – Vorsatz, Grenzwerte, Nachweis mit und ohne Blutprobe, Richtervorbehalt“ oder „Neue Erkenntnisse bei kontrolliertem Cannabiskonsum“ führten schließlich zu aufschlussreichen und interessanten Gesprächen und Diskussionen unter den Tagungsteilnehmern.

Südhessen

Im Berichtsjahr versuchte die Landesektion ihren Beitrag zur Diskussion um § 81a StPO zu leisten. Die Probleme liegen in der Bestimmung der Vorschrift, dass eine Blutentnahme nur von einem Richter angeordnet werden kann, das sogenannte Richterprivileg. Nach der bisherigen Handhabung konnte diese Anordnung von der die Blutentnahme durchführenden Polizei auch nachträglich eingeholt werden. Diese Praxis hat das Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungskonform bezeichnet. Seit dieser Entscheidung verfahren die Länder uneinheitlich. Die vorhandene Unsicherheit stellt sowohl die Rechtsprechung wie die Justizverwaltung vor schwierige Auf-

gaben; wie beispielsweise die Richterpräsenz während der gesamten Nacht zu gewährleisten. Alle Beteiligten warten auf eine Entscheidung des Gesetzgebers, die aber noch nicht in Sicht ist.

In dieser Situation hat sich die Landesektion entschlossen, ihre jährliche Tagung unter das Thema „§ 81a StPO ... und kein Ende“ zu stellen. Die unterschiedlichen Sichtweisen veranlassten die Sektion, zusammen mit dem Deutschen Richterbund, drei Persönlichkeiten der verschiedenen Fachrichtungen zu verpflichten, um aus deren Sicht die Lösungsmöglichkeiten zu erfahren. Dr. Sippel, Staatsanwalt aus Marburg und zweiter Vorsitzender der Landesektion, beleuchtete die Situation aus Sicht der Justiz, Polizeidirektor von der Au aus Sicht der Polizei vor Ort und in der Polizeiführung, schließlich begutachtete der Leiter der Rechtsmedizin Frankfurt a.M., Prof. Dr. Bratzke, inwieweit aus medizinischer Sicht überhaupt Lösungsmöglichkeiten bestehen. Die hohe Beteiligung der Zuhörer sowohl aus Kreisen der Justiz wie auch der Polizei verdeutlichte die große Unsicherheit in der Praxis und die Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung. Die zahlreichen Beiträge der Zuhörer bestätigten diese Einschätzung.

Im Übrigen wurden von der Landesektion die bereits seit Jahren anstehenden Aktivitäten durchgeführt. Die Vorträge an Schulen aller Bildungsgänge, auch in Fahrschulen, wurden intensiv fortgeführt. Wiederum fanden Trinkversuche statt, die auch diesmal zeigten, welche ungenauen Vorstellungen über die Wirkung von Alkohol in der Bevölkerung herrschen.

Da der Bedarf an Werbematerial, auch für private Institutionen, nach wie vor besteht, wird weiterhin Material versandt.

Thüringen

Zwar ist die Zahl der Verkehrsunfälle unter Alkohol und Drogen rückläufig, jedoch immer noch erschreckend hoch. Es macht jeden betroffen, wenn man die vielen Kreuze an den Straßen im Freistaat Thüringen sieht, zumal es sich bei den getöteten Verkehrsteilnehmern meist um Jugendliche und Heranwachsende im Alter von 15 bis 25 Jahren handelt.

Somit ist weiter dringender Handlungsbedarf für den B.A.D.S. zur Aufklärung über die Gefahren von Alkohol und Drogen gerade in dieser Altersgruppe gegeben.

Aus diesem Grund hielten Referenten der Landesektion im Berichtszeitraum 74 Vorträge vor 1.112 Schuldirektoren, Schülern, Lehrlingen, Soldaten, Sportlern und Eltern,

Landessektionen

wobei Aufklärungsvideos und Schriften zum Einsatz gelangten.

Die Förderung des Jugendsports in Thüringen hat sich in den letzten Jahren bewährt. Da vernünftige Freizeitgestaltung dem Alkohol- und Drogenmissbrauch entgegenwirkt, rüstete die Landesektion auch im vergangenen Jahr sechs Sportmannschaften im Freistaat werbewirksam mit Sportartikeln aus. Es bleibt zu hoffen, dass auf diese Weise mehr junge Menschen den Weg zum Sport finden und ihre Körper nicht durch Alkohol und Drogen schädigen.

Mit dem Fahrsimulator nahm die Landesektion an drei verschiedenen Verkehrssicherheitsaktionen teil. Somit konnten sehr vielen jungen Kraftfahrern die Gefährlichkeit des Alkohols im Straßenverkehr demonstriert werden.

Ein besonderer Höhepunkt war der Einsatz des Fahrsimulators der Landesektion Nordhessen am Tag der offenen Tür des Landeskriminalamtes Erfurt, wo Herr Fleischmann als Moderator fungierte und viele leitende Mitarbeiter der Thüringer Polizei und Justiz zugegen waren.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit im vergangenen Jahr war die Aus- und Weiterbildung von Rechtsreferendaren und Praktikanten. Mit 68 in Thüringen ausgebildeten Referendaren fanden 6 Veranstaltungen statt, bei denen Vorträge zur Alkoholberechnung gehalten und Trinkversuche bis 0,8 Promille durchgeführt wurden.

Weiterhin fand eine Veranstaltung mit allen Geschäftsleitern der Thüringer Justiz in Bad Blankenburg statt, wo der

Vorsitzende der Landesektion einen Vortrag über die Auswirkung von Betäubungsmitteln im Straßenverkehr hielt und einen Trinktest durchführte.

Die Aufklärungsschriften und Filme des B.A.D.S. wurden über das Thüringer Kultusministerium, das Thüringer Innenministerium und über die Behörden der Justiz flächendeckend im Freistaat verteilt, was u.a. auch den Bekanntheitsgrad des B.A.D.S. im Freistaat förderte.

Württemberg

Vision Zero – die große europaweite Initiative für mehr Verkehrssicherheit hat auch die Landesektion Württemberg beflügelt, ihre Initiativen und Aktivitäten an diesem Ziel auszurichten.

Sie hat sich deshalb im Berichtszeitraum 2010/2011 stark bei Fortbildungsmaßnahmen für Justiz und Polizei sowie im Rahmen aktiver Präventionsarbeit gegen Alkohol am Steuer und gegen illegale Drogen, insbesondere bei der Zielgruppe der Jungen Fahrer, engagiert.

Im Juli 2010 konnte sich die Landesektion auf einer internationalen Expertentagung zur Verkehrssicherheit in Schwäbisch Hall mit Referenten, einem Fahrsimulator und der Teilnahme an einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion präsentieren. Die dabei vorgestellten Präventionsansätze des B.A.D.S. fanden im Auditorium durchgehend eine positive Resonanz.



Plakatserie, die in Baden-Württemberg mit Unterstützung der Landesektion aufgelegt wurde. Abgebildet sind alle drei Motive der Serie.

Während dieser Veranstaltung ist der wertvolle Kontakt zu einer Studentin entstanden, die in ihrer Bachelorarbeit mit dem Titel „Besser ankommen!“ eine Plakatserie zur Unfallprävention im Bereich Alkoholunfälle für die oben genannte Zielgruppe entworfen hat. Die Plakate haben in Baden-Württemberg auf Grund ihrer positiven Ausstrahlung eine sehr gute Kritik erfahren. Die Landesektion hat mit ihrem Engagement Druck und Verteilung der Poster ermöglicht und außerdem die öffentliche Vorstellung der Aktion unterstützt. Unter dem Titel „Charmeoffensive gegen Angeberei“ hat die örtliche Tageszeitung auch über das Engagement des B.A.D.S. berichtet.

Eine Vielzahl weiterer Veranstaltungen konnte der B.A.D.S. mit eigenen Referenten unterstützen, den verschiedenen Partnern mit gutem Infomaterial zur Hand gehen oder als immer wieder gern gefragtes Highlight den Fahrsimulator mit Moderator in das Programm einsetzen. Die 54 Einsatztage und die unglaubliche Zahl von ca. 6.000 Simulationsfahrten konnten nur erreicht werden, weil die Landesektion in der glücklichen Lage ist, einen zweiten Fahrsimulator einsetzen zu können. So ist es problemlos möglich, auch Anfragen großer Firmen wie Audi, Daimler, Carl Zeiss oder Mapal zu bewältigen. Der aufwändige Einsatz der Simulatoren ermöglicht einen guten Zugang zur Zielgruppe und ist meistens mit dem Einsatz von Referenten zum Themenkomplex verbunden. Dies ermöglicht eine intensive Verbreitung der Präventionsbotschaft. Deshalb ist das Programm des B.A.D.S. Württemberg mittlerweile bei vielen Firmen fester Bestandteil der Lehrlingsausbildung.

Die Landesektion hat sich im Berichtszeitraum auch bemüht, direkt in Firmen, Berufsschulen und Ausbildungszentren Referenten einzusetzen, um über Risiken und Folgen des Rauschmittelkonsums mit interessanten Präsentationen und Filmen aufmerksam zu machen. Hierbei hat sich gezeigt, dass die personelle Mischung aus Juristen, Medizinem und Polizeibeamten hervorragend geeignet ist, die Informationen auf verschiedenen Ebenen an die Veranstaltungsbesucher zu transportieren.



Eine Berufsschulaktion mit B.A.D.S.-Moderator Franz Walter



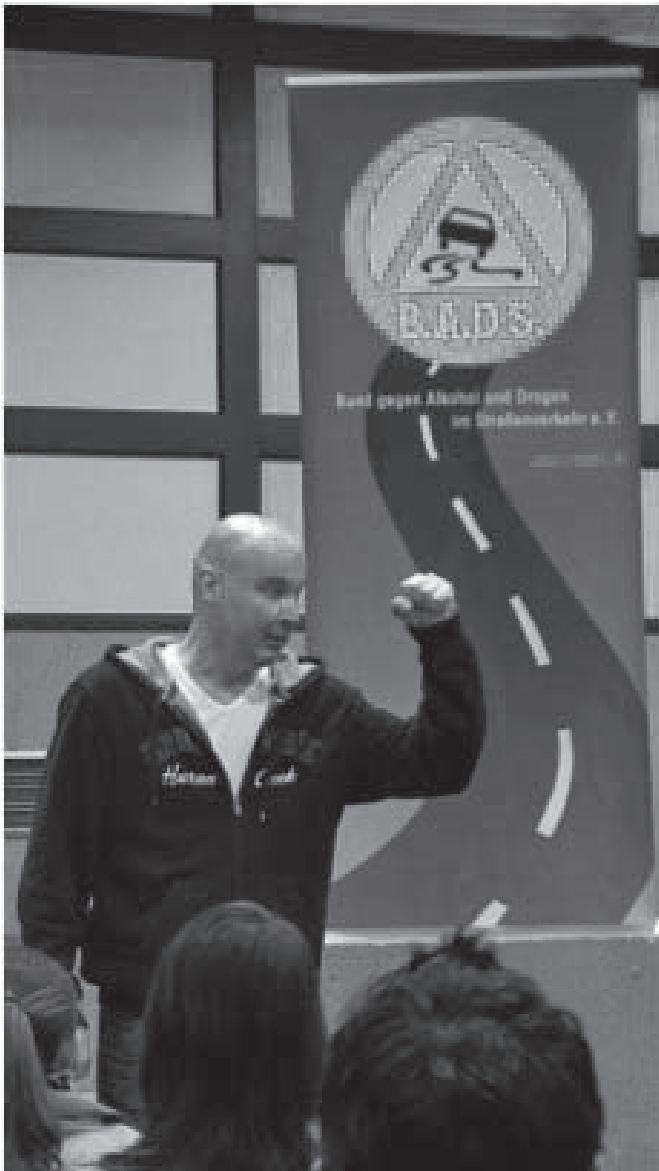
Neu entworfenes Banner zur Verdeutlichung der B.A.D.S.-Botschaft „Einer bleibt nüchtern“, eingesetzt an Berufsschulen und bei Volksfesten

Der große Erfolg der mittlerweile als „Fahrtaler“ bekannten Münze „Einer bleibt nüchtern“ hat sich nicht nur darin gezeigt, dass diese Münze bei allen Verkehrsteilnehmern sehr beliebt ist und gern als Souvenir aus Veranstaltungen und Vorträgen mitgenommen wird, sondern auch an der großen Nachfrage beim Dt. Verkehrsgerichtstag in Goslar. Zur Verdeutlichung der Urheberschaft wurde ein Faltblatt mit Comic entwickelt, das mit der Münze ausgehändigt wird.

Passend dazu wurden zum Einsatz bei publikumsintensiven Veranstaltungen das Banner „Und wie kommst Du nach Hause? Unser Tipp: Einer bleibt nüchtern!“ entwickelt und mittlerweile mehrfach verwendet.

Neben der Vielzahl von Veranstaltungen wie Vorträgen hat sich die Landesektion auch in der Präventionsarbeit des Bundeslandes Baden-Württemberg engagiert. Die Landesektion ist Mitglied bei der Aktionsgemeinschaft „Gib acht im Verkehr“ und die Vertreter des B.A.D.S. sind stark gefragte Ansprechpartner, sobald das Fachwissen im Bereich Alkohol und Drogen in Rede steht.

Zum Jahresprogramm der Landesektion gehört weiterhin auch die Fortbildung der Rechtsreferendare. Bei Vortragsveranstaltungen und Trinkversuchen in den einzelnen Landgerichtsbezirken wurden und werden die Referendare über die Wirkung des Alkohols, die Gefährlichkeit von Drogen und deren Auswirkungen auf den Straßenverkehr geschult. Bei diesen Trinkversuchen hat sich mittlerweile sehr bewährt, dass nicht nur die Funktionsweise der Alkoholaufnahme und die verschiedenen Grenzwerte angesprochen werden, sondern dass die Referenten auch über aktuelle Themen wie zum Beispiel moderne Drogen (Lava Red, Badesalz, Kath, biogene Drogen) oder zu dem aktuellen Gesellschaftsproblem des Alkoholkonsums Jugendlicher interessante und spannende Vorträge präsentieren können.



Der Schauspieler Alexej Boris präsentiert das von der Landes-
sektion initiierte und unterstützte Theaterstück „deutschland.ru“

Neben den bereits aufgezählten Aktionselementen und Medien wurde das Theaterstück „deutschland.ru“ ange-
regt und gefördert. Dieses Ein-Personen-Stück wird in Zu-
sammenarbeit mit der Landesstiftung Baden-Württemberg
an Schulen und in Justizvollzugsanstalten eingesetzt. Das
Stück wurde mittlerweile evaluiert und hat herausragen-
de Ergebnisse bei jungen Menschen vorzuweisen.

Unter dem Titel „Junge Menschen zwischen Konsum und
Mobilität“ wurde die Fachtagung der Landessektion am
06. und 07.12.2010 in der Evangelischen Akademie Bad
Boll durchgeführt. Mit den angebotenen Themen und Re-
ferenten ist es gelungen, ein größeres Interesse bei Ge-
richten und Staatsanwaltschaften zu wecken und die Be-
sucherzahl zu steigern.

B.A.D.S.
BUND GEGEN ALKOHOL UND DROGEN IM STRASSENVERKEHR E. V.
Gemeinnützige Vereinigung
Bundesgeschäftsstelle
Arnold-Heise-Straße 26
20249 Hamburg
Tel.: 040/440716
Fax: 040/4107616
E-Mail: zentrale@bads.de
Internet: <http://www.bads.de>

VORSTAND

PRÄSIDENT Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a.D. Dr. jur. Peter Gerhardt

EHRENPRÄSIDENT Rechtsanwalt Dr. jur. Erwin Grosse

2. VORSITZENDER Univ.-Professor Dr. med. Dr. rer. nat. Reinhard Urban

SCHATZMEISTER Richter am Amtsgericht a.D. Wolfgang Vath

BEISITZER Vorsitzender Richter am Landgericht Dr. Thorsten Prange
Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Gerd Weinreich

GESCHÄFTSFÜHRUNG Marlies Eggert
Ehregard Kleinichen
Corinna Sonnenberg

BUNDESBEIRAT

VORSITZENDER (Vorsitzende der Landessektionen)
Diplom-Psychologe Dr. Wolfgang Franz

LANDESSEKTIONEN

BAYERN-NORD



Ltd. Polizeidirektor a.D. Wilfried Dietsch

Fürther Str. 212, 90429 Nürnberg
Tel.: 0911/3217354, Fax: 0911/3217355
E-Mail: nordbayern@bads.de
Vorsitzender: Ltd. Polizeidirektor a.D. Wilfried Dietsch
Vertreter: Polizeipräsident a.D. Hermann Friker
Geschäftsführer: Günter Vennemann

Anschriften

BAYERN-SÜD



Richter am Oberlandesgericht
Detlef Tourneur

Sonnenstraße 16/III, 80331 München
Tel.: 089/593283, Fax: 089/554271
E-Mail: bads@muenchen-mail.de
Vorsitzender: Richter am Oberlandesgericht Detlef Tourneur
Vertreter: Richter am Amtsgericht Florian Schubert
Geschäftsführer: Justizamtsrat Johann Schneider
Buchführung: Hansjörg Heiser, Tessiner Straße 68, 81475 München,
Tel.: 089/7553200

BERLIN-BRANDENBURG



Richter am Amtsgericht a.D.
Wolfgang Vath

Pfalzburger Str. 28, 10717 Berlin
Tel.: 030/8921037, Fax: 030/8610030
E-Mail: berlinbb@bads.de
Vorsitzender: Richter am Amtsgericht a.D. Wolfgang Vath
Vertreter: Richter am Amtsgericht Karsten Parpart
Geschäftsführer: Thomas Wiese

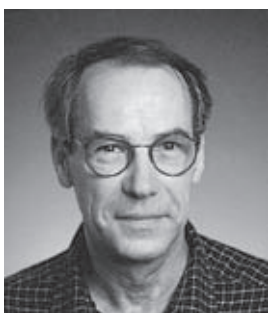
BREMEN



Vors. Richter am Landgericht
Dr. Thorsten Prange

Dulonweg 43, 28277 Bremen
Tel.: 0421/8480084, Fax: 0421/8480044
E-Mail: bremen@bads.de
Vorsitzender: Vorsitzender Richter am Landgericht Dr. Thorsten Prange
Vertreter: Prof. Dr. med. Michael Birkholz
Richter am Landgericht Björn-Oliver Kemper
Geschäftsführer: Polizeihauptkommissar a.D. Volker Scharff

HAMBURG



Dr. med. Hendrik Seifert

Arnold-Heise-Straße 26, 20249 Hamburg
Tel.: 040/440716, Fax: 040/4107616
E-Mail: hamburg@bads.de
Vorsitzender: Dr. med. Hendrik Seifert
Vertreter: Dr. Paul Brieler
Geschäftsführerin: Marlies Eggert

MECKLENBURG- VORPOMMERN



Prof. Dr. Eberhard Lignitz

Langenwiese 1, 18059 Papendorf
Tel.: 0381/4009498 (später nachmittags), 0177/2999649
E-Mail: mv@bads.de
Vorsitzender: Prof. Dr. med. Eberhard Lignitz
Geschäftsführer: Udo Neumann

NIEDERSACHSEN



Generalstaatsanwalt a.D.
Dr. jur. Manfred Endler

Südstraße 7, 30989 Gehrden/Han.
Tel.: 05108/4807, Fax: 05108/643517
E-Mail: niedersachsen@bads.de
Vorsitzender: Generalstaatsanwalt a.D. Dr. jur. Manfred Endler
Vertreter: Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Gerd Weinreich
Geschäftsführer: Sachverständiger für Kriminaltechnik
Kriminalhauptkommissar a.D. Hans-Michael Schmidt-Riediger

NORDBADEN



Richter am Bundesgerichtshof a.D.
Kurt Rüdiger Maatz

Hebelstraße 57, 68775 Ketsch
Tel.: 06202/61757, Fax: 06202/970806
E-Mail: nordbaden@bads.de
Vorsitzender: Richter am Bundesgerichtshof a.D. Kurt Rüdiger Maatz
Ehrenvorsitzender: Ltd. Oberstaatsanwalt a.D. Holger Preisendanz
Geschäftsführer: Oberamtsanwalt a.D. Horst Munk

NORDHESSEN



Präsident des Landgerichts a.D.
Rudolf Metz

Röderbachweg 11, 36088 Hünfeld
Tel./Fax: 06652/5754
E-Mail: nordhessen@bads.de
Vorsitzender: Präsident des Landgerichts a.D. Rudolf Metz
Ehrenmitglied und Ehrenvorsitzender: Polizeidirektor a.D. Gerd Rupperti
Vertreter: Rechtsanwalt Christian Krug von Einem
Geschäftsführer: Erich Fleischmann

Anschriften

NORDRHEIN-WESTFALEN



Oberstaatsanwalt a.D.
Egon Weilke

Schmitskamp 8, 48624 Schöppingen
Tel.: 02555/2259, Fax: 02555/984144
E-Mail: nrw@bads.de
Vorsitzender: Oberstaatsanwalt a.D. Egon Weilke
Ehrenmitglied und Ehrenvorsitzender: Direktor des Amtsgerichts a.D. Klaus Kruse
Vertreter: Polizeidirektor a.D. Klaus Börkei
Geschäftsführer: Justizoberamtsrat Bernd-Elmar Nienkemper

RHEINLAND-PFALZ



Univ.-Prof. Dr. med. Dr. rer. nat.
Reinhard Urban

Teichstraße 5, 66978 Leimen
Tel.: 06397/993830, Fax: 06397/993831
E-Mail: rheinlandpfalz@bads.de
Vorsitzender: Univ.-Professor Dr. med. Dr. rer. nat. Reinhard Urban
Vertreter: Präsident des Landgerichts Dr. Wolfgang Asmus
Geschäftsführer: Erster Polizeihauptkommissar Siegfried Ranzinger

SAAR



Präsident des Landgerichts a.D.
Günther Schwarz

Lampennesterstraße 41, 66292 Riegelsberg
Tel.: 06806/46973, Fax: 06806/4979086
E-Mail: saar@bads.de
Vorsitzender: Präsident des Landgerichts a.D. Günther Schwarz
Vertreter: Richter am Landgericht Bernd Weidig
Geschäftsführer: Erster Polizeihauptkommissar Josef Merten

SACHSEN



Prof. Dr. Rudhard Klaus Müller

Poisenwaldstr. 2, 01734 Rabenau
Tel.: 0351/6415963, Fax: 0351/6416906
Vorsitzender: Prof. Dr. med. Rudhard Klaus Müller
Vertreter: Oberstaatsanwalt Joachim Gregor
Vertreter: Werner Helfen
Geschäftsführerin: Petra Czarnikow

SACHSEN-ANHALT



Dipl.-Psych. Dr. Wolfgang Franz

Am Birnengarten 28 a, 39116 Magdeburg
Tel.: 0391/613509, Fax: 0391/56390911
E-Mail: sachsenanhalt@bads.de
Vorsitzender: Dipl.-Psych. Dr. Wolfgang Franz
Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Roland Hempel

SCHLESWIG-HOLSTEIN



Richter am Amtsgericht
Dr. Daniel Reichelt

Flackstrom 25, 25704 Meldorf
Tel.: 04832/3179, Fax 04832/556845
E-Mail: bads-sh@web.de
Vorsitzender: Richter am Amtsgericht Dr. Daniel Reichelt
Vertreter: Staatsanwalt Dr. Martin Soyka
Geschäftsführerin: Anke Sticken

SÜDBADEN



Direktor des Amtsgerichts a.D.
Knut G. Rutschmann

Alte Weinstraße 5, 79415 Bad Bellingen
Tel.: 07635/825 0336, Fax: 07635/825 0337
E-Mail: suedbaden@bads.de
Vorsitzender: Direktor des Amtsgerichts a.D. Knut G. Rutschmann
Vertreterin: Regine Hörer (Notarin)
Ehrenmitglied: Direktor des Amtsgerichts a.D. Joachim Rive
Geschäftsführer: Steueramtman Frank Schamberger

SÜDHESSEN



Amtsgerichtsdirektor
W.-D. Rothmaler

Stetteritzring 40, 64380 Roßdorf-Gundernhausen
Tel.: 06071/738873, Fax: 06071/737777
E-Mail: suedhessen@bads.de
Vorsitzender: Amtsgerichtsdirektor Wolf-Dieter Rothmaler
Vertreter: Staatsanwalt Dr. jur. Kurt Sippel
Geschäftsführer: Fred Hosse

Anschriften

THÜRINGEN



Staatsanwalt a.Gl. Thomas Schroeder

Am Kirschberg 11, 98617 Stedtlingen
Tel.: 036943/63558, Fax: 036943/63863
E-Mail: thuringen@bads.de
Vorsitzender: Staatsanwalt a.Gl. Thomas Schroeder
Vertreter: Dr. Juliane Höfig
Buchführung: Nicola Korn

WÜRTTEMBERG



Oberstaatsanwalt a.D.
Herbert Seling

Lisztstraße 5, 73614 Schorndorf
Tel.: 07181/42247, Fax: 07181/489426
E-Mail: wuerttemberg@bads.de
Vorsitzender: Oberstaatsanwalt a.D. Herbert Seling
Vertreter: Dr. med. Rainer Nowak, Richter am Amtsgericht Roland Kipp
Geschäftsführer: Erster Polizeihauptkommissar a.D. Volker Hoßmann

REVISOREN

Günter Gryzinski
Fanny-David-Weg 12, 12031 Hamburg, Tel.: 040/7384163

Gerhard Knieriemen
Im Dunkeltälchen 23, 67663 Kaiserslautern, Tel.: 0631/28635

Peter Scheuer
Orionstraße 2, 85716 Unterschleißheim, Tel.: 089/3211631

Franz Walther
Bartholomäusring 11, 67659 Kaiserslautern, Tel.: 0631/76571

Horst Weidmann
Grüner Weg 9, 34479 Breuna, Tel.: 05693/7032

BLUTALKOHOL

Juristische Schriftleitung:
Prof. Dr. iur. Dr. phil. Uwe Scheffler, Europa-Universität VIADRINA,
Postfach 776, 15207 Frankfurt/Oder

Medizinische Schriftleitung:
Prof. Dr. med. Klaus Püschel, Institut für Rechtsmedizin,
Butenfeld 34, 22529 Hamburg